PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 45 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 17. Juni, fertiggestellt.

19. Juni 1975 3. Jg. Nr. 24 50 Pfennig

Neue Polizeirechte gegen das Volk

Der Polizei soll künftig gestattet sein, die Wohnungen eines ganzen Stadtbezirks zu durchsuchen. Unangekündigt, zu jeder Tages- und Nachtzeit, soll sie derartige Überfälle auf die Bevölkerung durchführen können. – Das ist die einschneidendste Bestimmung in einem Gesetzentwurf für die Verschärfung des Polizeirechts, den die Baden-Württembergische Landesregierung vorgelegt hat. Gestattet sein sollen die Polizeirazzien, wenn "Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß (eine entführte Person) innerhalb eines bestimmten Bezirks festgehalten wird". Die Bevölkerung, um deren Schutz es angeblich geht, soll stadtbezirksweise unter Kriegsrecht gestellt werden können.

Aber auch abgesehen vom Fall der Entführung sollen die Überfallrechte der Polizei gegenüber dem Volk erweitert werden. Personenuntersuchungen sollen allgemein zulässig werden und nicht mehr wie im bisherigen Polizeirecht an eine konkrete Gefahr im einzelnen Fall geknüpft sein. Die Überprüfung der Bürger ist demnach möglich, wenn sie sich an einem Ort aufhalten, "an dem erfahrungsgemäß Straftäter sich verbergen Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben". Also z. B. auf dem Bauplatz in Wyhl, in einem freistehenden Haus, das von einem Jugendzentrum besetzt wurde oder in einer von Arbeitern besetzten Fabrik. – Weiter soll die Polizei umfassende Autokontrollen durchführen und "Kontrollbezirke" festlegen können.

Verteidigung des "Rechtsstaates"

Diese Verschärfung des Polizeirechts wird begründet mit der Gefahr des Terrorismus. Die gleiche Rechtfertigung benützt die Bundesregierung für die von ihr eingebrachten Gesetzesänderungen, mit denen das Recht auf politischen Zusammenschluß weiter eingeschränkt und politischen Gegnern der kapitalistischen Ausbeuterordnung vor Gericht jederzeit das Recht auf Verteidigung genommen werden kann.

CDU, FDP und SPD sind in einen Wettstreit getreten über die Frage, wer von ihnen den "Rechtsstaat" besser schützt, worunter sie verstehen, dem bürgerlichen Staatsapparat, seinen Richtern, Staatsanwälten, Polizisten bei der Verteidigung der Ausbeuterordnung die Zügel frei zu lassen. Das war der Kern ihrer Bundestagsdebatte über "innere Sicherheit" am vergangenen Donnerstag.

Gleichzeitig warfen CDU und SPD sich gegenseitig vor, den Streit über die Bekämpfung des Terrorismus zu benutzen, um jeweils die andere Partei in die Ecke des Staatsfeindes zu drängen. Neben demagogischen Absichten steckt dahinter auch ein Stück wirklicher Furcht. Den bürgerlichen Politikern geht es wie ihren Herren, den Kapitalisten selbst: Sie trauen sich gegenseitig nicht über den Weg. Jeder ist des anderen Konkurrent und Feind. Deswegen ist ihnen auch der "Rechtsstaat" so wichtig, daß sie sich bei allen Gelegenheiten lautstark zu ihm bekennen: Gegen rebellische und revolutionäre Kräfte im Volk soll er hart schlagen. Sie selbst aber davor bewahren, sich im Konkurrenzkampf untereinander gar zu schlimme Wunden beizubringen.

Der "Rechtsstaat" in Aktion

Gegenwärtig ist der "Rechtsstaat" losgelassen auf vier Mitglieder der RAF, die in Stuttgart-Stammheim vor Gericht stehen. Daß er seine Opfer bekommt, dafür ist von vornherein gesorgt: Der Vorsitzende des Gerichts wurde entgegen geltenden Regeln bestellt. Man suchte einen Mann, von dem bekannt ist, daß seine oberste Orientierung darin besteht, Karriere zu machen. Die gewählten Verteidiger der Angeklagten hat man unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlungen ausgeschlossen. Und dem neuen Verteidigern wurden vom Vorsitzenden Prinzing nicht nur 10 Tage Frist verweigert, um sich in die riesigen Aktenberge der Anklage einarbeiten zu können. Der Vorsitzende Prinzing lehnte sogar ab, dem Verteidiger Anklageschrift und Aktenmaterial des Prozesses auszuhändigen: Es sei kein Exemplar mehr vorhanden. Und im übrigen sei der Angeklagte Baader ja selber Schuld, wenn er jetzt ohne vorbereiteten Verteidiger dastehe. Er hätte doch damit rechnen müssen, daß man ihm die Verteidiger ausschließen werde.

Damit hat der Vorsitzende Prinzing beherzigenswerte Worte ausgesprochen: Man muß damit rechnen, daß die bürgerliche Justiz ihre eigenen Verfahrensregeln umwirft, wenn sie einen politischen Feind vernichten will. Man muß damit rechnen, daß sich "karrierebewußte" Richter finden, die das durchführen. Man muß damit rechnen, daß die geplanten neuen Strafrechtsparagrafen und Ermächtigungsgesetze für die Polizei bedenkenlos angewendet werden, wenn die herrschende Klasse sich angegriffen oder bedroht fühlt. Mit all dem muß man rechnen. Und wer damit rechnet, der wird zu dem Schluß kommen: Dieser von der bürgerlichen Klasse zum Zwecke der Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterordnung unterhaltene Staat muß zerschlagen werden. –W.M.–



Mehr als 10 000 Jugendliche aus Niedersachsen und Bremen demonstrierten am 14.6. in Hannover gegen Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung. Aufgerufen hatte der DGB. Ausführliche Berichte S. 9 und S. 12.

Weg mit Paragraph 218! Volksentscheid!

Unterschriftensammlung begonnen

Während die bürgerlichen Parteien im Bundestag an Gesetzentwürfen zum § 218 auf Basis des Verfassungsgerichtsurteils herummachen, die sie nach der Sommerpause behandeln wollen (siehe auch S. 10), ist die Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid gegen den § 218 angelaufen. Obwohl bisher nur Einzelergebnisse vorliegen, bestätigen doch alle Berichte, daß es gut möglich ist, für die Forderungen des Aufrufs der Komitees und Initiativen gegen den § 218 breite Unterstützung zu finden und viele Menschen dafür zu gewinnen, daß sie durch ihre Unterschrift fordern: Der Paragraf 218 muß weg! Die Forderung nach einem Volksentscheid als dem Mittel, die Abschaffung des § 218 durchzusetzen, findet bei vielen Menschen Zustimmung.

Wie der Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218 mitteilt, wurden z. B. in Paderborn innerhalb weniger Stunden über 400 Unterschriften gesammelt, in Kiel an einem Tag 300, in Neuss 200 innerhalb von zwei Stunden. Bei der Standagitation in Bremen-Vegesack in zwei Tagen 275 Unterschriften.

Vor LDW, einem mittelgroßen Bremer Betrieb, wurden an einem Morgen über 50 Unterschriften gesammelt.

In Kassel unterschrieben in zwei Abteilungen der Speditionsfirma Eisenbach die Mehrheit der Kollegen. In einer Klasse der kaufmännischen Berufsschule unterschrieben von 23 Schülern 21. In Hannover hat sich die Schülerschaft der Gesamtschule Roderbruch mit großer Mehrheit für einen Volksentscheid gegen den § 218 ausgesprochen. Von 340 Schülern unterschrieben in kurzer Zeit 230. Auch 15 Lehrer, darunter Anhänger der DKP und der Jusos, unterzeichneten. Eine Reihe von Schülern war sofort bereit, nun selbst in ihrem Bekanntenkreis, im Sportverein usw. Unterschriften zu sammeln.

In Bremen gab eine Genossin einer Verkäuferin bei Kepa eine Liste mit. Schon nach zwei Stunden war die Liste voll.

Auf der Konferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD in Bremen konnten Mitglieder der Initiative nur in einer Pause unter den Delegierten sammeln. Trotzdem kamen über 30 Unterschriften zusammen.

Sogar in einer Polizeiwache in Bremen gelang es einer Genossin, von 6 Polizisten 3 für eine Unterschrift zu gewinnen.

In Neu-Bottenbroich, einem Dorf in der Nähe von Köln, wo der Einfluß der Kirche noch groß ist und 80 % der Bevölkerung CDU gewählt hat, sammelte ein Kölner Genosse während eines Volksfestes Unterschriften. Nachdem er an seinem Tisch 7

Fortsetzung S. 2

Bericht über die Rundreise von Genosse SITHOLE, Präsident der ZANU, und Interview Seiten 15/16

Entwurf des Strahlenschutzgesetzes:

Atom-Müll auf die Kippe

Auf ganz gewöhnlichen Müllkippen dürfte die Atomindustrie radioaktiven Müll loswerden, wenn der neue Entwurf des Bundesinnenministeriums zur Strahlenschutzordnung verabschiedet werden sollte.

Die Grenzwerte für die zugelassene Konzentration radioaktiver Stoffe in Luft und Wasser sollen teilweise um das Zehntausendfache der bisher zugelassenen Werte erhöht werden.

Selbst bei dem besonders gefährlichen Plutonium sollen nach dem neuen Entwurf der Strahlenschutzordnung die Grenzwerte um ein Vielfaches heraufgesetzt werden, obwohl in den letzten Jahren zahlreiche Wissenschaftler gerade eine Herabsetzung um ein Dreißigtausendfaches gefordert haben.

Galt nach der bisherigen Verordnung, daß schwach radioaktiver Atommüll nur dann wie normaler Müll behandelt werden darf, wenn seine Radioaktivität unter dem Wert von 10 Microcurie je Kubikzentimeter liegt, sieht der neue Entwurf überhaupt keinen festen Grenzwert mehr vor. Es wird nur verlangt, daß die "spezifische Aktivität", also die Strahlung, "gering" ist. Was "gering" ist und was nicht, wird in das Belieben der Kernkraftwerksbetreiber gestellt. Das ist für die Kapitalisten natürlich prächtig. Denn neben Sicherheitseinrichtungen in den Werken selbst ist es vor allem die Beseitigung und Ablagerung des Atommülls, die den Kapitalisten unerfreuliche Kosten gemacht hat. Bisher gibt es z.B. für leicht radioaktiven Müll nur eine einzige "Müllkippe", das Salzbergwerk Asse II. D.h. es fallen hohe Transportkosten an.

Schon bei den bisher geltenden Schutzverordnungen hat der Staat in Kauf genommen, daß durch die von den Atomkraftwerken an die Umwelt abgegebene Radioaktivität schwere Schäden an Leben und Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere im näheren Umkreis der Werke, angerichtet werden. Vor allem durch die Anreicherung radioaktiver Elemente über die Nahrungskette in einzelnen Körperorganen steigt die Häufigkeit von Krebserkrankungen in der Nähe von Kernkraftwerken. Auch Leukämie und die Kindersterblichkeit nehmen zu.

Erst jüngst hat sich z.B. die amerikanische Umweltschutzbehörde veranlaßt gesehen, eine zwanzigfache Verstärkung der Maßnahmen zum Schutz vor radioaktiven Strahlungen zu fordern, um Krebskrankheiten und Erbschäden zu verringern.

Dabei liegen die Grenzwerte in der Bundesrepublik jetzt schon wesentlich höher als z.B. in den USA.

Daß die Atomindustrie die bestehenden Bestimmungen häufig genug unterläuft, kann an den verschiedenen Atommüllskandalen abgelesen werden. So war z.B. auf einer Mülldeponie in Leopoldshafen radioaktiver Klärschlamm gefunden worden, auf einer Müllhalde in der Nähe des Kernkraftwerks Obrigheim sogar stark radioaktives Material (siehe KVZ Nr.17/1974, Seite 10). Schon 1974 war ein erster Entwurf einer neuen Strahlenschutzordnung vorgelegt, wegen heftiger Proteste insbesondere seitens der verschiedenen Bürgerinitiativen aber fallengelassen worden.

Der zweite, jetzt vorliegende Entwurf kommt den Kernkraftwerksbetreibern aber noch mehr entgegen. Die westdeutschen Kapitalisten haben mit der Kernindustrie sehr ehrgeizige Pläne. Bis 1985 sollen in der dichtbesiedelten Bundesrepublik mindestens 50 Atommeiler stehen. Je lockerer aber die Sicherheitsauflagen sind, die den Kapitalisten beim Betrieb ihrer Atommeiler gemacht werden, um so weniger fallen für sie Kosten an, die ihren Profit schmälern.

Und um dieses Profits der Wenigen willen soll die große Mehrheit das "Risiko" auf sich nehmen, daß ihr Leben und ihre Gesundheit auf der Strecke bleibt. h.v.

Forts. von S. 1: **§ 218**

von 10 Leuten hatte gewinnen können, wurde immer wieder über den § 218 gesprochen. Schließlich konnte er 41 Unterschriften zählen. Eine erste Zusammenfassung der Ergebnisse wird nach dem 26.6. möglich sein. Die örtlichen Komitees und Initiativen werden in der Zeit vom 20. bis 25. Juni Veranstaltungen durchführen und dort die bereits ausgefüllten Listen sammeln.

Der Ausschuß fordert alle auf, die sich am Kampf gegen den § 218 beteiligen wollen und die Forderung nach einem Volksentscheid unterstützen, dies mit ihrer Unterschrift zum Ausdruck zu bringen und selbst sich aktiv an der Sammlung der Unterschriften zu beteiligen.

Bei den örtlichen Komitees und Initiativen oder beim Ausschuß unter der Adresse: c/o Almut Bilger, 6800 Mannheim 31, Glasstraße 4, Tel. 0621/ 37 99 34 sind Listen erhältlich.

Das Volk soll zahlen für wachsende Staatsverschuldung

Um 80 bis 90 Milliarden DM wird 1976 die Staatsverschuldung zunehmen. Zur Deckung des Defizits wird neben einer zweiprozentigen Erhöhung der Mehrwertsteuer, die dem Volk zusätzlich 11 Milliarden DM abpressen soll, vom Sparen bei den sogenannten „Gemeinschaftsaufgaben" geredet. Bundeskanzler Schmidt hat vorgeschlagen, 16 Gesetze bzw. Gesetzentwürfe außer Kraft zu setzen bzw. zurückzuziehen. Dazu gehören unter anderem die Übernahme der Kosten bei Abtreibungen durch die Krankenversicherung, die unentgeltliche Beförderung von Schwerbeschädigten und die vorgesehene Erhöhung der Ausbildungsförderung für Studenten.

Fall Witt: „Kein öffentliches Interesse"

Mit mindestens 300 000 Mark aus der Staatskasse versuchte die Bayrische Landesregierung einen "ärztlichen Kunstfehler" des Münchener Chirurgen Witt zu decken. Als die Studenten Witt daraufhin zu einer Stellungnahme aufforderten, nahm ihn die Landesregierung erneut unter Schutz, indem sie acht Mannschaftswagen gegen die Studenten einsetzte.

Vor fast sechs Jahren hatte der Professor Witt eine Wirbelsäulenoperation an seinem Kollegen Dr. Mauser vorgenommen, nach welcher dieser querschnittsgelähmt war. Gegenüber den Schadensersatzforderungen des Dr. Mauser versuchte sich Witt mit Hilfe einflußreicher Freunde aus der Affäre zu ziehen. Mauser hatte gegen Witt Strafanzeige erstattet.

Die Lokalpresse berichtete nun kürzlich (Abendzeitung vom 15.5.), Mauser habe von der Staatskasse 500 000 DM erhalten, wenn er dafür die Strafanzeige zurückziehe. Laut Spiegel vom 16.6. waren es 300 000, während Witts Versicherung 200 000 hinzulegte. Der querschnittgelähmte Arzt Mauser, der bislang keinen Pfennig Schadensersatz gesehen hatte, ging darauf ein und zog die Strafanzeige zurück. Prompt hat darauf Staatsanwalt Sechser das Verfahren eingestellt mit der Begründung mangelndem öffentlichen Interesses. Gleichzeitig hat die Stadtverwaltung München Dr. Mauser nach Aussage seines Anwalts zur Kündigung des bestehenden Dienstverhältnisses gezwungen.

Aus Empörung über diese Vorgänge und um die Wahrheit hinter den Widersprüchen aufzudecken, in die sich Prof. Witt und seine Freunde in den staatlichen Organen verwickelt haben, verlangten die Medizinstudenten von ihrem Lehrer Prof. Witt in dessen Montag-Vorlesung bisher zweimal vergeblich Rechenschaft. Zuletzt am 9.6. ließen Prof. Witt und Dekan Prof. Spann die Poliklinik von sechs Mannschaftswagen uniformierter und zwei Mannschaftswagen ziviler Polizei besetzen. Ohne viel Federlesen wurde ein Sprecher der Studenten, Hans Kumor, in der überfüllten Vorlesung vom Rednerpult weg verhaftet.

Der Versuch der Polizei, die Versammelten hierdurch einzuschüchtern, war jedoch ein Schlag ins Wasser und führte im Gegenteil dazu, daß die Studenten mit dem inzwischen herbeigeeilten Klinikpersonal und den Patienten zusammen nur umso heftiger auf ihrem Recht bestanden, Prof. Witt zur Rechenschaft zu ziehen. Die Studenten ließen sich auch nicht aus der Poliklinik vertreiben, sondern verlangten die sofortige Freilassung des Verhafteten, was sie nach einer Stunde auch erreichten.

–W., München–

Anwaltskammer zu Diensten der Staatsanwaltschaft

Proteste gegen Berufsverbot für Rechtsanwalt Groenewold

Nach seinem Ausschluß aus dem Stuttgarter Prozeß wurde mit genau gleicher Begründung am 12.6.1975 gegen Rechtsanwalt Kurt Groenewold auf Antrag der Staatsanwaltschaft durch das Hamburger anwaltliche Ehrengericht ein vorläufiges sofortiges Berufsverbot verhängt.

Der Kern der Begründung: Groenewold habe unter Nutzung seiner Verteidigerrechte einen Informationsaustausch zwischen den RAF-Gefangenen vermittelt und ihren Hungerstreik unterstützt "um unseren Rechtsstaat zu bekämpfen".

Groenewold wird also nicht vorgeworfen, terroristische Aktionen der RAF unterstützt zu haben, wofür es auch keine Hinweise gibt. Ihm wird vorgeworfen, daß er jahrelang diesen Staat wegen der von ihm durchgeführten Isolationshaft angeprangert und ihn damit bekämpft habe.

Über zwanzig Hamburger Rechtsanwälte haben in einem Brief an ihre Kollegen gegen das beabsichtigte Berufsverbot protestiert. Der Sprecherrat der Hamburger Gerichtsreferendare hat eine Resolution gegen das Berufsverbot gefaßt und die britische Anwaltsvereinigung "Haldane Society" hatte ein Protestschreiben geschickt. Am Prozeß wollten ebenfalls viele Kollegen teilnehmen, die Handlanger des Ehrengerichts hatten sich aber in einem kleinen Saal verkrochen und ca. 20 Polizisten aufmarschieren lassen, um keine Zuschauer zuzulassen.

–P., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Hamburg–

Hauptziel Rationalisierung

Hauptziel der in diesem und im letzten Jahr vorgenommenen Investitionen ist die Rationalisierung, mit der vor allem die Lohn- und Gehaltskosten verringert werden sollen. Das wurde dem Münchner Ifo-Institut bei einer kürzlich gemachten Befragung bei 4 300 Industrieunternehmen von fast der Hälfte der befragten Firmenleitungen geantwortet. Ein Viertel der Unternehmen nannte als Investitionsziel den Ersatz veralteter Anlagen. Erweiterungsinvestitionen finden kaum statt. All diese Investitionen, die auf Einsparung von Arbeitskräften hinauslaufen, werden von der Bundesregierung mit einer Prämie von 7,5 % gefördert (Süddeutsche Zeitung vom 13. Juni).

Kapitalistensprecher für Aushöhlung des Versicherungsschutzes

Für eine Selbstbeteiligung der krankenversicherten Lohnabhängigen an der Arzt- und Krankenhauskosten hat sich der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Deutschen Arbeitgeberverbände, Fritz Heinz Himmelreich, ausgesprochen. Diese Maßnahme sei notwendig, damit die Beitragssätze für die Kassen nicht "ins Unermeßliche" wachse. Die Beiträge zu den Kassen sind Lohnanteile, für die die Arbeiter gemeinsam kämpfen können. Himmelreichs Vorschlag läuft darauf hinaus, daß die einzelnen Arbeiter für die Verteuerung der medizinischen Versorgung selber aufkommen sollen. (Süddeutsche Zeitung, 16.6.)

Freundschaftsvertrag zwischen Portugal und Rumänien

Rumänien und Portugal haben einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit geschlossen. Das Dokument wurde vom rumänischen Staatspräsidenten und Parteisekretär Ceaucescu und dem portugiesischen Präsidenten Costa Gomez in Bukarest verabschiedet. Ceaucescu sprach sich anläßlich des Besuchs erneut für die Abschaffung der Militärblöcke aus und erklärte, die besondere internationale Bedeutung des Vertrages liege darin, daß es sich bei den Vertragschließenden um befreundete Länder handelt, die verschiedenen Militärblöcken angehören.

Entspannungsschwindel und Aufrüstung

Zwei Meldungen konnte man in der vergangenen Woche gleichzeitig in den Zeitungen lesen. Einmal war die Rede vom "Optimismus in Genf" und von "mehr Tempo bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)" (Die Zeit vom 13. Juni). Zum anderen wurde unter der Überschrift "Unaufhaltsame Aufrüstung" (Süddeutsche Zeitung vom 13. Juni) über das neue Jahrbuch des Stockholmer Internationalen Instituts für Friedensforschung berichtet. Die eine Meldung verspricht Frieden und Entspannung in Europa, die andere bestätigt, daß das Wettrüsten ungeheuer zugenommen hat.

Das Versprechen von Frieden und Entspannung gründet sich darauf, daß nach langem Hin und Her auf Vorkonferenzen jetzt noch im Juli, spätestens im September ein Treffen der Regierungschefs aller an der KSZE beteiligten Länder einberufen werden soll, um dort das ausgehandelte Schlußdokument zu unterzeichnen.

Der Sozialimperialismus verlangt Anerkennung seines Herrschaftsbereichs und Einfluß auf Westeuropa

Aus den Schlagzeilen der Zeitungen ist auch zu entnehmen, wer am Abschluß dieser Konferenz das größte Interesse hat: *"Moskau eilt es mit der europäischen Sicherheitskonferenz."* (Süddeutsche Zeitung vom 13. Juni) In einer Reihe von Fragen hat sich die Sowjetunion offenbar bereit gefunden, den Forderungen der NATO-Länder ein Stück entgegenzukommen. So soll eine Passage in das Dokument aufgenommen worden sein, wonach eine friedliche Änderung der europäischen Nachkriegsgrenzen erlaubt ist, wenn dies in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und im Einvernehmen mit den Betroffenen geschieht. Eine solche Passage war von der Bundesrepublik gefordert worden.

Weiter soll die Sowjetunion zugestanden haben, daß Manöver im Raum bis zu 300 Kilometer von der Grenze entfernt der Gegenseite jeweils angekündigt werden müssen, wenn daran mehr als zwei Divisionen teilnehmen.

Wegen ihres erkennbaren Interesses am schnellen Abschluß der Konferenz versucht die Sowjetunion sich als Friedensmacht darzustellen. Tatsächlich aber ist sie zu gewissem Entgegenkommen im Einzelnen bereit, weil ihr die Konferenz insgesamt einen wichtigen Vorteil bringt. Zum ersten Mal werden die Nachkriegsgrenzen in Europa von allen größeren westeuropäischen Staaten und den USA in einem gemeinsamen Dokument mit der Sowjetunion bestätigt. Indem alle europäischen Staaten und die USA den bestehenden Zustand als gegeben zur Kenntnis nehmen, wird zugleich eine internationale vertragliche Grundlage geschaffen für die Stationierung sowjetischer Truppen in den von der Sowjetunion beherrschten osteuropäischen Staaten. Die Herrschaft des Sozialimperialismus über Osteuropa wird bestätigt, und die westeuropäischen Mächte werden in ein Vertragssystem mit der Sowjetunion eingebunden, für das die Sowjetunion eine eigene Kontrollbehörde anstrebt als ein politisches Interventionsorgan.

Der US-Imperialismus und der BRD-Imperialismus wollen sich das Recht auf ideologische Unterminierung Osteuropas bestätigen lassen

Formell gilt das Gleiche für die Supermacht USA in Westeuropa. Hier ist die Lage jedoch insofern anders, als die westeuropäischen imperialistischen Staaten ein höheres Maß an Unabhängigkeit von den USA besitzen als die osteuropäischen von der Sowjetunion. Wie die Dinge heute stehen, könnten die USA ihre Truppen gegen den erklärten Willen der einheimischen Bourgeoisie in einem Land wie der Bundesrepublik nicht halten. Als Frankreich aus der militärischen Integration der NATO ausschied und die US-Stützpunkte auf seinem Boden auflöste, mußten sich die USA dem fügen und konnten keineswegs das Land besetzen, wie es auf der anderen Seite die Sowjetunion mit der CSSR machte.

So stehen die US-Truppen in Westdeutschland nicht so sehr kraft der Machtvollkommenheit der USA, sondern weil sich in dieser Frage das Interesse der Supermacht USA an Positionen in Europa mit den expansiven Interessen der imperialistischen Bourgeoisie in Westdeutschland deckt. Für die westdeutsche Bourgeoisie bedeuten die amerikanischen Truppen nicht nur militärische Verstärkung gegen den wahrscheinlichen Gegner. Sondern die Anwesenheit der USA und das Festhalten an Resten des Besatzungsstatuts, das ja für ganz Deutschland galt, gibt ihr den formellen Rahmen für die Aufrechterhaltung ihrer imperialistischen Wiedervereinigungspolitik gegenüber der DDR.

Entsprechend ihrer anderen Ausgangslage haben darum der US-Imperialismus und der westdeutsche Imperialismus als zweite Macht im Westen an einer gesamteuropäischen Garantie ihrer gegenwärtigen Positionen weniger Interesse als die Sowjetunion. Sie legen Gewicht auf solche Bestimmungen im Abkommen, welche ihnen die ideologische Unterminierung des gewaltsam zusammengehaltenen osteuropäischen Sowjetimperiums erleichtern (*"freier Verkehr von Menschen und Ideen"*) und die Veränderung der Grenzen prinzipiell zulassen.

Hinter dem Entspannungsgerede: massive Aufrüstung

Beide Seiten verhandeln in Genf also keineswegs im Interesse der Entspannung, sondern um sich jeweils die günstigste Ausgangsposition im Kampf um die Herrschaft über Europa zu verschaffen. Der klarste Beleg dafür ist, daß die parallel in Wien stattfindenden Konferenzen über gegenseitigen Truppenabbau keinen Schritt vorankommt. Dort geht es nicht um dehnbare Vertragsklauseln, sondern um Divisionen, Panzer und Flugzeuge, und dabei verstehen beide Seiten keinen Spaß, sondern versuchen sich gegenseitig zu übertrumpfen. Wenn sowjetische Politiker wie jüngst wieder Ministerpräsident Kossygin *"die Tendenz zur Entspannung ... als bestimmenden Zug der internationalen Lage"* bezeichnen, so handelt es sich dabei um einen Betrugsversuch sowohl gegenüber dem eigenen Volk als auch gegenüber den europäischen Völkern und den Völkern der Welt, die sich in Sicherheit wiegen sollen.

Während die Wölfe von Entspannung reden, sind die Tatsachen eindeutig: Die Kriegsgefahr nimmt zu. Die eingangs erwähnte Stockholmer Studie kommt nicht nur zu dem Schluß, daß die Aufrüstung *"unaufhaltsam"* sei, sondern daß vor allem *"bei den beiden Supermächten kein Anzeichen für die Bereitwilligkeit zur Abrüstung zu sehen ist ... Das Abkommen über eine weitere Begrenzung strategischer Waffen (SALT II) hindere beide Länder nicht daran, ihre Vorräte an nuklearen Sprengköpfen zu verdoppeln oder gar zu verdreifachen ... Nach Verwirklichung von SALT II könnten sich die Sowjetunion und die USA gegenseitig 100mal statt 50mal auslöschen."* (Süddeutsche Zeitung vom 13. Juni)

Auch der westdeutsche Imperialismus hat seine Rüstungsanstrengungen erheblich verstärkt. **"Mit ihrer wachsenden Rolle in der NATO und ihrem gesteigerten Militärpotential reizen die Bonner Militaristen den Appetit des westdeutschen Imperialismus, der nach dem amerikanischen Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus eine Neuaufteilung Europas und der Welt anstrebt."** (Radio Tirana am 7. Mai, zitiert nach: Ausgewählte Sendungen Nr. 2, Seite 43, Rotfront-Verlag)

Nur die Revolution kann den Krieg verhindern

Es liegt auf der Hand: Von Wölfen kann man sich keinen Frieden erhoffen und von imperialistischen Räubern, die um die Weltherrschaft und um Anteile an der Weltherrschaft ringen, keine Entspannung. Ihre ganze Politik läuft auf Krieg hinaus. Verhindert werden kann dieser Krieg nur, wenn die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern die imperialistischen bürgerlichen Klassen stürzt, bevor sie einen neuen Weltkrieg entfachen können. Diese Aufgabe wird der Arbeiterklasse erleichtert durch die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker, die den Imperialismus entscheidend schwächen.

Die Ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen, die gegen den Krieg sind und für das friedliche Zusammenleben der Völker, sie können nicht auf die Entspannungskonferenzen ihrer Ausbeuter und Herren setzen, sondern müssen für die Revolution kämpfen, mit der sie sich zugleich von der Ausbeutung befreien.

Diese Erkenntnis gewinnt zunehmend an Boden. Nicht "Entspannung" zwischen den herrschenden Klassen ist die "bestimmende Tendenz" in der heutigen Welt. **"Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution."** Und diese Haupttendenz ist grundlegend für die unwiderstehliche historische Strömung **"Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung und Völker wollen die Revolution."**

Ohne Entfaltung des Kampfes der Völker für die Revolution kann der Kampf der unterdrückten Nationen um ihre Befreiung keine Durchschlagskraft und der Kampf der Staaten um Unabhängigkeit keinen Bestand haben. Für alle imperialistischen Länder bedeutet das, daß die Entfaltung des Klassenkampfes gegen die eigene Bourgeoisie mit dem Ziel ihres Sturzes die grundlegende Aufgabe für die Arbeiterklasse ist, von deren Erfüllung es abhängt, daß sie die anderen Aufgaben lösen kann.

Das gilt auch für die westdeutsche Arbeiterklasse. Je entschiedener sie in der Revolution vorangeht, um die eigene imperialistische Bourgeoisie zu stürzen, um so mehr trägt sie bei zur Entfaltung der unaufhaltsamen historischen Strömung und zur Stärkung der Einheitsfront gegen die Supermächte und die von ihnen ausgehende Kriegsgefahr.

W.M.

BRD und Brasilien halten trotz amerikanischem Druck am Atomgeschäft fest

Trotz schärfer werdender Kritik aus den USA hat die Bundesregierung ihre Absicht bekräftigt, den Verkauf von acht Kernkraftwerken an Brasilien festzuhalten. In Brasilien überreichte die deutsche Botschaft dem Außenministerium eine entsprechende Note. Darin heißt es, daß die Bundesregierung keine zusätzlichen Sicherheitsklauseln in das Vertragswerk aufnehmen werde. Brasilianische Politiker kritisieren inzwischen offen die Einmischung der USA in brasilianische Angelegenheiten. (Handelsblatt, 16.6.1975)

Befreiungskämpfer in Oman sprengen Festung des Sultans

Einheiten der PFLO (Volksfront für die Befreiung des Omans) haben nur 500 Meter vom Palast des Sultans Quabus von Oman entfernt eine Festung in die Luft gesprengt, wie das Büro der PFLO in Aden bekanntgab. 100 Soldaten sind getötet oder verletzt worden. Die Festung Al Yasen in Muskat hat stundenlang gebrannt, nachdem es den Befreiungskämpfern am 25. Mai gelungen war, im Munitionsdepot einen Sprengsatz zu zünden. Die Sprengung der Festung war die Antwort auf Todesstrafen, die gegen Kämpfer der PFLO vom unterdrückerischen Regime des Sultans Quabus verhängt worden sind.

US-Luftwaffe übt künftig "begrenzten Atomkrieg"

Das amerikanische Verteidigungsministerium hat die Bombenbesatzungen der US-Luftwaffe angewiesen, Einsätze für einen begrenzten Atomkrieg zu üben. Das berichtet die "Washington Post". Jede Besatzung soll künftig zwanzig zusätzliche Einsätze einüben. Zu den Zielen im Rahmen eines 'kleinen Atomkriegs' gehören nach diesem Bericht auch Ölraffinerien (Die Welt vom 16. Juni).

Die Revolution zum Verbrechen erklärt

Polizeiminister Maihofer philosophiert über "politische Kriminalität"

In einer Ende Juli erscheinenden Auflage von "Meyers Enzyklopädischem Lexikon" hat sich Bundesinnenminister Maihofer unter dem Stichwort "Politische Kriminalität" über den Unterschied von "Extremismus" und "Radikalismus" ausgelassen. Seine aktuelle Bedeutung hat dieser Beitrag darin, daß er als wissenschaftliches Gutachten an die bürgerliche Klasse gelten kann, wie sie bezüglich des Verbots kommunistischer Organisationen verfahren soll und mit welcher Begründung revisionistische Organisationen wie die DKP vom Verbot ausgenommen werden können.

Die anspruchsvolle Aufgabe, die sich die Wissenschaft des Professor Maihofer stellt, besteht in nichts weniger, als zu begründen, warum die Forderung nach uneingeschränkter Volksherrschaft und Volkssouveränität "extremistisch" und ein "politisches Verbrechen" sei. Das fällt dem Herrn Maihofer, der sich gern als liberaler Hüter demokratischer Traditionen versteht, nicht leicht. Denn es war die bürgerliche Klasse selber, die unter der Forderung nach Volksherrschaft in den bürgerlichen Revolutionen die politische Macht an sich gerissen hat. Auf seine Ahnherren kann der Professor Maihofer daher nicht zurückgreifen; vielmehr ist er gezwungen, wissenschaftliches Neuland zu betreten.

"Jede Zeit hat ihre Verbrechen"

Um an sein Ziel heranzukommen, legt sich der Herr Professor zunächst zurecht, was eine Gesellschaft sei. Darunter versteht er *"ein soziales System zur Befriedigung der individuellen Bedürfnisse und zur Erhaltung der persönlichen Fähigkeiten eines Jeden."*

Daß dies mit der Wirklichkeit nichts zu schaffen hat, sieht außer dem Professor jedes Kind, und hat es bloß "Onkel Toms Hütte" gelesen, woraus man immerhin noch entnehmen kann, daß Sklaverei zum Beispiel ein "soziales System" ist, das – wo es nicht zur Rebellion führt – zu Kriecherei und gebrochenem Kreuz, dem Gegenteil der "Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten", führt.

Aber wahrscheinlich hat der Professor Maihofer nicht an jede Gesellschaft gedacht, sondern speziell an die bürgerliche, zu deren Verteidigung er sich in diesem Aufsatz wissenschaftlich und als Innenminister berufsmäßig aufgeschwungen hat.

Aber auch mit der Wirklichkeit der kapitalistischen Ausbeuterordnung hat seine Definition, was die Gesellschaft sei, nichts zu schaffen. Man kann es plastisch daran erkennen, daß gegenwärtig eine Million Arbeitslose zur Verkümmerung ihrer "persönlichen Fähigkeiten" gezwungen sind, daß in dieser Ausbeuterordnung die menschliche Produktivkraft nicht "entfaltet", sondern gefesselt und vernichtet wird.

Nachdem der Professor Maihofer die kapitalistische Ausbeuterordnung so zu einer Idylle im Wege der Definition umgedeutet hat, kriegt er auch gleich raus, was ein Verbrechen ist.

Darunter versteht er die *"Befriedigung von Bedürfnissen und Entfaltung von Fähigkeiten zu einseitigem Vorteil und zu anderer Nachteil".*

Damit entspricht Maihofer sicherlich der Meinung vieler Menschen; jedoch in dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung gilt diese Definition gerade nicht. Denn so betrachtet wäre jeder Kapitalist ein Verbrecher. So will jeder Kapitalist, wie das die Krise gut zeigt, "zu einseitigem Vorteil und zu anderer Nachteil" sein Geschäft machen, was seinen Mitkonkurrenten in den Konkurs und die Arbeiter aufs Pflaster wirft.

Nun weiß man aber, daß all dies nicht als Verbrechen zählt, sondern vielmehr als "marktgerechtes Verhalten", das obendrein noch behördlich subventioniert wird. Als Verbrechen gilt all dies erst, wenn das Privateigentum nicht geachtet wird, wenn zum Beispiel ein Arbeiter dem Kapitalisten etwas von seinem Eigentum klaut, und sei es auch nur Ausschußware, die ansonsten auf dem Müll landet.



"Die Kraft eines Geistes ist so groß wie seine Äußerungen. (...) Blicken wir auf die Äußerungen dieses Geistes, aus dem die sozialliberale Koalition seit 1969 die Fragen der inneren Sicherheit angepackt hat, dann stellen wir einen stärkeren, nicht nur quantitativen, sondern auch qualitativen Ausbau der Sicherheitsorgane des Bundes in diesen wenigen Jahren fest, als in den ganzen davorliegenden Jahrzehnten seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland insgesamt." (Bundesinnenminister Maihofer, Bundestagsdebatte zur "Inneren Sicherheit", März 1975)

Daran denkt unser Professor auch, der an anderer Stelle vom *"Diebstahl"* redet, von der *"Wohlstandskriminalität"*, und der die Ursache in der *"angeheizten Begehrlichkeit der sogenannten breiten Massen"* sieht.

Er hat also vergessen zu sagen, daß unser "soziales System" auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht, und daß ein Verbrechen begeht, wer das Recht auf Privateigentum verletzt, und dazu gehört auch das leibliche Wohl der Kapitalisten.

Maihofer kommt sodann zu dem ebenso absurden wie falschen Satz: *"Jede Zeit hat ihre Verbrechen"*, womit er das Verbrechen zu einer natürlichen menschlichen Eigenschaft macht. Man sieht, wenn es politisch notwendig und opportun ist, wird auch die Wissenschaft eines "Liberalen" schlicht reaktionär.

Gewöhnliche und "politische Kriminalität"

Der wissenschaftliche Unsinn des Professor Maihofer hat aber einen politischen Sinn, denn er ist nicht nur Professor, sondern auch Polizeiminister. Der politische Zweck zeigt sich, wo er vom gewöhnlichen zum *"politischen Verbrechen"* fortschreitet.

Dazu schreibt er: *"Es gibt, wie uns Geschichte und Erfahrung lehren, eine strukturelle Kriminalität ebenso auch als Kehrseite und Negativbild jedes politischen Systems, die wir, im Unterschied zur übrigen, auch 'politische Kriminalität' nennen können."*

Mit dem *"politischen System"* meint er den Staatsapparat, den es für ihn genauso wie das gewöhnliche Verbrechen gibt, da seine Aufgabe ja gerade darin bestünde, die "Bürger" vor Verbrechen zu schützen.

Man kann daran erkennen, daß sein Unsinn Methode hat, die in nichts anderem besteht, als daß er vom Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln und von der Ausbeutung absehen muß, womit die kapitalistische Ausbeuterordnung zur Idylle wird, die samt ihrem Staat und dem "Verbrechen" ewigen Bestand hat.

Worin aber besteht die politische Kriminalität, die nicht das Portemonnaie des Herrn Ministers klauen will? Maihofer formuliert seine Erkenntnis wie folgt: *"Es kann nicht verwundern, daß die ... politische Kriminalität eine ganz andere Angriffsrichtung hat als die sonstige auf die Verletzung oder Gefährdung von Rechtsgütern des Einzelnen ... gezielte Kriminalität."*

Sie ist, so der Professor Maihofer, *"auf den Bestand und die Verfassung des Staates gerichtet(e)"*, oder, wie er an anderer Stelle sagt, gegen das *"politische System als solches"*.

Nun gibt es freilich niemanden, der Tätigkeiten *"gegen das 'politische System' als solches"* entwickelt. Denn im Gegensatz zu materiellen Gütern läßt sich mit dem Staat im Sinne des "normalen Verbrechens" wenig anfangen. Weder kann man ihn bei einem Hehler verkaufen, noch selbst verzehren.

Der Herr Professor Maihofer, der unterschlagen hat, daß diese Gesellschaft auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten beruht, unterschlägt nun auch gleich noch, daß dieser Staat allein der Aufrechterhaltung dieser Ausbeuterordnung dient. Damit kann er zwar im folgenden auch noch unterschlagen, daß die Gegner dieses Staates Gegner dieser Ausbeuterordnung sind, aber warum sich immer mehr Menschen gegen diesen Staat wenden, bleibt bei ihm im Dunkeln. Die "politische Kriminalität" stellt er so als Natureigenschaft einiger Menschen dar, ganz so, wie man blaue Augen oder schwarze Haare hat.

In bezug auf den bürgerlichen Staat haben die Kommunisten stets die Auffassung vertreten, daß es die Massen selbst sein werden, die diesen Staat und seine Verfassung angreifen und letztlich zerschlagen werden, da er mit all seinen Rechten nur der Kapitalistenklasse dient, während er jede demokratische Bewegung der Massen unterdrückt und jeden Gedanken an die soziale Befreiung der Arbeiterklasse vernichten will.

Maihofers Wissenschaft muß also das Kunststück fertigbringen, die Propagierung der proletarischen Diktatur, also die unumschränkte Herrschaft der arbeitenden Mehrheit, die sich berufen kann auf das Recht des Volkes zur Revolution, als "politische Kriminalität" zurechtzudefinieren. Er muß also den Grundsatz der Volkssouveränität, der nichts anderes bedeutet als das über allem gesetzten Recht stehende Recht des Volkes auf Revolution, in die "politische Kriminalität" verbannen, obzwar auch alle bürgerlichen Staaten formal sich darauf berufen, um ihren demokratischen Anstrich zu erhalten. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, heißt es dazu im Grundgesetz.

Gutgehen kann ein solches Kunststück nicht. Und so beschränkt sich Maihofers Argument darauf, der *"Kernbestand"* der Verfassung sei *"selbst gegen verfassungsändernde Mehrheiten"* abgesichert. Damit spielt er darauf an, daß es sich dieses Grundgesetz leistet (Artikel 79, Absatz 3), seinen Kernbestand als ewig und für alle Zeiten unabänderbar hinzustellen, ihn also offen der Volkssouveränität entzieht.

"Extremistische Bestrebungen richten sich ... gegen jenen Kernbestand unserer Staatsverfassung, den wir 'freiheitlich demokratische Grundordnung' nennen."

Als *"politische Kriminalität"* gilt daher jede Bestrebung, die gegenüber dem *"Kernbestand"* dieser Verfassung die Forderung nach uneingeschränkter Volksherrschaft erhebt, die Forderung nach Volkssouvernänität in allen Fragen der Staatsverfassung zum Zwecke der sozialen Revolution. Wie sehr ihm die Angst vor dem Grundsatz der Volkssouveränität im Nacken sitzt, kann man erkennen, wenn er sofort hinzufügt, daß solche Bewegungen verboten werden müssen, *"wo diese auch auf gewaltlosem Wege zu einer ernsthaften Gefährdung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung"* werden.

"Extremismus" und "Radikalismus"

Streng vom *"Extremismus"* hat der Professor Maihofer den *"Radikalismus"* unterschieden, der die Staatsverfassung bejaht und lediglich die Gesellschaft ändern will.

Solchen Unsinn kann er verbreiten, weil er zuvor Staat und Gesellschaft säuberlich getrennt hat, so daß der *"Extremismus"* nur den Staat angreift, selbst aber keinen sozialen Zweck hat. Bezweckt wird damit nicht weniger, als die politische Herrschaft der Kapitalistenklasse heilig zu sprechen, womit auch ihre soziale Ausbeuterordnung für alle Zeiten garantiert sein soll. "Radikal" ist für den Professor die soziale Veränderung auf dem Boden und mit Hilfe des Grundgesetzes, wofür er als Beispiel anführt, man könne unter Berufung auf Artikel 15 Enteignungen fordern und sei dann kein "Verfassungsfeind".

Der Herr Minister hat hier beschrieben die Spezies der DKP-Führung, die ihre Revolution mit Artikel 15 des Grundgesetzes machen will. Und weil der Innenminister sieht, daß dies radikal nicht ist, weil es an der politischen Herrschaft der Kapitalistenklasse nicht rührt, kann er ihr bescheinigen, daß sie nicht verfassungsfeindlich sei.

Denn er weiß, daß die Produktionsmittel nicht vergesellschaftet werden können, solange die Arbeiterklasse und das politisch geeinte Volk nicht die Macht haben, solange sie diesen Staat in seinem "Kernbestand" nicht zerschlagen haben.

Er weiß auch, daß dieser Artikel 15 nicht ein Geschenk an die Arbeiterklasse ist, sondern daß er notwendig für die Kapitalisten ist, damit Boden enteignet und pleite gehende Industriebranchen erhalten bleiben können.

Man sieht an der Unterscheidung von "Extremist" und "Radikaler" auch, wozu der wissenschaftliche Aufwand des Professor Maihofer herhalten soll.

Er soll begründen und gleichzeitig propagandistisch den Boden vorbereiten für das Verbot kommunistischer Organisationen, während für die Bourgeoisie ein Auskommen mit den Revisionisten gesichert erscheint.

Als Gutachter in dieser Angelegenheit mit dem Anspruch auf wissenschaftliche Richtigkeit hat so der Professor Maihofer die Wissenschaft für ein Polizeiministergehalt verkauft. –e.r.–

Abhöraffaire: Wenn die Bourgeoisie sich selbst bespitzelt

Mit den Notstandsgesetzen legalisierte der Bundestag 1968 das Telefonabhören. Das sogenannte Abhörgesetz legt fest, daß derjenige, der vom Verfassungsschutz abgehört wird, nichts davon erfährt, auch dann nicht, wenn sich der Verdacht als unbegründet herausstellt.

Der gesetzmäßige Weg des Abhörens geht so: Der Bundesverfassungsschutz beantragt das Abhören beim Bundesinnenminister, der der Post die entsprechende Weisung erteilt und dazu ein Dreimann-Gremium des Bundestages um Zustimmung ersuchen muß. Dieses Dreimann-Gremium ist selbst Teil eines Fünfergremiums, das nachträglich über die Abhörmaßnahmen informiert wird und das Recht hat, eine schon begonnene Abhörmaßnahme zu stoppen.

Seit 1968 ist also auf diese Weise, nachdem das Telefon- und Postgeheimnis im Grundgesetz entsprechend aufgehoben wurde, das Abhören verfassungsgemäß. Garantieren soll dies verfassungsgemäße Verfahren, daß der Bundesverfassungsschutz nicht zur Bespitzelung der höchsten Persönlichkeiten der Kapitalistenklasse und ihrer Spitzenpolitiker untereinander benutzt werden kann und doch zugleich freie Hand hat, alle politischen Bestrebungen im Volk und insbesondere der Arbeiterklasse unbeschränkt zu bespitzeln.

Daß dies in stets wachsendem Umfang geschieht, war der bürgerlichen Presse nie ein Skandal wert, wohl aber, wenn bekannt wurde, daß Verfassungsschutz oder Bundesnachrichtendienst unter Umgehung der verfassungsmäßigen Selbstkontrollen des bürgerlichen Staates zur Bespitzelung der Herren unter sich selbst tätig wurden.

Der jüngst abgehörte CDU-Generalsekretär Biedenkopf erklärte in 'Bild am Sonntag': "Mein Vertrauen in das Telefongeheimnis ist erschüttert. ... Zerstörung elementarer Spielregeln des Zusammenlebens. ... Wenn der Staat das Telefongeheimnis und damit die Privatsphäre jedes einzelnen nicht sichern kann, dann kann in diesem Land nicht mehr frei gelebt und unabhängig Politik gemacht werden."

Nach einer Meinungsumfrage sind 24 % der westdeutschen Bevölkerung der Meinung, daß ihr Telefon abgehört wird. Wer nicht zur herrschenden Klasse und ihrem Politikerpack gehört, hat Grund zu dieser Meinung. Ein Verdacht des Verfassungsschutzes genügt – und die sprunghaft steigenden Ausgaben des Bundesverfassungsschutzes und der Landesverfassungsschutzämter zeigen, daß die Bespitzelung der Bevölkerung immer mehr ausgedehnt wird. Das geschieht ganz verfassungsgemäß. Und weigert sich ein Postbeamter, auf Geheiß des Verfassungsschutzes eine Abhörschaltung einzurichten, wird er entlassen, wie schon mehrmals geschehen. Das geht nach dem Beamtenrecht, das zum aktiven Einsatz für das Grundgesetz verpflichtet. Frei und ungehindert und in Zusammenarbeit mit den westdeutschen Geheimdiensten dürfen auch die Geheimdienste ausländischer "verbündeter Mächte" in Westdeutschland walten. Bekannt sind die Aktivitäten der griechischen, türkischen und koreanischen Geheimdienste in Westdeutschland gegen Antifaschisten, Kommunisten und Demokraten und gegen die Arbeiterorganisationen der ausländischen Arbeiter. Als letztes Jahr ein CIA-Beamter die umfangreichen Tätigkeiten der amerikanischen Geheimdienste in Westdeutschland enthüllte, erklärte die Bundesregierung: Soweit sie davon wisse, geschehe das in Zusammenarbeit, und Tätigkeiten, von denen sie nicht unterrichtet sei, gäbe es nicht. Bundesregierung und US-Behörden erklärten auch eilfertig, daß ausgeschlossen werden müsse, daß das Gespräch zwischen Kohl und Biedenkopf von US-Geheimdiensten abgehört worden sei. Gegen die Tätigkeit und Anwesenheit der US-Geheimdienste selbst – in Kaiserslautern ist ganz offiziell die 527. Military Intelligence Group, eine Geheimdiensteinheit der US-Armee, stationiert – hat sie nichts einzuwenden. Das Volk ist für die Bearbeitung durch westdeutsche und ausländische Geheimdienste freigegeben. Nur die herrschende Klasse und ihr Politikeranhang, die solcherweise die Bewachung des Volkes veranlassen, wollen sicher sein, daß ihre politischen Geschäfte untereinander als zu schützende Privatangelegenheit garantiert werden. Sonst könne nicht mehr "unabhängige Politik gemacht werden", sagte Biedenkopf. In der Tat, nicht die staatliche Bespitzelung des Volkes ist Biedenkopfs Sorge, sondern daß die politischen Schiebereien der bürgerlichen Politiker ans Licht kommen könnten. –bb–

Polizeimaßnahmen beim RAF-Prozeß fordern erstes Todesopfer

Am 7. Juni hat sich ein Beamter des Bundesgrenzschutzes während einer Streifenfahrt in Stuttgart mit einem Schuß aus seiner eigenen Maschinenpistole erschossen. Er war gerade achtzehn Jahre alt und gehörte zu dem riesigen Aufgebot von Grenzschutzbeamten, die seit dem Beginn des Prozesses gegen vier Mitglieder der "Rote Armee-Fraktion" durch ganz Stuttgart marschieren und die Stadt im Belagerungszustand halten. Begründet werden diese Maßnahmen mit dem Schutz der Bevölkerung. Tatsächlich werden Banken, Regierungs- und Justizpaläste geschützt und soll das Volk an den Anblick schwerbewaffneter Polizeieinheiten gewöhnt werden.

Glyco Wiesbaden:

Wir müssen jede Akkordverschärfung bekämpfen

Den Kampf gegen die Akkordverschärfung unter der Forderung führen: Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme!

An vielen Punkten verstärken die Kapitalisten in der Krise ihre Angriffe, um die Arbeitsbedingungen der Arbeiter in den Betrieben zu verschlechtern und so mehr Arbeit herauszupressen. Besonders bei den Akkord- und den Stückzahlen drehen sie die Schrauben immer fester.

In zahlreichen Betrieben haben die Kollegen den Widerstand gegen diese Angriffe aufgebaut. Hier berichten die Genossen aus der Gleitlagerfabrik Glyco in Wiesbaden, wie bei ihnen der Kampf gegen die Verschlechterung der Akkordzeiten aufgenommen wurde. Um der rücksichtslosen Auspressung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten einen Riegel vorzuschieben und um sie vor der Ruinierung ihrer Kräfte und Fähigkeiten zu schützen, die sie braucht, um die Kapitalistenherrschaft zu stürzen und den Sozialismus aufzubauen, muß die Arbeiterklasse diese Kämpfe führen und zusammenfassen mit der Forderung: Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme!

In der KVZ Nr. 18/75 berichteten wir über 17 fristlose Entlassungen bei der Firma Glyco in Wiesbaden. In der Abteilung Galvanik wurde der Akkord so verschärft, daß die Arbeit von den Kollegen nur noch schwer geschafft werden konnte.

Weil das den Kollegen zuviel wurde, sagte die ganze Schicht (17 Mann), die Samstag Überstunden machen sollte, ab: Erst schneller arbeiten, dann noch Überstunden – das war zuviel.

Daraufhin wurden alle 17 fristlos entlassen. Das Arbeitsgericht hat letzte Woche nun die Klage der Kollegen auf Wiedereinstellung abgewiesen. Dabei beteten die Richter das nach, was die Glyco-Kapitalisten vorgebetet hatten: *"Beharrliche Arbeitsverweigerung – ein komplottartiges Vorgehen der Griechen"*.

Warum sind die Glyco-Kapitalisten so scharf gegen die Kollegen vorgegangen?

gen vorgegangen?

Die Firma Glyco ist ein Zulieferbetrieb für die Autoindustrie (Gleitlager), und die Krise wirkte sich folglich auch bei Glyco aus. Zwar sind die Aufträge zurückgegangen, aber das Auftragspolster war immer so groß, daß keine Massenentlassungen durchgeführt wurden.

Allerdings ist es so, daß die Aufträge jetzt teilweise kurzfristiger einkommen und so die Glyco-Kapitalisten durch "rasches Auftragserledigen" die Konkurrenz ausstechen wollen, und das bei weiterer Steigerung ihrer Profite.

Das ganze heißt für die Kollegen aber nur: Verschärfung der Ausbeutung. Die Geschäftsleitung wendet dazu die verschiedensten Methoden an:

Methoden zur Verschärfung der Ausbeutung

1. Lohndrückerei

Kurzfristig werden Kollegen von ihrer Arbeit freigesetzt für Transport-, Aufräumungs- und Nacharbeiten. Dies bedeutet Lohneinbußen.

Ein Beispiel von vielen: Ein Kollege wurde in der M 2 ans Spiratron versetzt, bei 50 Pfennig Lohneinbuße.

Oft kommt es auch vor, daß Maschinenarbeiter am Tag mehrmals die Arbeit wechseln müssen, wodurch sie wegen der Umstellung den Akkord nicht mehr schaffen (dabei steigen auch die Unfälle).

2. Verlängerung des Arbeitstages

Bei verschiedenen Maschinen müssen die Kollegen häufig statt der normalen Zweierschicht (Früh- und Spätschicht) in Tag- und Nachtschicht zu je 10 Stunden arbeiten (z.B. in der M 2 und an den Pressen).

Als selbstverständlich wird inzwischen auch wieder angesehen, daß man Samstag seine sechs Überstunden machen muß.

Als ein Kollege in der Probezeit meinte, er wolle Samstag nicht arbeiten, weil "freiwillig", wurde er natürlich nicht ins Arbeitsverhältnis übernommen.

3. Steigerung der Arbeitsproduktivität

So gibt es z.B. schon an den Längendrehautomaten automatische Einfüller (die Gleitlager werden an den verschiedenen Maschinen bearbeitet, gedreht, gebohrt usw.; dazu werden sie von den Maschinenarbeitern meist im Akkord bestückt). Geplant sind jetzt solche Einfüller zum Beispiel für Bohrräumungsmaschinen- und Trennfugenräumungsmaschinen. Dadurch wird einerseits die Stückzahl erhöht, und zum zweiten müssen dann die Kollegen statt bisher einer oder höchstens zwei Maschinen mehrere Maschinen bedienen.

Es ist auch ein Prototyp in Erprobung, und zwar neue automatische Fräsen für Sichelnuten, die fünfmal schneller sind und an eine Maschine angehängt werden. Das heißt Mehrarbeit für den jeweiligen Maschinenarbeiter und daß jeweils vier Arbeiter "freigesetzt" werden.

Ebenfalls ist ein Prototyp einer automatischen Meßmaschine in Erprobung: Sie mißt genauer und würde ebenfalls jeweils vier Arbeiter einsparen.

In der Verpackung wurde ebenfalls durch Umstellungen eine Anzahl von Kollegen eingespart.

4. Steigerung der Arbeitsintensität

Wenn man einen Vertrauensmann fragt, welche Maschinen in der letzten Zeit schneller gestellt wurden, bekommt man nur gesagt: "Nimm dir die Stückkarten von 1970 und heute, und du wirst kaum eine Maschine finden, wo der Akkord nicht verschärft wurde."

Ein besonders dreister Fall: An den Pressen in der M 2 wurden ohne Abstoppen die Vorgabezeiten gekürzt.

Ein besonders dreister Fall: An den Pressen in der M 2 wurden ohne Abstoppen die Vorgabezeiten gekürzt.

Es werden aber nicht nur die Vorgabezeiten gekürzt, sondern oft wird auch der Arbeitsbereich der Kollegen erweitert.

In der M 1 und M 2 z.B. wurden bei gleicher Zahl von Maschineneinrichtern und Kontrolleuren neue Maschinen aufgestellt.

Für die Kontrolleure wurden die Prüfungsvorschriften verschärft, was zusätzliche Arbeiten bedeutet.

An bestimmten Maschinen wurden zusätzliche Maschinen angekoppelt, was im Prinzip heißt: statt einer zwei Maschinen bedienen.

Ich hatte bei jeder Art der verschärften Ausbeutung nur wenige Beispiele erwähnt, was beliebig fortgeführt werden kann.

Verschärfte Arbeitshetze – mehr Unfälle!

Die verschärfte Arbeitshetze wirkt sich natürlich auch in einer erhöhten Anzahl von Unfällen aus:

Auf der letzten Betriebsversammlung meinte der Sicherheitsbeauftragte der Firma, daß erhöht unter anderem Kreislaufmittel genommen würden, was wohl "vielleicht auch am Streß" liegen könne. Dann erwähnte er, daß auch bedenklich sei, daß bei den ausländischen Kollegen die Unfälle um 15% gestiegen seien. Die ausländischen Kollegen arbeiten fast zu 100 % in der Produktion. Dort sind aber nicht nur die Unfälle um 15 %, sondern auch der Akkord um etwa 15 % gestiegen.

Die Automaten in der Galvanik, die schneller gestellt wurden

Wie haben die Glyco-Kapitalisten solche Verschärfungen ge-

Wie haben die Glyco-Kapitalisten solche Verschärfungen ge-

gen die Belegschaft durchgesetzt?

Begonnen hat dies schon im Herbst letzten Jahres. 120 Kollegen bekamen Briefe, in denen ihnen wegen ihrer Krankheit gedroht wurde.

Der Protest, der sich darauf bildete, wurde sofort erstickt: Etwa 20 Kollegen wurden entlassen wegen "Arbeitsverweigerung und Blaumacherei". Darunter z.B. ein Kollege, der dreimal im Krankenhaus lag und operiert wurde.

Die Firma will jeden Protest gegen ihre Rationalisierungsmaßnahmen ersticken. So wurde auch ein Kollege entlassen, der in der Betriebsversammlung offen auftrat und in der Abteilung mit den Kollegen die Maßnahmen der Kapitalisten diskutierte.

Er klagt auf Wiedereinstellung. Auf Wiedereinstellung klagt z.B. auch ein Kollege, der sich bei der Akkordhetze die Finger in einer Maschine abgehackt hatte. Die Firma meinte: *"Selber schuld – Entlassung!"*

Man sieht, die Glyco-Kapitalisten sind recht vielseitig in ihren Schikanen gegen die Arbeiter, wenn es gilt, Ruhe für ihre Rationalisierungsmaßnahmen zu schaffen. Sie haben natürlich auch ein Interesse, daß dies alles nicht an die Öffentlichkeit kommt, und so läuft gegen den KBW-Sekretär aus Wiesbaden eine einstweilige Verfügung, daß er 10 000 DM bezahlen muß, falls er etwas veröffentlicht.

Die Empörung und der Wider-

Die Empörung und der Widerstand wachsen im Betrieb

Die Geschäftsleitung führt ihre Maßnahmen so durch, daß immer nur einzelne Kollegen betroffen sind. So hofft sie, daß die Kollegen sich nicht zusammenschließen. Hier liegt auch die Schwierigkeit, wie der Widerstand gegen die Akkordverschärfung der Firma zusammengefaßt und zum Erfolg geführt werden kann.

Anfänglich sah es tatsächlich so aus, daß die betroffenen Kollegen nur murrten. Einzelne gingen sich dann auch schon bei Vertrauensleutekörper und Betriebsrat beschweren. So z.B. auch die Kollegen der M 2, wo die Maschine ohne zu stoppen schneller gestellt wurde.

In der Galvanik schlossen sich zum ersten Mal dann auch die Kollegen einer Abteilung gegen die Rationalisierung zusammen.

Daß in der Galvanik die Kollegen gemeinsam gegen die Verschärfung vorgingen, liegt unter anderem daran, daß dort die Kollegen zusammen an den Automaten arbeiten (also keine Einzelmaschinen, wie sonst in der Firma) und so alle betroffen waren.

Gut war, daß hier in Abteilungsversammlungen die Schritte besprochen wurden und Forderungen gegen die Kapitalisten aufgestellt wurden. Schlecht war, daß die Vertrauensleute und der Betriebsrat nicht von den Kollegen auf diese Forderungen festgelegt wurden.

Weil der Kampf auf eine Abteilung beschränkt war, konnte die Geschäftsleitung dann auch eine gesamte Schicht entlassen.

te Schicht entlassen.

Auf der letzten Betriebsversammlung kam der Unmut der Kollegen voll zum Tragen

In der letzten Betriebsversammlung wurde dies dann auch diskutiert.

Ein Kollege der Galvanik zeigte auf, daß im ganzen Betrieb rationalisiert wird und die Entlassungen ein Angriff der Glyco-Kapitalisten gegen alle Kollegen sind. Er sagte auch, daß es darauf ankommt, sobald die Firma in einer Abteilung rationalisiert, daß sofort eine Abteilungsversammlung gemacht werden muß, um sich zu beraten, und daß die Gewerkschaft sowie die gewählten Vertreter an Aufträge gebunden werden müssen. Der Kollege forderte den Vertrauensleutekörper und den Betriebsrat auch auf, sich gegen jedes Schnellerstellen von Maschinen und für die Wiedereinstellung der Kollegen einzusetzen.

Als der Geschäftsführer den Kollegen als Lügner hinstellen wollte ("Nur in der Galvanik wurde der Akkord geändert"), ergänzte ein griechischer Vertrauensmann die Beispiele über Rationalisierungen in der Firma und forderte: **Weg mit dem Akkord in der Endkontrolle! Keine Akkordverschärfungen!** Er sprach sich ebenfalls gegen die Entlassungen aus.

Wie muß es weitergehen?

Weiter kommen wir nur, wenn wir uns also auf der einen Seite gegen jede Akkordverschärfung wehren; das muß auf Abteilungsversammlungen beschlossen werden, aber auch die Betriebsversammlungen müssen wir nutzen, um unsere Forderungen zu verabschieden, Schritte zu besprechen und Vertrauensleutekörper sowie Betriebsrat an unsere Aufträge zu binden.

So können wir uns gegen die Kapitalisten zusammenschließen, und es wird nicht mehr "nur rumgeredet".

Darüberhinaus müssen wir die Spaltung durch Akkord- und Überstundenschinderei bekämpfen. Jetzt bekommt man immer zu hören: Das entspricht aber genau den gesetzlichen Bestimmungen, dem Manteltarif!

Wir müssen also darüberhinaus dafür kämpfen, daß der Vertrauensleutekörper sich für das Verbot der Akkordarbeit, Verbot der Überstundenarbeit und die Abschaffung der Schichtarbeit einsetzt und dies im Manteltarif gegen die Kapitalisten durchgesetzt wird.

W., Glyco

Der Kapitalistenkongreß stöhnt: "Überforderung der Wirtschaft!"

Die wirkliche Last der Gesellschaft sind die Kapitalisten selber

Auf der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) stellten die Kapitalisten ihr Programm zur Wiederankurbelung der Konjunktur vor.

Erstens sollen die Löhne gesenkt werden, zweitens wollen die Kapitalisten die Sozialabgaben kürzen und drittens sollen die Steuern für die Kapitalisten gesenkt werden.

Diese Maßnahmen sollen dazu dienen, daß die Unternehmer "ihr Vertrauen wiederfinden", wie BDI-Präsident Sohl, Chef von Thyssen-Rheinstahl, meinte. Nach seiner Darstellung haben sie ihr Vertrauen verloren, weil "die Wirtschaft überfordert ist".

In einem Kapitalistenhirn spiegelt sich die Welt auf besondere Art. Da stehen 25 Prozent aller Maschinen und Anlagen still und verrotten, mehr als eine Million Arbeiter und Angestellte, die fähig sind, Autos, Maschinen, Gebrauchsgüter aller Art zu produzieren, liegen auf der Straße. In den Lagern stapeln sich nützliche Dinge, für die es mannigfache Verwendung gibt. Und angesichts dieser Erscheinungen von Stagnation und Verfaulung, vom Stillstand der produktiven Kräfte der Gesellschaft kommt der Kapitalistenpräsident zu dem Schluß: "Die Wirtschaft ist überfordert"!

Was Sohl damit sagen will, ist klar: Die Löhne der Arbeiter und Angestellten sind zu hoch, das Lebensniveau der arbeitenden Massen ist zu einer unerträglichen Belastung für "die Wirtschaft" geworden, das ist der Sinn seiner Klagen.

Tatsächlich stockt die Produktion jedoch nicht, weil die Massen mehr verzehren, als sie produzieren, sondern es gibt zuviel Produktionsmittel und viele Konsumgüter sind unverkäuflich. Nicht in mangelnder Arbeitsbereitschaft des Volkes oder im zu großen Konsum der Massen liegt die Ursache für die gegenwärtige Krise, sondern darin, daß die Profiterwartungen für viele Kapitalisten zu niedrig sind. Nicht "die Wirtschaft" ist also überfordert, sondern die produzierende Gesellschaft ist überfordert durch die Existenz einer Klasse von Kapitalisten, die die gesellschaftliche Produktion in die Fesseln der privaten Profitmacherei zwingt. Es ist die Existenz der Kapitalistenklasse selbst, die das größte Hemmnis ist für die Entfaltung der Produktion.

Der Kapitalistenpräsident Sohl erklärt, "die Wirtschaft" müsse wieder "frei atmen" können. Dazu fordert er die Arbeiter und ihre Gewerkschaften zur Beratung mit den Kapitalisten auf. Beide Seiten sollten "ruhig und vernünftig miteinander darüber reden, wie es weiter gehen soll, was verteilt werden kann und wer es bekommt."

Der Vorschlag ist widersinnig: Bereden soll die Arbeiterklasse, die Klasse, die alles produziert, mit der Kapitalistenklasse, also mit der Klasse, deren Existenz das entscheidendste Hemmnis für die Produktion ist, wieviel Tribut dieser parasitären Klasse gezahlt werden muß, damit sie die Produktion wieder in Gang setzt und so gleichzeitig die nächste Krise vorbereitet. Für die Arbeiterklasse ist das kein Weg. Sie wird sich die Kapitalistenklasse vom Leib schaffen und in einer sozialistischen Gesellschaft die Produktion selbst in die Hand nehmen müssen. Das ist für die arbeitenden Massen die Voraussetzung, um "frei atmen" zu können. Das ist das "Anti-Krisen-Programm" der Arbeiterklasse. Und solange die Arbeiter dazu noch nicht die einheitliche Kraft entwickelt haben, müssen sie sich gemeinsam ihrer Haut wehren, um den Kapitalisten ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen zu können.

Red.

Kollegen von DEMAG geben nicht auf

Der Hungerstreik ist beendet/ Jetzt Urabstimmung für Streik gefordert

Düsseldorf. Vom 11. bis zum 13. Juni führten 8 Kollegen von der DEMAG aus Kalldorf, Betriebsräte und Vertrauensleute, vor dem Düsseldorfer Mannesmann-Hochhaus einen Hungerstreik durch.

Der Hungerstreik sollte dazu dienen, die Forderung nach Nichtstillegung der DEMAG-Kunststoffproduktion in Kalldorf zu untermauern und die Öffentlichkeit über die Vorgänge aufzuklären.

,Aus diesem Grund fand am Freitag vor dem Sitz der Mannesmann-Kapitalisten eine Pressekonferenz statt.

Mit der Übernahme der Firma Stübbe durch den DEMAG-Konzern im Jahre 1969 plante dieser, den Belegschaftsstand von etwa 1 280 auf 2 500 Personen aufzustocken. Doch schon bald merkte die Belegschaft, daß sie von der neuen Konzernspitze nur verschaukelt worden war.

Denn schon ab dem Jahr 1970 wurde die Belegschaftszahl nicht erhöht, wie es angekündigt worden war, sondern immer mehr reduziert, hin bis zu 580 Arbeitern und Angestellten im Jahr 1975.

Im Januar dieses Jahres gab der DEMAG-Vorstand bekannt, daß eine Stillegung des Werkes in Kalldorf zum Jahresende beabsichtigt ist. Damit würden 580 Kollegen arbeitslos werden sowie gleichzeitig die Existenz vieler Kleinbetriebe, welche als Zulieferbetriebe gearbeitet haben, bedroht.

Zur gleichen Zeit führte der DEMAG-Vorstand Scheingefechte mit vier amerikanischen Konzernen. Nachdem die Verhandlungen mit einem gescheitert waren, führte man die Verhandlungen mit den anderen auch nicht mehr weiter. Dies ergaben die Nachforschungen des Betriebsrates.

Hieran wird deutlich, daß die Mannesmann-Kapitalisten gar nicht bereit sind, eine produktive Produktionsanlage zu verkaufen. Nach Mannesmann-Konzernchef Overbeck: "Die Produktivität spricht eindeutig für die Belegschaft." (Am 5. März bei Verhandlungen mit dem Betriebsrat) Denn wenn sie verkaufen würden, wäre ihre Monopolstellung auf dem Gebiet der Kunststoffproduktion in Westdeutschland gefährdet.

Parallel mit der Stillegung in Kalldorf plant man nun den Bau einer neuen Kunststoffabrik unter günstigeren Produktionsbedingungen in Billiglohnländern wie jetzt in Brasilien.

Bei den nächsten Maßnahmen kommt es darauf an, daß der Betriebsrat nicht weiter stellvertretend für die Kollegen Kampfmaßnahmen durchführt. Die Pressekonferenz machte dies auch deutlich. Die Belegschaft wird den Kampf um ihre Arbeitsplätze mit allen Mitteln weiterführen. Eine Urabstimmung über Streik ist nach der nächsten Verhandlungsrunde, welche nächste Woche zu Ende geht, geplant.

W. und C., Kommunistische Gruppe Düsseldorf

Der Sozialplan ist ein Hohn

Als Antwort auf den Hungerstreik legte die Konzernleitung am 10.6. den zweiten Teil eines Sozialplanes vor, der den Kollegen Hohn spricht.

So soll es ein Überbrückungsgeld von 5 000 DM geben, während es bei den Entlassungen im Jahre 1972 noch 17 000 DM gab. Wer also drei Jahre länger gearbeitet hat, erhält 12 000 DM weniger. Im ersten Teil des Sozialplanes waren dem Betriebsrat Arbeitsplätze für alle betroffenen Kollegen versprochen worden. Bei der Überprüfung der angebotenen Stellen mußten die Kollegen feststellen, daß die Konzernleitung wieder einmal versucht, sie hinters Licht zu führen.

Zum Beispiel waren von den 117 angebotenen Stellen für Angestellte – verteilt über den gesamten Demag-Konzern in der BRD – 40 (offene) Angebote für Diplom-Ingenieure, obwohl im Kalldorfer Betrieb nicht ein Diplom-Ingenieur arbeitet. Weiter hieß es, daß in 15 Betrieben der Umgebung 100 Beschäftigte untergebracht werden könnten.

Bislang nannte die Konzernleitung erst 2 Betriebe, wobei es sich herausstellte, daß in dem einen Betrieb keine Arbeitsstellen frei sind.

Der andere Betrieb ist unter Umständen bereit, 20 Kollegen zu übernehmen und daß auch nur unter der Voraussetzung, daß die neuen Arbeitsplätze entsprechend subventioniert werden. Konkret sind bisher erst 66 Arbeitsplätze nach Angaben des Betriebsrates vorhanden, wobei in vielen Fällen ganz erhebliche Lohneinbußen von den Arbeitern getragen werden müßten.

Es ist klar, daß der Betriebsrat dieser erneuten Provokation der Demag-Kapitalisten entgegengetreten ist. In einer Flugblattaktion wurde die Belegschaft aufgefordert, jeden Spaltungsmanövern der Konzernleitung entgegenzutreten und gemeinsam gegen den Sozialplan anzugehen. J.

Solidaritätsadresse:
DEMAG Kunststofftechnik
Werk Kalldorf
4925 Kalletal-Kalldorf
Betriebsrat



Am zweiten Tag des Hungerstreiks vor dem Mannesmannhochhaus in Düsseldorf

Bundeskongresse der Sozialausschüsse von SPD und CDU:

Die Arbeiter an die Kandare nehmen

Die "Linken" von SPD und CDU haben sich am letzten Wochenende versammelt, um zu beraten, wie der jeweilige Einfluß ihrer Partei auf die Arbeiter gehalten oder möglichst weiter ausgebaut werden kann.

In Bremen tagte die "Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD" (AfA) und in Kiel die "Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerausschüsse" der CDU (CDA).

Innerhalb ihrer Parteien haben sie nicht viel zu sagen. Ihre Beschlüsse und Forderungen sollen aber nützlich sein für die Propaganda der Parteien.

Auf dem AfA-Kongreß wurde ein nochmaliger Abgesang auf die Reformpolitik gemacht.

Bundeskanzler Schmidt, Gast auf diesem Kongreß, hat den Delegierten unmißverständlich gesagt, daß jetzt nicht die Zeiten für Reformen sind. Wichtiger sei, auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig zu bleiben. Reformen gebe es nur noch solche, die kein Geld kosten: zum Beispiel die Mitbestimmung. Darauf konnten sich die Sozialdemokraten schnell einigen. Es waren alles gut erprobte Delegierte, die da versammelt waren; Betriebsratsvorsitzende, Gewerkschaftsbevollmächtigte usw. Sie sind es, die in den Betrieben den Arbeitern die Reformflausen aus dem Kopf treiben sollen. So kam auf dem ganzen Kongreß die Lage der Arbeiter nicht vor: Keine Worte und Beschlüsse über das weitere Steigen der Lebenskosten, nichts zu der zunehmenden Zerrüttung der Arbeitskraft durch steigende Arbeitsgeschwindigkeiten, nichts über die Verrottung des Gesundheitswesens, keine Forderungen gegen die Auswirkungen der Krise, noch nicht einmal die Forderungen des DGB zur Berufsausbildung wurden laut, sondern Einmütigkeit zum Rohde-Entwurf.

Debattiert wurde die Mitbestimmung, unter dem Gesichtspunkt der Postenverteilung. Der Kongreß sprach sich gegen das Koalitionsmodell aus und für die volle Parität, ohne daß die leitenden Angestellten einen Extra-Sitz in den Aufsichtsräten haben sollen. Der ganze Kongreß schien von dem sicheren Gefühl auszugehen, die Arbeiter hinter sich zu haben, und klammerte deshalb alle brennenden Fragen der Arbeiter aus.

Der CDA-Kongreß versuchte ein anderes Bild zu erwecken. Hier standen die Arbeitslosigkeit und die Auswirkungen der Krise auf die Arbeiter im Vordergrund. Beschlüsse wurden verabschiedet, in denen die Abschaffung der Schicht- und Nachtarbeit gefordert wird sowie die der Fließbandarbeit. Wie das geschehen soll und wie diese Forderungen durchgesetzt werden sollen, darüber natürlich kein Wort.

Es ist schon ziemlich erstaunlich, wenn bei einer CDU-Tagung die Abschaffung der Schichtarbeit gefordert wird und bei der ähnlichen SPD-Tagung darüber kein Wort verloren wird.

Hat die CDU vor, die SPD links zu überholen?

Was beide Ausschüsse tatsächlich vorhaben, kann man prüfen an ihren Vorschlägen zur Überwindung der Krise. Einerseits wurde auf dem CDA-Kongreß gesagt, daß *"das großartige System der sozialen Sicherheit vor Ausbeutung geschützt"* werden müsse. Was, auf einem Arbeitnehmerausschuß ausgesprochen, nichts anderes heißt als Kürzung und Streichung der Versicherungsleistungen. Ebenfalls wurde beschlossen, daß *"das soziale System auf seine Effizienz und Kostenentwicklung geprüft werden"* müsse (nach: Handelsblatt vom 16. Juni). Den gleichen Tenor schlug Sozialminister Arendt auf dem AfA-Kongreß an, der dort feststellte, daß die Grenzen erreicht seien (nach: Stuttgarter Zeitung vom 16. Juni).

In Punkto Investitionspolitik waren sich beide Kongresse auch weitgehend einige: Die Kapitalisten müssen weiterhin subventioniert werden, damit sie wieder produzieren.

Aber die Sache hat einen Haken. Wenn die Kapitalisten ihre produzierten Waren an den Mann bringen könnten, dann würden sie auch produzieren lassen, denn an jedem Stück verkaufte Ware realisieren sie ihren Profit. Das Problem ist im Kapitalismus also nicht der Anreiz zur Produktion, sondern die Möglichkeit, die Waren auch loszuschlagen; da helfen alle Investitionshilfen nichts. Sie werden von den Kapitalisten dazu verwandt, die eingeschränkte Produktion profitträchtiger zu machen. Das kann man so offen nicht sagen, und deshalb muß das unter dem Tagesordnungspunkt "Kampf der Arbeitslosigkeit" verhandelt werden.

Die Ausschüsse von SPD und CDU sollen nun die Aufgabe haben, diese Politik als eine für die Arbeitnehmer an den Mann zu bringen. Dazu sind die CDA-Forderungen nach Abschaffung der Schichtarbeit nur schmückendes Beiwerk. Die AfA hat dieses Beiwerk gleich ganz weggelassen.

Die Aufgabe beider "Arbeitnehmerausschüsse" hat CDU-Biedenkopf richtig charakterisiert: *"Die Sozialausschüsse sind für die Union Brückenkopf zur Arbeitnehmerschaft."* Sie sollen die bürgerliche Ideologie in der Arbeiterbewegung verankern und sie an einer selbständigen Politik gegenüber der bürgerlichen Klasse hindern.

Was für Biedenkopf der Brückenkopf ist, ist für die Arbeiterbewegung ein Pfahl im Fleisch der Arbeiterbewegung. **Dieser Pfahl muß ausgerissen werden.** d.b.

Demonstration gegen Abschiebung

Gegen die Abschiebung von weiteren 26 türkischen Arbeitern

Am 14. Juni haben in Nürnberg türkische Arbeiter gegen die geplante Abschiebung von 28 türkischen Dynamit-Nobel-Arbeitern in die Türkei demonstriert.

Die Arbeiter wurden verhaftet, nachdem die Polizei gewaltsam gegen Streikposten bei Dynamit-Nobel vorgegangen ist (siehe auch letzte KVZ). Zwei von den Verhafteten wurden bereits eine Nacht vor der Demonstration ohne Unterrichtung der Angehörigen und der Rechtsanwälte auf den Flughafen verschleppt und ausgeflogen. Bereits am Donnerstag wurden sieben Flugblattverteiler festgenommen und der Aufruf wegen "Staatsverleumdung" beschlagnahmt.

Die über 500 Demonstranten, darunter auch viele deutsche Arbeiter, forderten die sofortige Freilassung der verhafteten und in Abschiebehaft sitzenden türkischen Kollegen. Die türkischen und deutschen Arbeiter bei Dynamit-Nobel haben sich nichts anderes zuschulden kommen lassen, als das Streikrecht zu gebrauchen, um die Entlassung von 19 ihrer Kollegen zu verhindern. Jetzt wird den türkischen Kollegen vorgeworfen, "gegen die Belange der Bundesrepublik verstoßen zu haben". Das Streik-Komitee von Nobel-Dynamit ruft dazu auf, den Kampf gegen die geplante Abschiebung auch weiterhin zu unterstützen.

"Wir haben die Solidarität mit den gefangenen Kollegen organisiert, und die Bourgeoisie versucht jetzt, uns zu kriminalisieren. Heute haben wir diese Demonstration für unsere Forderungen durchgeführt. Wir werden weiter informieren, Stände machen, Geld sammeln (bis vor einer Woche waren es 3 000 DM) und Unterschriften sammeln. Wir wollen in verschiedenen Städten Solidaritätskomitees gründen und die Solidarität weiter vergrößern. Unser Streik-Komitee ist unabhängig von Organisationen, wir fordern aber alle fortschrittlichen Organisationen auf, uns zu unterstützen." (ein Mitglied des Streik-Komitees Dynamit-Novel in einem Interview mit der KVZ)

Unterstützt den Kampf der Dynamit-Kollegen gegen die Abschiebung ihrer Kollegen! Fordert die sofortige Freilassung der Verhafteten!

> Auf einem Treffen der nordbayerischen Jugendhausinitiativen, auf der fünfzig Delegierte aus vierzehn Orten anwesend waren, wurde eine Solidaritätsresolution mit den Dynamit-Nobel-Arbeitern verabschiedet. In der Resolution wird die sofortige Freilassung der in Abschiebehaft sitzenden Arbeiter gefordert.

Röhm Darmstadt

Geschäftsleitung muß Entlassungspaket zurücknehmen

Darmstadt. Nachdem auf den Betriebsversammlungen in den Werken Darmstadt (KVZ Nr. 23), Worms und Weiterstadt die Belegschaft der Firma Röhm zum Ausdruck gebracht hatte, daß sie gegen die Maßnahmen der Geschäftsleitung steht, ihre Gewinneinbußen wettzumachen, zog die Geschäftsleitung zurück.

Sie gab in einem Firmenrundschreiben bekannt, daß sie die Entlassungen zurücknimmt.

Dies ist ein Sieg der Belegschaft und zeigt, daß die Geschäftsleitung Angst davor hat, daß sich in der Belegschaft ein eigener Wille herausbildet.

Nichtsdestotrotz will die Geschäftsleitung weiter versuchen, die Belegschaft zu reduzieren dadurch, daß sie auf die gleiche Anzahl von Entlassungen durch Einzelentlassungen kommt, und die Arbeitshetze weiter zu steigern und weitere Kurzarbeit einzuführen. Für die Belegschaft kann dies nur heißen, daß sie sich weiter zusammenschließen muß, um auch diese Pläne, die nicht so offen von der Geschäftsleitung vorgetragen werden, zu verhindern.

Verschärfte Konkurrenz im Einzelhandel

INTRA–RATIO–METRO Gangsterstück

Im Einzelhandel stehen die Firmen in scharfem Konkurrenzkampf. Ihr Umsatz steigt nicht; wenn die Preiserhöhungen abgerechnet werden, verkaufen die meisten Firmen weniger als im Jahr vorher. Nur die großen Kaufhauskonzerne können ihren Verkauf und ihre Gewinne ausweiten durch Antreiberei der Kollegen, deren Zahl ständig abgebaut wird. Mit welchen Methoden die Kaufhauskapitalisten dabei vorgehen, schildert der Bericht aus Dortmund

Dortmund. Wie in der letzten Zeit mehrfach in den Zeitungen berichtet, haben die C & C Großmarktkapitalisten jetzt auch in Dortmund eine Auseinandersetzung auf offener Bühne ausgetragen, die sonst nur in den Vorstandsetagen oder hinter den undurchsichtigen Vorhängen der Aktienbörsen stattfindet. Was ist geschehen?

In das Milliarden-Geschäft (Metro-Umsatz jährlich zirka 7 Milliarden DM, aus dem "Spiegel") hatte ein Branchenneuling, die Intra, einzusteigen versucht.

Nachdem die Metro schon in mehreren Städten den Vermietern der Intra-Großmärkte einen Gesinnungswandel verpaßt hatte – sie erklärten plötzlich ihre Mietverträge mit der Intra für ungültig – und teilweise mit bewaffneten Privattruppen angerückt war, um die Firmenschilder auszutauschen, hatten die Intra-Kapitalisten aufgegeben und versuchten nun, ihre Großmärkte an den Branchenzweiten Ratio abzugeben.

Das paßte allerdings noch weniger in das Konzept der Metro. Es wurden also wieder einmal die Mietverträge für ungültig erklärt. Die Metro übernahm nun die Märkte.

Da die Metro allerdings in Dortmund schon vertreten ist, hatte man auch nicht vor, noch einen Markt aufzumachen. Also bot man den Beschäftigten des Ratio/Intra-Marktes eine Stelle bei der Metro an, allerdings nur für einen kleinen Teil hier in Dortmund. Der Rest sollte nach Wuppertal usw. gehen.

Das war natürlich für die meisten unannehmbar. Von zirka 200 unterschrieben nur 90 einen Vertrag bei Metro.

(Aus Ortsbeilage Dortmund der KVZ Nr.21/1975)

„Gegen Nichteinstellung und Ministerhohn - jetzt sofort Demonstration"

Über 2 000 Lehrer werden in Hessen zum 1. August nicht eingestellt.
Um gegen diese Zustände zu protestieren, waren 2 000 Lehrer zu einer Veranstaltung der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) nach Wiesbaden gekommen.

Viele Kollegen waren zu Hause geblieben, weil sie noch genug haben von den Niederlagen in der Frage der Gehaltskürzung und der Arbeitszeitverkürzung und weil sie gesehen haben, daß solche Veranstaltungen, wie sie die GEW-Führung durchführt, dem Kampf wenig nützen. Immerhin waren 1973 nach Wiesbaden 5 000 Lehrer gekommen und 10 000 1974 nach Köln und waren dort von der GEW-Führung mit Reden und Versprechungen der bürgerlichen Politiker abgespeist worden, auf die dann die Taten des Staates folgten: Gehaltskürzung und keine Arbeitszeitverkürzung, sondern weitere Anordnung von Überstunden und Vorschlag der Erhöhung der Regelstundenzahl.

Geplant war diese Veranstaltung vom GEW-Landesvorstand wie inzwischen schon üblich: Auftreten eines Vorstandsmitgliedes (Bundesvorsitzender Frister), Rede eines zuständigen Staatsfunktionärs (Kultusminister Krollmann), Reden von Landtagsabgeordneten der bürgerlichen Parteien. Die Rolle der Versammlungsteilnehmer sollte bestehen in Schweigen, Zuhören und Beifallklatschen. Alles weitere sollte dann der Verhandlungsführung von Gewerkschaftsvorstand und Politikern überlassen bleiben.

Es begann auch wie üblich: Der Versammlungsleiter erklärte, eine Diskussion auf einer so großen Versammlung sei nicht möglich.

Er forderte zur Solidarität mit den arbeitslosen Kollegen durch Kuschen gegenüber dem Staat und den Politikern auf, da diese dann einer Einstellung vielleicht eher zuneigten.

Der hessische Kultusminister Krollmann wurde zunächst ausgebuht und ausgezischt. Als er dann im Verlauf seiner Rede erklärte, auf Grund der Finanzlage käme eine Lehrerstellenvermehrung nicht in Frage, war es aus mit der Geduld der Versammlungsteilnehmer. Der größere Teil der Anwesenden rief in Sprechchören: "Aufhören! Aufhören!", "Mikro aus! Krollmann raus!" forderten einige. Erst nach längerer Zeit konnte Krollmann noch zu Ende reden. Zur Arbeitszeitregelung kündigte er an: Vor 1976 gebe es keine überstürzten Änderungen.

Nach der Rede Krollmanns verlassen die ersten Kollegen den Saal. Es gehen dann immer mehr. Sprechchöre werden gerufen:

"Gegen Nichteinstellung und Ministerhohn jetzt sofort Demonstration!"

Einheitliche Bezahlung, Arbeitszeit und Ausbildung für alle Lehrer!

Gegen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere – für Einstellung aller Lehrer!

Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr!

Ein Schritt nach vorn ist es, daß ein Großteil der anwesenden Kollegen sich nicht länger mit Bitten an Minister und Staat abgeben will, daß die Kollegen nichts halten von der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsführung und Staat. Die Teilnehmer an der Demonstration haben ihre Sache selbst in die Hand genommen.

Jetzt müssen die Teilnehmer der Wiesbadener Demonstration zu Hause in den Kollegien und Schulgruppen, in den Orts- und Kreisverbänden dafür sorgen, daß sich in der GEW durchsetzt die Linie der selbständigen Vertretung der Interessen gegen die Linie der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Staat.



Demonstration der GEW - Mitglieder in Wiesbaden

Fristers Vorschläge

Dann versuchte der Bundesvorsitzende Frister dem Staat klarzumachen, warum es für ihn nützlich und notwendig sei, die Lehrer einzustellen:

Erstens zur Vermeidung der Gefahr des politischen Extremismus bei Arbeitslosen.

Zweitens zur Vermeidung der Enttäuschung der Bürger.

Drittens: Die BRD muß im "internationalen Wirtschaftswettbewerb" bestehen und dazu braucht sie ein gutes Ausbildungswesen.

Viertens: Es sei Verschwendung, für ausgebildete Leute den Lebensunterhalt zu bezahlen, ohne deren Fähigkeiten zu nutzen.

Dabei ging Frister davon aus, daß der Staat für den Lebensunterhalt der arbeitslosen Lehrer aufkommt, obwohl dies der Staat bis jetzt keineswegs tut und auch ohne Kampf kaum tun wird.

Um die Einstellung der Lehrer zu finanzieren, bot Frister als Vorschlag "Umschichtungen im Landeshaushalt" an. Dies nahm er jedoch anscheinend selbst nicht sehr ernst und verlegte sich auf einen zweiten Vorschlag: Erhöhung der Staatsverschuldung um 3 % des Haushaltes, um die Summe also, die zur Lehrerfinanzierung nötig sei. Als Begründung brachte Frister: Der starke Rückgang des privaten Verbrauchs müsse durch staatliche Mehrausgaben ausgeglichen werden, da man sonst nicht aus der Rezession gerate.

Da eine Sparrate von 15 % bestehe, könne die Mehrverschuldung des Staates damit leicht gedeckt werden. Seinen schon vor längerer Zeit gemachten Vorschlag, die Ersparnisse der Bevölkerung direkt durch Erhöhung der Steuern zu plündern, wagte Frister in Wiesbaden nicht zu wiederholen. Er fand eine geschicktere Form: Was das Volk spart und nicht ausgibt, das soll der Staat sich durch Schuldenmachen aneignen und ausgeben im Interesse einer funktionierenden Wirtschaft.

Schon während Fristers Rede kam es zu Zwischenrufen und lauten Unmutsäußerungen, jedoch auch – vor allem bei kleineren Angriffen auf die Politiker – zu Beifall.

Den Kollegen, die auf verschiedene Weise ihren Unmut während Fristers Rede äußerten, warf er vor, durch ihr Verhalten würden sie zur Nichteinstellung von Lehrern mit beitragen. Als Radikale würden sie die Politiker verärgern.

Weniger als die Hälfte der Versammelten bleiben im Saal bei Kultusminister, bürgerlichen Politikern und GEW-Vorstand zurück. Die Mehrheit der Kollegen zieht in einem Demonstrationszug zum Kultusministerium. Auf der Demonstration werden unter anderen folgende Losungen mitgetragen:

Wir setzen unser Recht durch – gegen politische Entrechtung!

Arbeitslosengeld für arbeitslose Lehrer und Jugendliche!

Eine gute Grundlage dafür ist die vom Bezirksverband Frankfurt, der hessischen Junglehrervertretung und den Kreisverbänden Gießen-Stadt, Offenbach und Groß-Gerau vorgelegte und bei der Versammlung nicht abgestimmte Resolution.

Diese Resolution stellt fest:

"Die wirtschaftliche Krise und die staatlichen Konjunkturmaßnahmen gehen voll zu Lasten der Lohnabhängigen." Sie tritt ein gegen Arbeitszeitverlängerung, für Arbeitszeitverkürzung, gegen Anhörungsverfahren und Berufsverbote, für uneingeschränkte gewerkschaftliche und politische Betätigung, für Einstellung aller Lehrer.

–R., Ortsaufbaugruppe Darmstadt–

GEW Bremen

Schädliche Vorschläge zur GEW-Satzungsänderung

Bremen. Ende Juni wird auf der GEW– Landesvertreterversammlung der Landesvorstand gewählt.

Der alte Vorstand hat jetzt ein Paket mit Satzungsvorschlägen an die Vertreter geschickt, die alle dazu dienen, die Teilnahme der Mitglieder und Betriebsgruppen am gewerkschaftlichen Leben zu behindern.

– Die Bezirksmitgliederversammlung soll nur dann beschluß- und antragsberechtigt sein, wenn mindestens 20 % der Mitglieder anwesend sind.

– Den Betriebsgruppen will der Landesverband die Möglichkeit nehmen, daß jeweils fünf Betriebsgruppen Anträge an die Landesvertreterversammlung und an den Landeshauptausschuß stellen können

– Den Delegierten soll nur noch ein Vorschlagsrecht zukommen, der Landeshauptausschuß kann die Liste der Personalratskandidaten erweitern um neue Kandidaten und legt ihre Reihenfolge fest.

– Die Bezirksversammlungen sollen nach Meinung des Landesvorstands Stimmrecht in der Bezirksdelegiertenversammlung haben (im Verhältnis zur Mitgliederzahl).

– Die Wahlperiode für die Landesorgane soll verlängert werden.

Die vorgelegten Satzungsänderungen sind kein Instrument, um die GEW zu stärken und den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Lehrer als lohnabhängig Beschäftigter gegenüber dem staatlichen Dienstherrn schlagkräftiger zu machen.

GEW- Vertrauensleutevollversammlung Hamburg

Kurs der Staatstreue nicht gefragt

Hamburg. Fristers Satzungskraftakt zur Durchsetzung der Staatstreue in der GEW hat in Hamburg nicht geklappt.

Nach der Hauptversammlung im letzten Monat (siehe KVZ Nr. 21, Seite 6) lieferte jetzt die Vertrauensleutevollversammlung am 12. Juni den Beweis dafür.

Rund 450 Vertrauensleute gewährleisteten durch ihre Beschlüsse die weitgehende Durchsetzung des Mitgliederwillens in diesem zukünftigen höchsten Beschlußorgan des Landesverbandes.

Hatte der Vorstand ursprünglich versucht, sein Delegiertenmodell per Handstreich durchzusetzen, so mußte er nach dem Scheitern dieser Vorgehensweise die Vertrauensleute entscheiden lassen.

"Geborene" Delegierte wird es überhaupt nicht geben. Der Vorstand hatte anfänglich 150 vorgesehen. Stattdessen werden alle Delegierten in den Betriebsgruppen gewählt. Die Wahlperiode beträgt ein Jahr. Abwahl ist jederzeit möglich. Nur der Vertreterschlüssel für Pensionäre und das Wahlverfahren sind noch offen.

Mit Tricks versucht der Vorstand wenigstens hier seinen Kopf durchzusetzen.

Nützen wird ihm das nicht viel. Im Gegenteil. Man kann sagen, dieser Vorstand ist ziemlich am Ende. Ein weitgehend demokratisches Delegiertenmodell ist verabschiedet. Die ausgeschlossenen Mitglieder sind nach wie vor in der GEW. Die erste Landesdelegiertenversammlung wird die Annahme der Mainzer und Kölner Beschlüsse erneut entscheiden müssen, nachdem die Hauptversammlung die Bundessatzung nur als Rahmen, nicht aber unmittelbar als bindend anerkannt hat. Die "harte Linie" des alten Vorstandes hat dabei kaum eine Chance.

Bestrebungen zur Wiederbelegung der alten obrigkeitstreuen "Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, gegründet 1805", können sich nicht gegründet 1805" können sich nicht mehr durchsetzen.

Das bestätigte nicht nur die Hauptversammlung, die diesen Namen für den Hamburger Landesverband entgegen dem Vorstandsantrag endlich abschaffte.

Die Vertrauensleutevollversammlung bewies das auch in der Behandlung des zweiten Tagesordnungspunktes: Sparmaßnahmen.

Die Sparpolitik des Hamburger Senates wird nicht hingenommen.

Statt Arbeitszeitverlängerung und Ferienkürzung und steigender Arbeitsbelastung muß die Pflichtstundenzahl für alle Lehrer um mindestens eine Stunde gesenkt werden. Die dazu notwendigen Lehrer sind einzustellen.

Breit gefächerte Aktionen, eine Großveranstaltung und eine Demonstration nach den Ferien sind die beschlossenen Kampfmittel.

Abgelehnt wurde es jetzt, die Erkämpfung eines Sozialplans nur für die Betroffenen ins Zentrum zu stellen, wie es der Vorstand vorschlug.

Ebensowenig ließen sich die Vertrauensleute zu treuen Staatsdienern gegenüber den Kämpfen der Hamburger Schulbevölkerung machen.

"Zu vollziehen wie ein Gesetz" seien die Sparmaßnahmen, sagt Schulsenator Apel, und ungesetzlich sei es, mit dem Mittel eines Schulstreiks dagegen vorzugehen.

Erst recht ungesetzlich ist es natürlich für solche Herrschaften, wenn "pflichtvergessene" Beamte sich auf die Seite der Eltern stellen.

Ungesetzlich ist es auch für den GEW-Vorstand, und der forderte die Kollegen auf, sich an die Gesetze zu halten. Aber den Kollegen nützt es nur, wenn sich die Eltern in die Schule einmischen und des Senators Stuhl wackelt.

So beschloß die Vertrauensleutevollversammlung, **"entschieden die angedrohten behördlichen Zwangsmaßnahmen gegen Elternaktivitäten wie Schulstreiks zurück(zuweisen). Wir meinen vielmehr, daß die durchgeführten und geplanten Kampfmaßnahmen der Hamburger Elternschaft geeignet sind, die Schulpflicht als Recht auf eine Ausbildung gegenüber den staatlichen Organen durchzusetzen."**

Die Vertrauensleutevollversammlung wies zudem Vorschläge zurück, wie sie z.B. von Frister kommen und die nur die Funktion haben, die Kampffront gegen die Staatsorgane zu spalten: **"Die Vertrauensleutevollversammlung hat keinerlei Verständnis für eine Haltung der verantwortlichen staatlichen Organe, die Zukunft der heranwachsenden Generation mit dem Hinweis auf die wirtschaftlichen Sachzwänge aufs Spiel schaftlichen Sachzwänge aufs Spiel zu setzen.**

Die arbeitende Hamburger Bevölkerung hat diese wirtschaftliche Lage nicht zu verantworten. Es kann daher auch keinesfalls eine Abwälzung ihrer Folgen auf die Bevölkerung durch zusätzliche steuerliche Belastung als Lösung angesehen werden."

Eine Teilnahme an der Demonstration der Hamburger Elternschaft wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

Es zeigt sich, die althergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zerbrechen zunehmend unter dem Druck der Verhältnisse. Und kein Frister oder Landesvorstand kann sie für ihn jetzt in die alten Zeiten zurückbefehlen.

T., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Hamburg

Opfer der Rationalisierung bei der Bundesbahn

Seit dem Unglück bei Warngau ist die Bundesbahn breiter in die allgemeine Debatte gekommen. Der Bezirksvorstand der Lokführergewerkschaft GdL und CSU-Landtagsabgeordnete Knipfer griff öffentlich die von der SPD gestellte Leitung der Bundesbahn an. Dabei enthüllte er einiges über die Zustände in diesem Betrieb: *"Fahrdienstleiter seien unversehens zum 'Mädchen für alles' geworden. Sie müßten an kleinen Bahnhöfen – wie in Warngau – den Zugverkehr abwickeln, Fahrkarten verkaufen, Gepäck- und Güterannahme betreuen. Die personelle Ausstattung des Fahrplan-Büros bei der Direktionen sei bis zu 40 Prozent verringert worden. Die Lokführer seien häufig überfordert."* Knipfer sprach von wöchentlichen Arbeitszeiten bis zu 70 Stunden (Welt am Sonntag vom 15. Juni).

Diese Angaben, die mit Sicherheit nur ein Fetzen von der Wahrheit sind, bestätigen, was zu erwarten war: Die 38 Toten von Warngau sind Opfer der Rationalisierung bei der Bundesbahn.

Und während Politiker und Bundesbahndirektoren noch tränenreiche Beileidsbekundungen von sich geben, mahnt die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", die Stimme des westdeutschen Großkapitals, jetzt nur nicht sentimental zu werden. Die Bahn muß weiter *"saniert"*, es muß weiter rationalisiert werden. Das entscheidende Übel sind die *"steigenden Personalkosten"*.

Als *"längerfristige Therapie"*, über die *"man sich ziemlich einig ist"*, empfiehlt sie: *"Die Bahn muß ihr Personal vermindern und sich auf Tätigkeiten konzentrieren, die ihrer technischen Ausstattung angemessen sind. Das bedeutet den Rückzug auf ein Kernstreckennetz von etwa 10 000 Kilometer Länge (das gesamte Bundesbahnnetz mißt zur Zeit 29 000 Kilometer) und den Verzicht auf den verlustreichen Kleingutverkehr."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Juni) Auch der Personennahverkehr soll aus der Bundesbahn-Rechnung *"herausgelöst"* werden.

Der Druck auf die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten bei der Bahn wird also noch erheblich zunehmen. Für sehr viele Lohnabhängige, Schüler, Studenten werden die Verkehrsverhältnisse schlechter. Und die kapitalistische Rationalisierung wird weiter ihre Opfer fordern.

W.M.

Die Zelle Bundesbahn-Ausbesserungswerk Bremen des KBW schreibt in ihrer Betriebszeitung vom Juni 1975:

Es heißt zwar: Die Arbeitsplätze sind nicht gefährdet. Aber so sieht es tatsächlich aus:

Über 30 Lehrlinge werden nach dem Auslernen nicht übernommen.

Die Zentralstelle für das Werkstättenwesen gibt eine Verfügung heraus, die besagt, daß alle Kollegen, die öfter krank sind, von der Dienststelle vernommen werden sollen. Und wenn keine 'ausreichende' Erklärung abgegeben wird, muß der Kollege damit rechnen, daß er entlassen wird. Was ausreicht, entscheidet aber die DB-Verwaltung. Was dabei herauskommt, kann man sich gut vorstellen.

Außerdem gibt es massive Angriffe auf Stückzeiten und Leistungszulagen, die bis jetzt bei uns meistens abgewehrt werden konnten. Aber wir müssen damit rechnen, daß verstärkt solche Angriffe auf unseren Lohn durchgeführt werden sollen.

Dies sind einige Beispiele, es gibt allerdings noch eine Reihe von solchen Maßnahmen.





Hannover, 14.6. DGB-Jugenddemonstration Bild links während der Kundgebung

Über 10 000 auf der DGB-Jugenddemonstration in Hannover:

"Immer wieder Sprechchöre für die Einheitsschule"

Am 14. Juni führte der DGB-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen eine regionale Demonstration in Hannover gegen die kapitalistische Ausbildungsmisere und Jugendarbeitslosigkeit und gegen den Regierungsentwurf durch. Über 10 000 (die Schätzungen des DGB schwanken zwischen 10 000 und 15 000) Arbeiterjugendliche aber auch Oberschüler und Studenten nahmen daran teil. Nach den Demonstrationen in fast allen Bundesländern hat sich in Niedersachsen bestätigt: die wachsende Jugendarbeitslosigkeit, der Mangel an Ausbildungsplätzen und die schlechten Zustände in der Berufsausbildung rufen immer breiteren Widerstand der arbeitenden Jugend hervor.

Deutlich zeigt sich: Solange die Berufsausbildung von zwei Millionen Jugendlichen in der BRD Privatangelegenheit der Kapitalisten ist, gibt es für die Arbeiterjugend kein Recht auf Ausbildung.

Der Regierungsentwurf zur Berufsausbildung will an diesen Verhältnissen nicht rütteln, sondern sie zementieren. Die sozialdemokratische Führung des DGB hat Opposition gegen diesen Entwurf angemeldet mit dem Ziel, ihn um Mitbestimmung und eine Finanzierungsregelung für die ausbildenden Kapitalisten zu 'verbessern'.

Jedoch ist die Gewerkschaftsfü. rung in der Arbeiterjugend auf eine breite Strömung gestoßen, die den Kapitalisten das Recht auf Ausbildung der arbeitenden Jugend prinzipiell streitig machen und ihren Händen entreißen will. Auf eine Bewegung, die dafür eintritt, daß die Ausbildung als öffentliche Angelegenheit behandelt wird, und die den Kampf um einheitliche Ausbildung für alle in der Einheitsschule führt und auf dieser Linie Forderungen aufstellt.

In dieser Richtung sind zur Vorbereitung der DGB-Demonstration in zahlreichen Körperschaften der Gewerkschaftsjugend und der Berufsschüler Beschlüsse gefaßt worden.

Seitdem in Niedersachsen klar war, wie breit diese rebellische Strömung in der Arbeiterjugend ist, die zum Kampf für ihre eigenen Interessen gegen die Kapitalisten und ihren Staat drängt, hat die DGB-Führung ihre Hauptaktivität darauf verlegt, diese zu bekämpfen und zu unterdrücken. Statt für die Demonstration in Hannover zu mobilisieren, hat sie im Gegenteil versucht, diese möglichst klein zu halten: durch Unterdrückung von Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend (z. B. in Osnabrück), Abbestellung von Busplätzen (z. B. in Bremen), öffentliche Distanzierung von der Mobilisierung zur Demonstration durch den KBW (z.B. in Göttingen) bis hin zur Geheimhaltung der Demonstration. Sie drohte weiterhin vor Beginn der Abfahrt mit Gesichtskontrollen, womit all jene, die die Forderungen des KBW für richtig halten, von der Demonstration ausgeschlossen werden sollten. Geplant war weiterhin die Aussonderung von Transparenten, auf denen die Forderungen der Arbeiterjugend gegen Staat und Kapital enthalten waren.

Durchgedrungen sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer damit nicht. Obwohl sie massiv Ordner aus der DKP, der SDAJ und dem MSB vorschickten. Konnten diese schon die ihnen unangenehmen Transparente aus der Demonstration nicht aussondern, so suchten sie ihr Glück darin, sie durch Ordnerketten von der Demonstration abzuspalten und zu isolieren. Auch hier erlitten sie nur Niederlagen. Bald wurde offenbar, daß der gesamte Demonstrationszug von Zehn- bis Fünfzehntausend durchzogen war mit Forderungen wie:

- **Weg mit der Stufenausbildung!**
- **12 Berufsschulstunden an zwei arbeitsfreien Tagen!**
- **Recht der arbeitslosen Jugendlichen auf Besuch einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl! Unterricht in einem solchen Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können!**
- **60 % vom Facharbeiterlohn für alle Lehrlinge und jugendlichen Arbeitslosen!**
- **Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine, theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr!**
- **Einheitsschule unter Kontrolle des Volkes!**

Die Kräfte, die diese Forderungen unterstützten und auf ihrer Linie Sprechchöre riefen, bildeten die Hälfte der Demonstration. Denn es war gelungen, für diese Forderungen neue Kräfte zu gewinnen, bei denen die verschiedenen Broschüren zur Lage der Arbeiterjugend, die von den größeren Ortsgruppen des KBW herausgegeben werden, auf großes Interesse gestoßen waren.

Die DGB-Führung konnte sich demgegenüber nur auf eine Minderheit vor allem von der DKP, der SDAJ und vom MSB fest stützen. Sie konnte auf keinen Fall den noch unentschiedenen Teil der Demonstration für sich gewinnen mit Sprüchen wie:

Hat der Lehrling keinen Mut, geht's dem Unternehmer gut. Oder: Arbeitslos ist keine Tugend – Lehrstellen braucht die Jugend.

Diese große Demonstration der Arbeiterjugend, unterstützt durch viele Studenten und Oberschüler, die damit der bürgerlichen Klasse die miserablen Verhältnisse an den Gymnasien und Universitäten aufs Konto schrieben, war eine große Ermutigung für die Kräfte des Klassenkampfes gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat. So war in der zweiten Hälfte des Demonstrationsmarsches breit die Losung vertreten:

- **Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!**

Auf der Abschlußkundgebung wurden die sozialdemokratischen DGB-Funktionäre von Landes- und Bundesvorstand bei ihrer Behauptung Lügen gestraft, sie verträten mit ihrem reformistischen Geschwätz 95 % der Demonstrationsteilnehmer. Immer wieder wurden sie u.a. mit Sprechchören für die Einheitsschule unter Kontrolle des Volkes in ihren Reden unterbrochen.

Die Demonstration hat bewiesen, daß immer breitere Teile der Arbeiterjugend sich nicht mehr von den Reformisten vom Kampf um ihre selbständigen Interessen abhalten lassen. –B.E., Ortsgruppe Hannover–

Keine Einschränkung der Fahrkostenrückerstattung

"Fahrkarten her, sonst bleibt die Schule leer!" Unter dieser Parole zogen am 12. Juni in Ludwigshafen rund 500 Schüler durch die Innenstadt und protestierten damit gegen den Beschluß der Landesregierung, die Fahrtkostenrückerstattung für Schüler zu streichen. Dagegen wandten sich auch Eltern aus den Siedlungen Notwende und Weidenschlag in Ludwigshafen in einem Brief an die Regionalzeitung 'Rheinpfalz'. Sie schrieben: "Die meisten Eltern können das Fahrgeld nicht aufbringen. In den Randgebieten wohnen viele kinderreiche Familien, sozial schwächere Familien. Mancher Vater ist arbeitslos."

Zu Demonstrationen gegen Sparmaßnahmen der Landesregierung kam es auch in Speyer und Trier. In Speyer zogen am 12.6. etwa 180 Oberschüler durch die Innenstadt, in Trier beteiligten sich an einer Demonstration gegen den Beschluß der Landesregierung knapp 100 Schüler.

Referendare sollen als Hilfslehrer eingesetzt werden

Bonn. In Nordrhein-Westfalen sollen nach der Ausbildungsordnung vom 31.12. Studienreferendare "zur Deckung des Bedarfs" an Lehrern als Hilfslehrer eingesetzt werden. Dazu sollen sie fünf Stunden selbständigen Unterricht halten. Auf einer Referendarvollversammlung in Bonn am 6.6. verabschiedeten die Studienreferendare des Bezirksseminars Bonn eine Resolution, in der sie sich dagegen wenden, als Hilfslehrer eingesetzt zu werden. Insbesondere, da gegenwärtig vielen Lehrern gleichzeitig mit Nichteinstellung gedroht wird.

Resolution zur Unterstützung der Carl Severing Schüler

An der Carl-Severing-Berufsschule in Bielefeld (Metallgewerbliche Abteilung) findet am 18.6. eine Schülervollversammlung und Demonstration gegen die herrschenden Zustände im Berufsbildungswesen statt. Besonders scharf betroffen sind davon die Carl Severing Schüler selbst (siehe KVZ Nr.23).

10 der etwa 80 Lehrer der metallgewerblichen Abteilung haben eine Solidaritätserklärung für die Schülermitverwaltung und deren Forderungen verfaßt. Die Forderungen der Schülermitverwaltung (SMV) waren:

1. Eine einheitliche und gleichwertige Schulausbildung für alle Jugendlichen. Eine Schulausbildung, die jeden Jugendlichen mit den Hauptzweigen der Produktion theoretisch und praktisch vertraut macht. – Unterbindung aller Eingriffe der vorgesetzten Ämter, insbesondere der Industrie- und Handelskammer, in die Festsetzung der Lehrpläne.
2. Angemessenes Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Schulabgänger.
3. Streichung aller Sonderrechte des Lehrherrn im Ausbildungsvertrag (zum Beispiel Weisungsrecht). – Streikrecht für Lehrlinge.
4. Weg mit der Stufenausbildung!
5. 12 Berufsschulstunden pro Woche. – Berufsschultage müssen arbeitsfrei sein.
6. Gesetzliche Garantie einer Lehrstelle für jeden Jugendlichen.

Die Schüler haben die Erklärung der Lehrer als Wandzeitung in der Schule bekannt gemacht und die Schüler aufgefordert, ihre Lehrer zu befragen, ob sie die Erklärung unterschreiben würden oder aus welchen Gründen nicht.

Mit den Aktivitäten und Forderungen der Carl Severing Schüler haben sich inzwischen die verschiedensten Gremien solidarisiert. So auch die Jugendvertretung von "Telefon und Normalzeit" in Bielefeld, deren Resolution wir hier auszugsweise wiedergeben.

Resolution der Jugendvertretung von Telefonbau und Normalzeit

"Die Lage an den Carl-Severing-Berufsschulen wird sich im neuen Schuljahr weiter verschlechtern...

All diese Tatsachen werden zu einer weiteren Verschlechterung der Ausbildung der Arbeiterjugend in Bielefeld führen.

Aber die Bielefelder Arbeiterjugend steht nicht allein da. Im ganzen Bundesgebiet hat es in den vergangenen Wochen machtvolle gewerkschaftliche Demonstrationen gegen die Verschlechterung der Berufsausbildung der Arbeiterjugend gegeben.

Tausende von Arbeiterjugendlichen wendeten sich dagegen, daß die Schulpflicht bis 18 Jahre nur dem kleineren Teil der Jugend (Gymnasiasten) das Recht auf eine umfassende Ausbildung gibt. Sie kämpfen dagegen, daß hunderttausende Jugendliche, abgesehen von einer kümmerlichen Hauptschulbildung ohne nennenswerte theoretische Ausbildung bleiben und ihre Arbeitskraft billig verschleudern müssen. Sie fordern eine einheitliche, gleichwertige Schulbildung für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr. Sie fordern ein Schulwesen, in dem das Recht auf umfassende Ausbildung der Arbeitskraft – sowohl praktisch als auch theoretisch – für alle Jugendlichen verwirklicht werden kann. Sie fordern die Einheitsschule.

Tausende von Arbeiterjugendlichen demonstrierten gegen die private Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Berufsausbildung. Sie wenden sich dagegen, daß die Unternehmer letztlich bestimmen, was im Lehrplan steht, daß sie die Facharbeiterprüfung abnehmen. Beides in ihrem Interesse und zu ihrem Nutzen.

Dagegen fordert die Arbeiterjugend, daß der Einfluß der Unternehmer und ihrer Kammern auf die Berufsausbildung unterbunden werden muß.

Tausende haben dagegen demonstriert, daß sie von ihren älteren Kollegen abgespalten sind und besonderen Ausbildungsverhältnissen unterliegen. Sie haben erkannt, daß sie an die Seite der älteren Kollegen gehören, um mit ihnen gemeinsam für bestimmte Rechte kämpfen zu können. Sie forderten deshalb die ausdrückliche Anerkennung des Streikrechts für Lehrlinge.

Tausende haben für den Fortfall der Stufenausbildung demonstriert. Die Stufenausbildung spaltet die Arbeiterjugend in schlaue und dumme, in besser und schlechter Ausgebildete und ist ein wirksames Mittel der Unternehmer zur Disziplinierung und Spaltung.

Tausende haben für 12 Berufsschulstunden pro Woche an 2 arbeitsfreien Tagen demonstriert. Die Arbeiterjugend will die staatlichen Sparmaßnahmen auf ihrem Rücken nicht mehr hinnehmen. Sparmaßnahmen, die für sie schlechte theoretische Ausbildung und hohe Durchfallquoten bedeuten.

Tausende haben dafür demonstriert, daß jugendliche Schulabgänger, die arbeitslos sind, auch Arbeitslosengeld erhalten. Sie wollen, daß diese Jugendlichen in der Lage sind, sich selbst zu versorgen.

Aus diesen Gründen begrüßen wir es, daß die SMV der Carl-Severing-Schulen (metallgewerbliche Abteilung) den Kampf gegen die unerträglichen Zustände im Berufsbildungswesen aufgenommen hat.

Wir halten es für richtig, daß die SMV im Juni eine Schülervollversammlung durchführen will.

Wir werden uns an der Demonstration, die im Anschluß an die Schülervollversammlung durchgeführt wird, nach Möglichkeit beteiligen.

Wir versichern der SMV, daß wir geschlossen und solidarisch hinter ihren Forderungen und ihrem Vorgehen stehen."

Resolution der Jugendvertretung der C. Behrens AG, Alfeld/Leine

Alfeld. Die Jugendvertretung der C. Behrens AG verabschiedete eine Resolution zur Lage in der Berufsausbildung, in der sie unter anderem die Abschaffung der Stufenausbildung, Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen der Woche und einen Existenzlohn für alle Lehrlinge fordert.

Gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit fordert sie die Anerkennung aller arbeitslosen Schulabgänger als Arbeitslose, ein Arbeitslosengeld in Höhe des Existenzlohnes, Möglichkeit für arbeitslose Schulabgänger zur Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl. Weiterhin fordert sie "volles Inspektions- und Zugangsrecht für Gewerkschaften, Betriebsräte und Eltern" zu den Berufsschulen.

Einstimmig verabschiedet

Celle. Auf einer Veranstaltung des DGB Kreisjugendausschusses in Celle am 9.6. wurde von den 27 Anwesenden einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der sich die Anwesenden gegen die Berufsverbote und für die Einstellung aller Lehrer aussprechen. In der Resolution wird weiterhin die unentgeltliche und obligatorische "einheitliche Gesamtschule bis zum 18. Lebensjahr" gefordert.

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung

Frankfurt/M. Die Hessische Landespersonalrätekonferenz der Studienseminare faßte auf ihrer Sitzung am 8.6. einstimmig eine Resolution gegen die Anhörungsverfahren und Berufsverbote. Sie fordert die "ersatzlose Streichung des sogenannten 'Radikalenerlasses' und die Aufhebung aller Anhörungsverfahren". Weiterhin, daß alle bereits entlassenen Kollegen wieder eingestellt werden, sowie "freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf!"

Antwort an die DKP, Teil II

Der Kampf um die Rechte des Volkes geht gegen den bürgerlichen Staat

In der Nummer 22 der KVZ haben wir den ersten Teil einer Antwort auf die DKP-Vorstandsmitglieder Gerns, Steigerwald und Weiß abgedruckt. Darin wurde der Vorwurf zurückgewiesen, der KBW sei "antisowjetisch", weil er die 1917 errichtete und auf die Sowjets gestützte Diktatur des Proletariats gegenüber der heute in der Sowjetunion herrschenden neuen Bourgeoisie verteidigt und weil er es zurückweist, daß die ersten Führer dieses sozialistischen Landes Lenin und Stalin von dieser neuen Bourgeoisie verfälscht bzw. beschimpft werden. Der folgende zweite Teil geht ein auf die Ausführungen von Steigerwald zum demokratischen Kampf und von Weiß zur nationalen Frage.

Steigerwald beginnt seinen Beitrag auf der Bremer Veranstaltung mit einer Entgegnung auf einen Redner des KBW, der die Haltung der DKP zum § 218 kritisiert hatte. Steigerwald antwortet darauf:

Hätte der Redner einen Blick auf die Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP geworfen, so wüßte er, daß die Thesen 8 bis 10 die Machtfrage in aller nötiger Klarheit behandeln. Er wüßte zweitens, daß die These 31 den Paragraphen 218 ablehnt."

Beseitigung des § 218 oder Fristenlösung?

In der wohl gemeinten These 32 (die These 31 erwähnt den § 218 nicht) heißt es aber nur, daß "*gegen den frauenfeindlichen Paragraphen 218 ... Frauen und Mädchen gemeinsam mit ihren männlichen Kollegen aktiv geworden*" sind. In der entsprechenden Entschließung des Hamburger Parteitags von 1973 wird dann klargestellt, wofür die DKP positiv eintritt: "*Der Parteitag der DKP unterstützt den Kampf für die Beseitigung des § 218 und für die Einführung der Fristenlösung.*" (Protokoll Seite 503)

Einführung der Fristenlösung." (Protokoll Seite 503)

Genau das aber hatte der KBW-Redner behauptet. Steigerwald selbst zitiert ihn so: "*Die DKP stellt die Machtfrage nicht. Das drückt sich darin aus, daß sie statt der Abschaffung des § 218 nur die Fristenregelung fordert.*" (UZ vom 30. Mai) Steigerwald, der von der DKP beständig als Propagandist und Aufklärer über die Lande geschickt wird, hat also seinen Beitrag mit einem Verdunklungsmanöver und Trickbetrug eröffnet. Er folgt darin freilich nur dem Beschluß seiner Partei, in dem es heißt, man sei für Beseitigung des § 218 (das war die Forderung der Bewegung im Volk) und für die Einführung der Fristenlösung (das war die Antwort der SPD auf diese Forderung, um ihr die Spitze abzubrechen).

Tatsächlich aber ist die Fristenlösung nicht der Versuch zur **Beseitigung** des § 218 gewesen, sondern zu seiner **Veränderung** und **Beibehaltung**. Das im § 218 begründete Recht des bürgerlichen Staates, Frauen und Männer zu bestrafen, die aufgrund des Drucks der Verhältnisse gezwungen sind, eine Abtreibung vorzunehmen, dieses Strafrecht wird auch bei der Fristenlösung grundsätzlich beibehalten. Vorgesehen war nur, daß der bürgerliche Staat bei der Strafandrohung einen weiteren Maßstab anwenden solle.

Der im Kampf gegen den § 218 enthaltene grundsätzliche Angriff auf den bürgerlichen Staat und seine schikanöse Anmaßung, den Nachwuchs des Volkes gegen das Volk schützen zu müssen, dieser grundsätzliche Angriff wird von der DKP nicht aufgegriffen. Sondern es wird gefordert, die Staatsorgane sollten bei ihrer Maßregelung der Volksmassen großzügiger verfahren. Fallengelassen wird von der DKP damit gerade die revolutionäre, gegen die Organe des bürgerlichen Staates überhaupt gerichtete Stoßrichtung.

Statt Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates Propagierung der Gesetzlichkeit

Das gleiche geschieht bei der "*in aller nötigen Klarheit*" behandelten "*Machtfrage*" in den Thesen 8 bis 10 der DKP. Darin ist zwar von Sozialismus und politischer Macht der Arbeiterklasse die Rede. Kein Wort findet sich aber dazu, daß die politische Macht der Arbeiterklasse nicht aufgerichtet werden kann ohne **Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, dieses "ungeheuren Regierungsparasiten, der den Gesellschaftskörper mit dem allgegenwärtigen Netz seiner Bürokratie, seiner Polizei, seiner stehenden Armee, seiner Geistlichkeit und seines Richterstandes wie eine Boa constrictor umklammert"** (Marx, Bürgerkrieg in Frankreich, Seite 254).

Gegen die Existenz dieses "Regierungsparasiten" wird man in den programmatischen Äußerungen der DKP vergeblich auch nur nach einem Wort der Kritik suchen. Im Gegenteil: Die DKP anerkennt diesen zum Schutz des kapitalistischen Privateigentums notwendigen Staatsapparat sogar ausdrücklich, indem sie sich zu seinem Bau- und Funktionsplan, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, bekennt.

Wie weit dieses Bekenntnis reicht, macht wiederum Steigerwald deutlich. Noch nachdem das Bundesverfassungsgericht, das vom Grundgesetz als letzte Instanz im westdeutschen Staatsapparat eingesetzt ist, seinen Spruch gegen die Fristenlösung und für die weitgehend unveränderte Geltung des § 218 gefällt hat, erklärt er: **"Daß der § 218 vom Grundgesetz abgesichert sei, behaupten in unserem Land nur Leute, die noch rechts von Vogel stehen, wie Benda usw."**

Wieder arbeitet Steigerwald mit einem Trick. Denn Benda ist keineswegs ein beliebiger Privatmann, der mal seine Meinung geäußert hat. Sondern er ist Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Wenn der mit seinen Richtern den Spruch fällt: 'Die Beseitigung des § 218 ist unvereinbar mit dem Grundgesetz', dann ist das geltendes Recht, vom Grundgesetz abgesegnet und vom Staatsapparat geschützt. Und wenn Revolutionäre auf diese offenkundige Tatsache hinweisen, dann nicht, weil sie die Absicht Bendas teilen würden zur Erhaltung der bestehenden Ordnung, sondern um sie anzugreifen, um das Grundgesetz als bürgerliche Recht zu entlarven und das Volk von der Notwendigkeit zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates zu überzeugen, weil er sich dem Willen des Volkes in einer weiteren Frage entgegenstellt.

Wenn man Steigerwalds Behaup- weiteren Frage entgegenstellt.

Wenn man Steigerwalds Behauptung, der § 218 sei durch das Grundgesetz nicht abgesichert, überhaupt ernst nehmen wollte, dann müßte er versuchen, einen grundgesetz-konformen Weg zur Beseitigung des Paragraphen aufzuzeigen. Das versucht er gar nicht erst. Warum? Weil das unmöglich ist, denn einen solchen Weg gibt es nicht. Diese Tatsachen auszusprechen aber will Steigerwald als reaktionär verbieten. Der Mann ist offenbar ein Betrüger.

Den Kampf für Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes kann man nicht vom Boden des Grundgesetzes aus führen

Weiter schreibt er, für das Grundgesetz soll man sein, weil es "*demokratische Grundrechte (enthält), die wir stets gegen jeden Angriff von rechts verteidigen und die wir ausbauen wollen*". Selbstverständlich ist es notwendig, alle Rechte, die sich die Arbeiterklasse und das Volk erkämpft haben, verbissen zu verteidigen und für die Erweiterung der heutigen kümmerlichen Rechte zu kämpfen. Das aber kann man gerade nicht vom Boden des Grundgesetzes aus mit seiner Garantie des Privateigentums, der bürgerlichen Gewaltenteilung, des Berufsbeamtentums usw. Für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes kann entschieden und ohne Einschränkung nur gekämpft werden vom Boden des **"Rechts auf Revolution"** aus, wie Friedrich Engels das Prinzip der Volkssouveränität bezeichnet hat. Daß es in allen Belangen nicht nach diesem oder jenem von der bürgerlichen Klasse erlassenen Gesetz, sondern ausschließlich nach dem Willen des Volkes zugehen soll, das ist der demokratische Grundsatz, auf den sich Revolutionäre berufen.

Steigerwald argumentiert, wer nicht auf dem Boden des Grundgesetzes kämpfe, der zeige, "*daß er keine Möglichkeit eines demokratischen Kampfes unterhalb der Lösung der Machtfrage sieht*". Nichts ist dem Mann zu dumm, um den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes im Rahmen der bürgerlichen Gesetzlichkeit zu halten und ihm abzuerkennen, daß er seine Berechtigung aus dem Volkswillen selber zieht.

Der alles umfassende bürgerliche Staatsapparat gerät täglich an unzähligen Stellen mit seinen Anordnungen, Verfügungen und Handlungen in Widerspruch zum Willen und zu den Interessen von Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes. An immer neuen Stellen flammt einzelner Widerstand auf. Der ist kein Revolutionär, der diesen Widerstand darauf verpflichten will, sich auf dem Boden des Grundgesetzes zu bewegen. Für den Revolutionär geht es darum, diesen Widerstand maximal zu fördern, ihn gegen den bürgerlichen Staat zusammenzufassen und auf das Ziel der Zerschlagung dieses Staatsapparates auszurichten, um den Weg zu öffnen für den Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft.

Gegenwärtig geht es z.B. darum, den Willen breiter Teile des Volkes nach Beseitigung des § 218 gegen den Staatsapparat zusammenzufassen, der diesen Unterdrückungsparagraphen aufrechterhält. Damit wird noch keineswegs die Frage gelöst, welche Klasse in Westdeutschland die politische Macht ausübt. Auch mit einer eventuellen Niederkämpfung des § 218 wäre ja noch lange nicht die Herrschaft der bürgerlichen Klasse beseitigt und ihr Staatsapparat zerschlagen, obwohl er durch eine Niederlage in dieser einen Frage mit Sicherheit erschüttert würde.

Es ist also gerade umgekehrt wie Steigerwald behauptet: Wer vom Boden des Grundgesetzes aus den Kampf führen will, der verzichtet nicht nur auf die Revolution, weil das Grundgesetz es nicht zuläßt, die "*Machtfrage*" zu stellen. Der ist auch unfähig, in Teilfragen einen konsequent demokratischen Standpunkt zu beziehen. Der muß z.B. den Kampf für die Beseitigung des § 218 fallenlassen und wird dabei landen, am Ende noch die "Indikationslösung", wie sie jetzt von der SPD-Bundestagsfraktion ausgetüftelt wird, als das "kleinere Übel" zu empfehlen. Denn das ist der Gipfel des grundgesetzlich und polizeilich Erlaubten.

Der demokratische Kampf zielt auf Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, nicht auf Plätze im Staatsapparat

Der demokratische Kampf der Volksmassen richtet sich gegen die Machtorgane der bürgerlichen Klasse und ihre Anordnungen in vielen einzelnen Fragen. Er konzentriert sich gegen den bürgerlichen Staatsapparat, den er schließlich zerbrechen muß, um den Willen der Arbeiterklasse nach Umwälzung der Eigentumsverhältnisse und Aufbau einer neuen Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Der demokratische Kampf bedarf keiner Rechtfertigung durch ein Grundgesetz, sondern findet seine Rechtfertigung in der Souveränität des Volkswillens. Er beschränkt sich schon heute nicht auf den gesetzlich fixierten Rahmen: Die Bauern in Wyhl, die für ihre Interessen kämpfen, bewegen sich tatsächlich schon nicht mehr im Rahmen der bürgerlichen Gesetze.

Aus Steigerwalds Ausführungen muß man schließen: Die DKP will den demokratischen Kampf eingrenzen auf den Rahmen der bürgerlichen Gesetzlichkeit. Sie will nicht die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, sondern Plätze in ihm. Das ist der Hintergrund auch des "Kampfes gegen die Berufsverbote", den die DKP führt. Dabei spielt weder der Gedanke eine Rolle, daß das Volk über die höheren Beamten bestimmen und darum dem Berufsbeamtentum ein Ende gesetzt werden muß. Noch wird die generelle Entrechtung der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst angeprangert. Vielmehr läuft die ganze Kampagne darauf hinaus, daß auch Kommunisten ein Recht haben, Staatsdiener zu werden. Dahinter steckt die Vorstellung: In einer nach wie vor bürgerlichen Ordnung soll eine neue Bourgeoisie das Heft in die Hand bekommen. Das Vorbild für einen solchen "Sozialismus" unter der Fuchtel des bürgerlichen Staatsapparates ist die heutige Sowjetunion.

Einen sozialen Boden für solche Vorstellungen aber kann man auch in Westdeutschland finden. Man findet ihn in der neuen Mittelklasse, insbesondere unter Angestellten und Beamten im Staatsapparat selber, am stärksten unter denen, die noch nicht drin sind, sondern an Schulen und Universitäten zu höheren Funktionären des bürgerlichen Staates ausgebildet werden. Es ist nicht zufällig, daß die DKP neben der aus KPD-Zeiten übernommenen Arbeiter-Mitgliedschaft ihren Hauptzuwachs heute bei Oberschülern und Studenten erzielt.

Der KBW tritt demgegenüber ein für demokratische Forderungen, die allesamt darauf abzielen, den bürgerlichen Staatsapparat zu zersetzen und zu zerbrechen und die öffentlichen Funktionen durch die Volksmassen selber unter Führung der Arbeiterklasse wahrzunehmen. Ob es sich dabei um die Forderung nach Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter, nach Wahl der Richter und aller höheren Beamten durch das Volk, nach Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung handelt usw. Immer sind es Forderungen, auf deren Linie heute schon der Angriff auf den bürgerlichen Staatsapparat eingeleitet und entfaltet werden kann und die nach ihrer Durchsetzung gegen den bürgerlichen Staat dem Bauplan des proletarischen umreißen.

Die DKP und die Einheit der Nation

Der dritte Redebeitrag nach Gerns und Steigerwald, den die "UZ" abdruckt, stammt von Günter Weiß und befaßt sich mit der Frage der Nation. Bekanntlich vertritt die SED und mit ihr die DKP die These, daß es heute zwei deutsche Nationen gibt, eine "sozialistische" in der DDR und die kapitalistische in Westdeutschland. Weiß begründet diese These folgendermaßen: "*Die Wahrheit ist die, daß selbst in der BRD die Einheit der Nation nicht existiert. Durch diese kapitalistische Gesellschaft zieht sich eine tiefe Kluft zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern!*" Das ist mal eine Entdeckung! Ein Wunder nur, daß Marx und Engels, die diese Kluft als erste gründlich ausgelotet haben, nicht aufgehört haben, nach wie vor z.B. von **der** französischen Nation zu sprechen und daß sie nicht etwa als Vorläufer des theoretischen Neuerers Weiß von den **zwei** französischen Nationen gesprochen haben. Selbst die revisionistischen Kommunistischen Parteien in Frankreich, Italien usw. haben **diese** Entdeckung wohl noch nicht vollzogen. Und für die Marxisten-Leninisten besteht erst recht kein Anlaß, von der bisher für gültig

gehaltenen Erkenntnis abzurücken kein Anlaß, von der bisher für gültig

gehaltenen Erkenntnis abzurücken, daß die **eine** Nation in **Klassen** gespalten ist und nicht etwa in zwei Nationen.

Weißens zweites Argument: "*Seit über einem Vierteljahrhundert bestehen auf deutschem Boden zwei Staaten ... mit entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen.*" Nun hat kein Mensch bestritten, daß "zwei Staaten" auf deutschem Boden bestehen. Nur spricht auch das keineswegs gegen die Fortexistenz **einer** deutschen Nation. In Korea bestehen auch seit einem Vierteljahrhundert zwei Staaten, und dort auch tatsächlich mit entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen. Soll das heißen, daß damit die **eine** koreanische Nation nicht mehr besteht? Dann können die Vietnamesen nur von Glück sagen, daß sie ihren Befreiungskampf gerade eben noch rechtzeitig gewonnen haben. Von 1956 bis 1975 war auch dort die Nation gespalten, und noch heute sind die Gesellschaftssysteme in Nord und Süd unterschiedlich. Da wäre auch bald das "Vierteljahrhundert" voll gewesen und damit die Fortexistenz einer Nation laut DKP-Mann Weiß "*eine längst überholte bürgerliche These*".

Es lohnt nicht, auf solchen Unsinn länger einzugehen. Auch Weiß ist in dieser Frage offenbar nicht im Irrtum, sondern ein Betrüger, ein Lohnschreiber für die neue Bourgeoisie in der DDR. Das ist überhaupt an diesem Ideologen-Trio der DKP Gerns, Steigerwald, Weiß das Empörende. Alle drei haben offenbar eine gründliche Ausbildung im wissenschaftlichen Sozialismus, die vermutlich bezahlt wurde aus Arbeitergeldern. Und alle drei müssen wissen, daß ihr Geschäft der theoretische Betrug ist, den sie landauf, landab in vollem Bewußtsein betreiben.

Die Frage der Wiedervereinigung der Nation kann erst nach der Machtergreifung des Proletariats gelöst werden

Der KBW geht davon aus, daß eine deutsche Nation existiert und daß sie nicht nur in Klassen, sondern auch in zwei Staaten gespalten ist, beide unter bürgerlicher Herrschaft heute. Solange aber in Westdeutschland eine imperialistische Bourgeoisie herrschende Klasse ist, kann die Arbeiterklasse nicht die Losung der Wiedervereinigung auf die Tagesordnung setzen, weil sie damit die expansiven Interessen der imperialistischen Bourgeoisie in Westdeutschland unterstützen und stärken würde. Das Programm des KBW legt fest: **"Das westdeutsche Proletariat muß die westdeutsche Bourgeoisie schlagen und Westdeutschland aus dem System des Imperialismus herausbrechen, ehe es die Frage der Wiedervereinigung auf die Tagesordnung setzen kann. Die Kommunisten treten allen Versuchen entgegen, das westdeutsche Proletariat unter der Fahne der Wiedervereinigung der Nation für eine imperialistische Politik gegenüber der DDR zu gewinnen."** (Programm des KBW, Taschenausgabe, Seite 25)

Die SED muß heute die Existenz der **einen** deutschen Nation leugnen. Die in der DDR herrschende neue Bourgeoisie ist gegenüber der westdeutschen Bourgeoisie der schwächere Teil. Bei einer Wiedervereinigungspolitik müßte sie befürchten, vom mächtigeren Konkurrenten im Westen geschluckt zu werden. Würde in der DDR noch die Arbeiterklasse die politische Macht ausüben, so bestünde keinerlei Veranlassung, die Existenz **einer** deutschen Nation zu leug-

de keinerlei Veranlassung, die Existenz einer deutschen Nation zu leug-

nen, weil die Wiedervereinigung angestrebt werden könnte unter der Voraussetzung, daß in der Bundesrepublik ebenfalls die Arbeiterklasse zur Macht kommen würde. Eine solche Wiedervereinigungspolitik – gestützt auf eine feste staatliche Basis der Arbeiterklasse – würde keineswegs die herrschende Arbeiterklasse in einem Teil der Nation schwächen, sondern die herrschende Bourgeoisie im anderen, die um den Preis des Verlustes ihrer Ausbeuterherrschaft der Wiedervereinigung der Nation niemals zustimmen kann. So ist die Leugnung der Existenz einer deutschen Nation durch die SED ein deutliches Kennzeichen für den bürgerlichen Klassencharakter ihrer Herrschaft.

Willi Gerns hat zu Beginn seines Beitrages den breit vorhandenen Antikommunismus dafür verantwortlich gemacht, wenn "*systemkritische, antikapitalistisch eingestellte junge Menschen*" nicht zur DKP kommen, sondern den "*Drahtziehern des KBW*" in die Fänge gehen. Die Wahrheit ist: Die DKP hat mit dem Kommunismus und mit der proletarischen Revolution nichts zu tun. Sie ist heute eine bürgerliche Arbeiterpartei, die in den Tageskämpfen durchweg eine reformistische Politik verfolgt und im Volk für die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion und in der DDR zu werben versucht. Revolutionäre müssen sich heute im KBW organisieren.

W.M.

DKP-Sprecherin in Köln

Widersprüchliches zum Paragraf 218

Köln. 180 Menschen waren einem Aufruf des AStA der Fachhochschule gefolgt, an einer Podiumsdiskussion über den § 218 teilzunehmen. Anwesend auf dem Podium waren Vertreter der DKP, der Jungdemokraten, der Frauenbefreiungsaktion-Köln, des KBW und der Kölner § 218-Komitees, Vertreter der SPD hatten ihre Teilnahme abgesagt mit der Begründung, nicht mit dem KBW an einem Tisch sitzen zu wollen.

Die Vertreterin der DKP sprach sich für die Fristenlösung aus, war aber gleichzeitig dafür, alle Bewegungen zu unterstützen, die sich gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wenden. Persönlich sprach sie sich für eine Beteiligung an der Demonstration am 21.9.1975 aus, zu der die westdeutschen Komitees gegen den § 218 und der KBW aufrufen.

–H.K.–

Frankfurt: Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen

Stadtverordnetenversammlung beschließt erneut Erhöhung um 30%

Letzten Donnerstag, den 12.6., beschloß die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung eine erneute Fahrpreiserhöhung von 30 %. Während der Sitzung des Stadtparlaments fand vor dem Römer (dem Frankfurter Rathaus) zum Abschluß einer Protestdemonstration eine Kundgebung gegen die geplante Tariferhöhung statt, an der 3 000 Menschen teilnahmen.

Auf der Kundgebung sprach neben den Vertretern der politischen Organisationen SAG (Sozialistische Arbeitergruppe), "Revolutionärer Kampf" (Frankfurter Spontaneisten) und der Ortsgruppe des KBW unter anderem ein ÖTV-Vertrauensmann eines Pressebetriebes, ein Vertreter der Berufsschülervertretung und ein Mitglied der ÖTV-Betriebsgruppe des Kinderkrankenhauses Nordend. Vorgetragen wurde eine Resolution von 50 Teilnehmern eines IG-Metall-Jugend-Schulungskurses.

DKP und Jusos hatten sich zwar gegen die Tariferhöhung gewandt, jede Beteiligung an Aktionen aber bisher abgelehnt.

In zahlreichen Resolutionen und Stellungnahmen von Betriebsräten, gewerkschaftlichen Körperschaften, insbesondere aus der ÖTV und von Schülervertretungen, war gegen die Tariferhöhungen protestiert worden. Auf die Forderung nach einer gewerkschaftlichen Demonstration am 12.6. hat die DGB-Führung nicht reagiert – aber sie hat auch nicht gewagt, öffentlich gegen diese Demonstration Stellung zu nehmen. Auch zwei SPD-Ortsvereine haben den DGB zu Aktionen aufgefordert.

Auf dem Frankfurter SPD-Parteitag vorletzter Woche konnte ein Antrag gegen die geplante Tariferhöhung nur unter Tumult und mit Manipulation bei Stimmengleichheit abgelehnt werden. Die Ortsgruppe des KBW hat von Anfang an darauf hingearbeitet, dem Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen eine Grundlage zu schaffen durch öffentliche Protesterklärungen vor allem in Betrieben und Gewerkschaften sowie in Schulen, Jugendhäusern usw. hat vorgeschlagen, den Kampf unter den Forderungen zu führen:

"Schluß mit der Ausplünderung der Arbeiterklasse und des Volkes durch den kapitalistischen Staat! Weg mit der Fahrpreiserhöhung! Die Kapitalisten sollen selbst bezahlen!"

Denn die Fahrpreiserhöhung ist nur die neueste und nach dem Willen des Magistrats nicht die letzte einer Reihe von Maßnahmen zur Ausplünderung der werktätigen Massen.

Dieses Jahr sind schon zweimal die Strom- und Gaspreise erhöht worden. Die nächste Fahrpreiserhöhung ist schon für Anfang nächsten Jahres angekündigt. Ausgegeben werden diese Gelder, um den Kapitalisten günstige Verkehrsbedingungen für den Umschlag der Arbeitskräfte und Waren durch gewaltige Autobahnbauten quer durch die Stadt zu verschaffen, um ihnen billigen Strom zu Sondertarifen zu liefern. Gegen diese Zustände wächst der Unmut, und er ist schon im letzten Jahr am Punkt der Fahrpreiserhöhungen explosionsartig zum Ausdruck gekommen.



3000 demonstrierten am Donnerstag zum Römer, dem Frankfurter Rathaus, wo die Stadtverordnetenversammlung tagte um über Fahrpreiserhöhungen zu beschließen.

Die Breite, welche die öffentliche Protestbewegung jetzt erneut erreicht hat, ist durch die Demonstration am 12.6. nur teilweise zum Ausdruck gebracht worden. Eine Mehrheit der Teilnehmer trat im Gefolge der Spontaneisten für den Nulltarif ein. Die Spontaneisten selbst haben durch ihr Auftreten der Sache selbst einen leicht karnevalistischen Anstrich gegeben, was ihre öffentliche Wirkung gemindert hat. Trotzdem war sie ein brauchbarer öffentlicher Auftakt des Kampfes.

Danach hat die Ortsgruppe allerdings den Fehler gemacht, zu spät zu erkennen, daß der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen unverzüglich und noch vor Inkrafttreten der Erhöhung unter der Forderung nach sofortiger Rücknahme des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt werden muß. Sie hat deshalb zu spät für die zweite Demonstration am letzten Samstag mobilisiert, die diese Forderung durch eine kämpferische Aktion auf der Zeil, Frankfurts Einkaufszentrum, veranstalten sollte.

Diese Demonstration war kein Erfolg. Es nahmen 1 500 bis 2 000 Menschen teil; das Übergewicht der Spontaneisten war größer.

Auf der unter Polizeibelagerung stehenden Zeil konnten im Anschluß an die Demonstration nur noch einige kleinere Demonstrationszüge ohne öffentliche Wirkung durchgeführt werden. In der nächsten Zeit wird es darauf ankommen, insbesondere selbständige Protestaktionen durchzuführen. Zum Beispiel kann eine gewerkschaftliche Betriebsgruppe mit Ständen und Flugblättern in den Stadtteil gehen oder vom Betrieb eine kleine Kundgebung der Belegschaft organisieren. Ähnliches ist an den Schulen möglich.

Ebenso müssen in den Stadtteilen die Kräfte für selbständige Protestaktionen, Kundgebungen, demonstrative Blockaden usw. gewonnen werden.

Der KBW hat in dieser Woche zu fünf Stadtteilversammlungen aufgerufen, auf denen solche Aktivitäten beraten und über die Möglichkeit des Aufbaus von Aktionskomitees gegen die Fahrpreiserhöhungen diskutiert werden soll. Der nächste Zeitpunkt einer zentralen öffentlichen Zusammenfassung des Protestes wird dann wahrscheinlich der 13. Juli sein, der Tag, an dem ein Teil der neuen Tarife in Kraft treten soll.

—Ortsgruppe Frankfurt—

CDU- und SPD Politiker reisen nach Wyhl

Keinen Blumentopf gewonnen

Eine saftige Abfuhr haben sich am Kaiserstuhl gleich eine ganze Reihe von Leuten geholt, die angereist waren, um mit ihren Plänen für den Bau eines Kernkraftwerks wieder einen Fuß auf den Boden zu kriegen.

Nachdem die Kaiserstühler Bevölkerung seit Wochen einen Schwall von Propagandaschriften und Zeitungsanzeigen über sich hat ergehen lassen müssen, in denen mit Schönfärberei und Lügen für die Kernenergieproduktion geworben wird, startete schließlich die Landtagsfraktion der CDU eine "good-will-tour" an den Kaiserstuhl.

Am Mittwoch kam der CDU-Fraktionsvorsitzende Späth zum besetzten Bauplatz. Fast 400 Menschen waren auf dem Platz und wollten hören, was er zu sagen hat. Späth ging ans Mikrofon und sagte, er stelle sich der Diskussion und der Beweis guten Willens bestehe darin, daß er sich die Genehmigung des Grundeigentümers (des Badenwerks) geholt habe. Aber auf dem Platz selber könne er nicht diskutieren, da dieser unrechtmäßig besetzt sei. Die Diskussion müsse außerhalb des Platzes stattfinden. (Das hatte ihm das Badenwerk eingegeben, wie sich später herausstellte.)

Damit wußten die Platzbesetzer, wo sie dran waren. Auf Späths Unverschämtheit hin brach ein Proteststurm los, und es wurde sofort abgestimmt, daß es mit Späth unter diesen Umständen keine Diskussion geben werde. "Späth schaffte nicht, was auch die Polizei nicht schaffte, nämlich den Platz zu räumen!" hieß es.

Das Abgeordneten-Häuflein wurde umringt und ihnen wurde klargemacht, wer sich hier vor wem zu verantworten habe.

Am Abend fanden in Endingen, Sasbach, Forchheim, Weisweil und Wyhl Veranstaltungen mit CDU-Vertretern statt.

Ein Landwirt fragte in Sasbach die Abgeordneten Vollmer und Schneider, wie sie sich dazu stellen, daß Leute im öffentlichen Dienst massiv unter Druck gesetzt würden, wenn sie sich am Kampf gegen das Kernkraftwerk aktiv beteiligten. Die Abgeordneten setzten ihre Unschuldsmiene auf und betonten, daß dies völlig ausgeschlossen sei. Diese Ausflüchte wurden mit Gelächter aufgenommen und ein Redner wies auf den Schieß-Erlaß hin. Da entrüsteten sich die CDU-Vertreter und beteuerten, der gelte doch nur für Radikale und Umstürzler. Das schallende Gelächter der 300 Anwesenden zeigte, daß die Bevölkerung am Kaiserstuhl inzwischen selbst erfahren hat, gegen wen sich der Schieß-Erlaß richtet: gegen das Volk.

In allen Orten erlebten die Politiker eine Pleite, die sie so schnell nicht vergessen werden.

Am Freitag wurde bekannt, daß Wirtschaftsminister Eberle selbst in Endingen sei und dort mit Bürgermeistern der Gegend Gespräche führt. Bald war das Gebäude umstellt und Eberle wurde mit Sprechchören herausgerufen. Die Kaiserstühler machten ihm lautstark deutlich, daß er hier keinen Blumentopf mehr gewinnen könne. Er trat den Rückzug an.

Auch die SPD wird aktiv.

Am Samstag schließlich gab es wieder Theater auf dem Bauplatz. Eine SPD-Delegation, angeführt von Fraktionschef Schieler, wollte der Bevölkerung erklären, daß die SPD im Grunde ja immer auf der Seite der Kaiserstühler gestanden hätte. Schieler versprach, sich dafür einzusetzen, daß das Vertrauen zu den Volksvertretern, das durch das ungeschickte Vorgehen der Landesregierung untergraben worden sei, wiederhergestellt werde. Weiter werde er alles tun, daß es zu keinem weiteren Polizeieinsatz komme. Schließlich werde er die Landesregierung auffordern, mit den Bauarbeiten zu warten, bis im Hauptverfahren entschieden worden sei.

Die Kaiserstühler sagten, daß man Taten sehen will, Worte seien schon viel gefallen. Kein Politiker hätte sich hier blicken lassen, wenn die Bevölkerung nicht Dampf gemacht hätte. Unter großem Beifall rief ein Landwirt: Wenn die Polizei wiederkommt, werden wir noch mehr sein als das letzte Mal, und wir haben mehr Maschinen zum Mistwerfen wie die Polizei Wasserwerfer. Einige von uns werden vielleicht im Gefängnis landen, aber das Kernkraftwerk wird nicht gebaut.

Die Landesregierung ist bisher mit ihrer neuen Taktik keinen Schritt weitergekommen. Sie hat, nachdem sie mit dem Polizeiknüppel nicht zum Erfolg gekommen ist, jetzt umgeschwenkt und versucht es mit einer weicheren Welle. Durch Geheimverhandlungen versucht sie bei den Vertretern der Bürgerinitiativen Fäden zu spinnen, um Zwietracht in den Reihen der Bürgerinitiativen zu provozieren und die Front zu spalten.

Es ist gar nicht unwahrscheinlich, daß die Regierung in den nächsten Tagen bekanntgibt, daß sie bis nach den Ausgang des Hauptverfahrens abzuwarten, bevor die Bauarbeiten fortgesetzt werden. Dieses Verfahren wird dann aber nicht, wie sonst üblich, drei bis vier Jahren dauern, sondern höchstens ein bis zwei Jahre. Diesen Zeitverlust können die Kapitalisten noch verkraften, da der Energieverbrauch sowieso nicht so rasch steigt, wie angenommen wurde. Außerdem geht es jetzt um mehr als das Kernkraftwerk in Wyhl. Es geht um das ganze Geschäft mit Atomkraftwerken.

Im Moment stellt sich Filbinger noch stur, nur um hinterher sein Nachgeben als besonderes Entgegenkommen anpreisen und um die Bevölkerung an die Entscheidung des Gerichts in der Hauptsache binden zu können.

Die von Teilen der Bürgerinitiativen in der letzten Zeit immer wieder aufgestellte Forderung: Filbinger soll sich der Gerichtsentscheidung im Hauptverfahren unterwerfen! kommt der Taktik Filbingers entgegen, kann zur Verunsicherung der Bevölkerung führen und manövriert uns in eine schwierige Situation. Diese Forderung muß fallengelassen werden, denn nicht die Gerichte haben zu entscheiden, sondern nur die Bevölkerung.

Und die hat sich entschieden: Das Kernkraftwerk wird nicht gebaut!

—H., Emmendingen—

Mit dieser Anzeige vom 3.5. aus der 'Stuttgarter Zeitung' will das "Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar" sich Leute kaufen, die der Bevölkerung die Ohren voll schwatzen sollen, damit sich kein Widerstand gegen den Bau der Kernkraftwerke entwickelt.

Unter "objektiv" verstehen die Kernkraftwerk-Kapitalisten das, was sich mit ihrem Profit verträgt. Das hat sich inzwischen herumgesprochen. Die Personalinvestition wird wohl vergeblich sein.

> GKN
>
> **Sind Sie eine mutige junge Dame? – oder traut sich auch ein Herr?**
>
> Haben Sie Freude am Umgang mit Menschen, an Diskussionen und moderner Technik? Können Sie auf Emotionen sachlich und auf sachliche Fragen korrekt reagieren? Dann sollten Sie weiterlesen:
>
> Wir errichten in Gemmrigheim/Neckarwestheim (zwischen Heilbronn und Stuttgart) in landschaftlich reizvoller Lage ein Kernkraftwerk.
>
> Unser Ziel ist, die Oeffentlichkeit umfassend und objektiv über die Strom-Erzeugung aus Kernenergie mit ihren Auswirkungen auf die Umwelt in Wort, Bild und Schrift zu informieren.
>
> Ein mit allen technischen Hilfsmitteln ausgestattetes Informationszentrum (ca. 100 Sitzplätze) steht zur Verfügung.
>
> Eine kontaktfähige, selbständige und liebenswürdige Persönlichkeit mit guter Allgemeinbildung und sicherem Auftreten findet hier eine interessante Aufgabe mit freier Zeiteinteilung.
>
> Besondere Kenntnisse sind zunächst nicht erforderlich. Sie sollten als Schulabschluß möglichst Abitur haben und die Fähigkeit und Bereitschaft mitbringen, sich in die allgemeinen Probleme der Energie-Versorgung und der Kernenergie einzuarbeiten und sich auf diesen Gebieten weiterzubilden.
>
> Ihre Kollegen werden Ihnen dabei helfen, Ihre Aufgabe zunehmend selbständig zu lösen.
>
> Einstelltermin: ab sofort
>
> Bitte schicken Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Lichtbilder). Wir werden Sie dann einladen, um mit Ihnen Einzelheiten Ihrer neuen Aufgabe zu besprechen.
>
> GKN — Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar GmbH
> 7129 Neckarwestheim, Postfach



Göttingen. Für die Einstellung von 25 Verfahren gegen Hausbesetzer und gegen die Zerstörung des Reitstallviertels in der Innenstadt demonstrierten am 10. Juni über 1 000 Menschen zum Amtsgericht. Zu der Demonstration hatten u. a. vier Mieterinitiativen, der AStA der Universität, die Jusos und der KBW aufgerufen.

Mit den Prozessen sollen junge Arbeiter, Schüler und Studenten jeweils einzeln abgeurteilt werden, die im Dezember 1974 ein Haus in der Weender Straße besetzt hatten, um es vor dem Abriß zugunsten eines Kaufhauses für den Oetker-Konzern zu retten.

Bürgerschaftswahlen in Bremen: SPD-Wahlgeschenk – eine Lehrstelle

Bremen. Am letzten Sonnabend verteilte die SPD vor Hertie in Bremen-Vegesack Luftballons und anderes überzeugendes Werbematerial.

Auf ihre leeren Versprechungen angesprochen ("sichere Arbeitsplätze" – bei VFW Lemwerder sollen 400 Kollegen entlassen werden) erhielten wir folgende Antwort:

Wilhelm Koring, der kurzem beim Vulkan von den Kollegen als Vertrauensmann abgewählt, sagte: "Was wollt ihr denn? Geht doch erst mal arbeiten, ihr wollt doch gar nicht arbeiten." Ich erklärte ihm, daß ich seit langem eine Lehrstelle suche und sofort bereit bin, zu arbeiten, wenn ich eine gefunden habe. "Komm am Montag um Viertel vor Sieben zum Vulkan, dann kriegst du eine", war seine Antwort. Ich willigte mit Freuden ein. Zwei Minuten später merkte W. Koring wohl, daß er einen Fehler gemacht hatte. Er sagte nämlich: "Du kriegst keine Lehrstelle, du willst ja nur Rabatz machen." Man muß wohl SPD-Mitglied sein, um in deren Korruptionsdschungel an eine Lehrstelle ranzukommen.

B - Bremen

SPD und FDP sind sich einig über den § 218

Die alten Schikanen werden zementiert

Von Reform ist nichts übrig geblieben/ Behandlung im Parlament nach der Sommerpause

Am Montagabend wurde bekannt, daß die Koalitionsparteien sich inzwischen auf einen gemeinsamen Entwurf zur "Reform" des Paragrafen 218 geeinigt haben. Dieser Entwurf soll jetzt überarbeitet und nach der Sommerpause dem Parlament zur Beratung vorgelegt werden.

Kurz vorher hatte auch die CDU einen Vorstoß unternommen und einen eigenen Gesetzentwurf vorgestellt, der zur Zeit im baden-württembergischen Kabinett beraten wird.

Der Raum zum Manövrieren ist für die bürgerlichen Parteien nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts eng geworden. Festgelegt ist bereits, daß nur unter ganz bestimmten Bedingungen ("Indikationen") die Abtreibung straffrei bleiben darf. Festgelegt ist, daß jede Frau, die abtreiben lassen will, vorher kontrolliert werden muß durch mehrere Stellen. Festgelegt ist, daß in allen nicht genehmigten Fällen alle an einer Abtreibung Beteiligten bestraft werden müssen, daß es also keine generelle Straffreiheit der Frau geben kann, wovon eine Zeit lang geredet wurde.

Schon an diesen weitgehenden Einschränkungen war zu sehen, daß das Gerede der SPD, sie werde jetzt das Bundesverfassungsgerichtsurteil "möglichst weit" auslegen, zu nichts anderem dienen konnte als dazu, die über das Bundesverfassungsgerichts-Urteil empörten Menschen hinzuhalten und zu beruhigen. Auch der DGB-Bundesausschuß hat diesen Trick benützt, wenn er in einer Erklärung das Parlament aufforderte, "nunmehr unter größtmöglicher Ausnutzung des verbleibenden Rahmens eine gegenüber dem früheren Rechtszustand jedenfalls verbesserte Reformregelung zu finden, die auch den sozialen Lebensbedingungen der Frauen gerecht wird".

Nichts davon ist eingetreten. Wer seine Hoffnungen auf diese Versprechungen gesetzt hatte, der wird einmal mehr enttäuscht. Was großtönend von der SPD als "Hereinnahme der sozialen Indikation" gepriesen wird, was die CDU als großen Fortschritt preist (nach ihrem Modell soll die Abtreibung erlaubt sein, "wenn für die Frau eine schwerwiegende Beeinträchtigung ihrer körperlichen oder psychischen Gesundheit zu befürchten ist oder wenn aus sozialen Gründen der Frau das Austragen des Kindes nicht zugemutet werden kann"), was auch die FDP umschreibt mit der Erlaubnis bei "Unzumutbarkeit für die Frau", es ist alles ein und dasselbe. Welche Spiegelfechtereien sich die Parteien auch noch liefern mögen, um das Volk irrezuführen: Feststeht, daß an der herrschenden Rechtsprechung zum § 218 nichts geändert wird. Was von der "Reform" übriggeblieben ist, ist die auch jetzt schon gesetzlich vorgeschriebene kleinlichst-schikanöse Bevormundung der Frau vor der Abtreibung.

Bis zum Abtreibungstermin im 5. Monat

Wer sich eine Abtreibung genehmigen lassen will, der muß zuerst zu einer staatlichen Beraterstelle gehen, deren Hauptaufgabe ist es – darin sind sich alle Parteien einig –, die Schwangere vom Abbruch der Schwangerschaft abzubringen. Bleibt die Frau trotzdem standhaft, dann muß sie einen Arzt finden, der ihr ein entsprechendes Gutachten ausstellt. Erst nach einer bestimmten Zeit ("Karenzzeit") darf sie sich an einen Arzt wenden, der Abtreibungen vornehmen kann. Von diesem muß sie auch erst wieder ein Attest bekommen. Dann erst wird entschieden, ob die Schwangerschaft abgebrochen werden darf oder nicht. Das alles muß in höchstens 6 Wochen (meist sind es weniger) abgelaufen sein! Wahrscheinlich ist, daß, wer überhaupt diese Tortur körperlich und seelisch übersteht, bereits im 5. Monat ist. In den vorgelegten Indikationsmodellen haben sich alle Parteien eng an die Vorschläge des Deutschen Ärztetages gehalten. Sie begründen das damit, daß nur so die Mitarbeit der Ärzte erreicht werden könne, also garantiert sei, daß die Reform "auch praktiziert" werden kann. So viel auch jetzt darum herumgeredet wird. Herauskommen wird nichts anderes als die medizinische Indikation (Erlaubnis zur Abtreibung, wenn die Gesundheit der Mutter oder des Kindes gefährdet sind) – wie gehabt. Denn die Schwangerschaftsunterbrechung aus diesen Gründen ist schon seit den 30er Jahren straffrei!

Um dem Ganzen trotzdem noch den Anschein einer "Reform" zu geben, läßt die SPD in der Presse verbreiten: *"Dieser Begriff Gesundheit wird aber nicht eng medizinisch verstanden, sondern in dem Sinne, daß Gesundheit das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden eines Menschen umfaßt."* Das klingt sehr gut. Was dahintersteckt, wird erst deutlich, wenn man sich den Beschluß des Ärztetages ansieht, der der Reform jetzt zugrundeliegt.

Im "Deutschen Ärzteblatt" Nr.20a/75 heißt es dazu: *"Eine medizinische Indikation liegt vor, wenn der Abbruch der Schwangerschaft nach ärztlichem Wissen angezeigt ist, um von der Schwangeren eine Gefahr für ihr Leben oder für ihre körperliche oder seelische Gesundheit abzuwenden. Die drohende Beeinträchtigung der Gesundheit muß allerdings schwerwiegend sein; denn nicht jede Beeinträchtigung des 'physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens' (im Sinne der Definition der Weltgesundheitsorganisation) kann die Vernichtung werdenden Lebens rechtfertigen. Dies käme praktisch der Lösung gleich, das Leben der Leibesfrucht in das Belieben der Schwangeren zu stellen. (. . .) Aus den gleichen Gründen muß auch die Indikation einer 'allgemeinen Notlage' abgelehnt werden, weil auch sie zwangsläufig auf die subjektive Einstellung der Schwangeren zu der durch die Schwangerschaft und Geburt eintretenden Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse abzielt."*

Das läßt keine Zweifel daran, auf welcher Grundlage die Ärzteschaft gedenkt, ihre Entscheidungen über die Abtreibung zu treffen. Der Zwang der Verhältnisse, der die Frauen zur Abtreibung zwingt, ist für sie nichts als die "subjektive Einstellung" zur "Veränderung der Lebensverhältnisse" durch ein Kind. Wer aus sozialer Not abtreiben will, wird als Drückeberger hingestellt, dem es nur darum geht, sich ein schöneres Leben zu machen!

Nichts also ist von der versprochenen Reform geblieben. Von dem Parlament nichts zu erwarten. Für die Arbeiterklasse und das Volk gibt es keine Wahl. Soll der § 218 fallen, müssen sie ihn selbst zu Fall bringen.

"Unser besonderer Schutz gilt der ungeborenen Leibesfrucht!"

Kirche macht Propaganda für die Bestrafung der Abtreibung

Mit dem Urteil zum § 218 hat das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung getroffen, die in schroffem Gegensatz zum Willen der Mehrheit der Arbeiterklasse und des Volkes steht. Die Schärfe dieses Widerspruchs ist für die Bourgeoisie aber politisch gefährlich, und deshalb wird sie alles daran setzen, bei den Meinungen der Massen einen Umschwung zu erzielen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß jetzt an mehreren Orten ausgesprochene Befürworter des § 218 wieder öffentlich auftreten mit Ständen und Propagandamaterial.

So vor einigen Wochen u.a. in Mannheim, in Hamburg und in Münster. Mit scheußlichen Fotos von Abtreibungen, mit Embryos in Spiritusgläsern versuchen sie Stimmung gegen die Frauen zu machen, die aus Not zu Abtreibungen gezwungen sind. Besonders hervor tut sich bei diesen Aktivitäten die katholische Kirche.

An einem Stand vor der Lamberti-Kirche in Münster wurden vor einiger Zeit Flugschriften mit ganz unterschiedlichen Unterzeichnern verteilt. "Aktion Lebensrecht für alle", "Kardinal-von-Galen-Kreis Münster" und andere. Überschrieben ist ein Flugblatt: *"Das Vorbild Kardinal von Galens verpflichtet uns!"* Und dann heißt es: *"Die Verabschiedung der Fristenlösung ist das äußere Zeichen für den Niedergang christlichen Denkens und menschlich sittlichen Empfindens in unserem Volk. Diese Entwicklung wurde vorbereitet durch die einseitige antichristliche Tendenz in Presse und Fernsehen. Die Christen, schwach geworden im Glauben, widersetzen sich zu spät und zu wenig wirksam. Durch das Karlsruher Urteil, das die schärfste Form des Angriffs auf das werdende Leben verhinderte, hat Gott uns die Möglichkeit erneuter Bewährung gegeben.*

Wir sind aber von Sorge darüber erfüllt, daß neue Gesetze vorbereitet werden, die andere Indikationen als die medizinische zulassen wollen. (. . .)

Im Zeitalter der Bedrohung durch Wasserstoffbomben dürfen wir von vorneherein keine gegen das Leben und die Menschenwürde gerichteten Kompromisse dulden. Wir sind gewarnt durch die Drohworte im Alten und Neuen Testament. Der Warnung Kardinal von Galens 1941 folgte die Zerstörung der deutschen Städte 1943 und 1944. Ein Volk, das sich göttliche Rechte anmaßt, wird zur Rechenschaft gezogen. (. . .)

Gott wird in diesem Kampfe mit uns sein."

Nun besaß die katholische Kirche ja schon immer eine etwas verwirrende Art von Logik. In ihren Aussagen auf diesem Flugblatt unterliegt sie allerdings besonders vielen "Irrtümern".

"Äußeres Zeichen" war die Verabschiedung der Fristenlösung einzig und allein dafür, daß die Bewegung gegen den schikanösen Paragrafen stark entwickelt und die Bourgeoisie uneins war, wie sie damit fertig werden sollte. Das eine Lager war dafür, unter Beibehaltung der Strafandrohung den § 218 zu lockern und dadurch der Reformbewegung entgegenzuwirken. Diese Entwicklung "wurde vorbereitet" durch einen jahrzehntelangen Kampf der Arbeiterbewegung gegen den § 218, der in den letzten Jahren öffentliches Aufsehen in Rundfunk und Fernsehen erregte, weil sich auch "Prominente" – Publizisten, Filmstars, Ärzte, Schriftsteller usw. – öffentlich gegen den § 218 aussprachen.

Mit dem Karlsruher Urteil, das das Machtwort des bürgerlichen Staates war und keineswegs eine göttliche Bewährungshilfe, wie das Flugblatt blasphemisch meint – mit diesem Urteil herrscht wieder weitgehend Übereinstimmung zwischen der staatlichen und der kirchlichen Propaganda in dieser Frage, auch wenn jetzt die Kirche sogar eine weitere Verschärfung des § 218 fordert, nach der die medinizische Indikation überhaupt nur allein zulässig ist.

Soweit hat das Flugblatt die Dinge auf den Kopf gestellt.

Vollständig der Wahrheit ins Gesicht schlägt das Flugblatt aber da, wo der Kardinal von Galen ins Geschäft gebracht wird. Mag er verstehen, was die Wasserstoffbomben mit der Bestrafung der Abtreibung zu tun haben. Wenn aber damit bewiesen werden soll, daß sich die katholische Kirche stets für den Schutz des Lebens eingesetzt hat, so ist das ein sattes Selbsttor. Hat die Heilige Römisch-Katholische Kirche im Mittelalter noch eigenständig ihre Untertanen in den Krieg geführt zur Bereicherung ihrer Schätze und zur Ausweitung ihrer weltlichen Macht, so mußte sie davon mit der Entwicklung des Kapitalismus und der Macht des Bürgertums Abstand nehmen. Doch ließ sie es sich nicht nehmen, jeden Krieg der herrschenden Klassen abzusegnen und zu versichern: "Gott wird in diesem Kampfe mit uns sein!" In den Kriegen, die die imperialistischen Länder gegeneinander führten, wurde diese Garantie merkwürdigerweise auf beiden Seiten ausgestellt. Im Krieg einer imperialistischen Macht gegen ein Volk, das um seine Befreiung kämpft, bekamen nur die imperialistischen Räuber den kirchlichen Segen. So der New Yorker Kardinal Spellman, der die US-Soldaten in Vietnam mit Hetzreden anfeuerte. Und was den Kardinal von Galen angeht, hat er etwa nicht auf dem münsterschen Domplatz die Waffen gesegnet, mit denen die Heere der Faschisten gegen die Sowjetunion zogen?

Auf warnende Worte besann sich der Kardinal erst 1942, als sich nach der Niederlage in Stalingrad die vollständige Niederlage der Hitlerarmeen schon abzeichnete.

Und keineswegs die "Anmaßung göttlicher Rechte durch das Volk", sondern der Kampf der Völker gegen den Hitlerfaschismus hat zu dessen Niederlage geführt.

Überall hat sich die katholische Kirche gegen den Kampf der Völker für den Sozialismus gestellt, für eine Gesellschaft, in der den imperialistischen Kriegstreibern das Handwerk gelegt wird und in der auch das Recht auf Abtreibung deshalb gegenstandslos wird, weil das Volk seine Kinder ohne Not aufziehen kann.

Wie für die Beibehaltung der Strafe für Abtreibungen tritt die Kirche überall auf für die Beibehaltung von Verhältnissen, die den Zwang zur Abtreibung ebenso hervorbringen wie das Bedürfnis, die schlechten irdischen Verhältnisse mit irgendwelchen religiösen Vorstellungen zu umgeben.

Die Kirche hilft dem Staat dabei, die gesellschaftlichen Zwangsverhältnisse als persönliche Gewissenskonflikte erscheinen zu lassen und die Menschen daran zu hindern, diese Zwangsverhältnisse selbst zu ändern. Und die Kirche ist immer noch eine der wichtigsten Stützen dieses Staates. Ihr Untergang ist schließlich ebenso gewiß wie der dieses Staates und des Systems der Lohnsklaverei.

H., Münster/Red.

500 000 Unterschriften für einen Volksentscheid für das Recht auf Abtreibung in Italien

Bei der Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid für das Recht auf Abtreibung, die in Italien seit dem 15. April dieses Jahres durchgeführt wird, sind die notwendigen **500 000 Unterschriften** erreicht. Die Unterschriftensammlung wird durchgeführt von einem Aktionsbündnis verschiedener gewerkschaftlicher und politischer Organisationen, das von bürgerlich-liberalen Kräften bis zu revolutionären und kommunistischen Organisationen reicht (siehe KVZ Nr. 21 vom 29. Mai). Um die Durchführung des Volksentscheids zu erreichen, müssen allerdings nicht nur die Unterschriften, sondern auch die Wahlrechtsbescheinigungen der Unterzeichner bis zum 11. Juli vorgelegt werden.

Die Stadtverwaltung von Rom, wo allein 108 000 Unterschriften gesammelt wurden, will, wie die Süddeutsche Zeitung vom 12. Juni berichtet, jedoch nur höchstens 1 000 Bescheinigungen täglich ausstellen. Der Sprecher der Aktionseinheit "kündigte daher 'aufsehenerregende Demonstrationen' für den Fall an, daß Rom keine zusätzlichen Beamten einsetzen sollte".

Bremen. Zu der Veranstaltung in der Glocke in Bremen, zu der die Bremer Initiative aufgerufen hatte, kamen am 12.6. über 600 Menschen. Mit großer Mehrheit unterstützte die Versammlung den Aufruf der Komitees und Initiativen.

Der Aufruf zur Veranstaltung war unterstützt worden durch eine Anzeige im "Weserkurier", in der sich 29 Betriebsräte, Personalräte und Ausbildungspersonalräte, 13 Vertrauensleute der IGM und ÖTV, über 100 Lehrer und Hochschullehrer, zahlreiche Ärzte, Psychologen, Sozialarbeiter und Pädagogen, Rechtsanwälte und Redakteure u. a. für einen Volksentscheid gegen den § 218 öffentlich ausgesprochen haben. Über 2 000 DM wurden für die Anzeige unter den Unterzeichnern gesammelt.

Neuss. Zu einer Veranstaltung des Neusser Komitees gegen den § 218 kamen 120 Menschen, 70 trugen sich in die Unterschriftenliste ein.

Offenbach. Zu einer Veranstaltung des KBW in Offenbach kamen über 50 Menschen. 13 wollen im Komitee mitarbeiten.

Braunschweig. In einem Politikseminar an der TU Braunschweig haben von 20 Studenten 15 sich für einen Volksentscheid für die ersatzlose Streichung des § 218 ausgesprochen. Sie trugen sich in die Liste des Braunschweiger Komitees ein.

Köln. Die Vollversammlung der Fachschaft Sozialpolitik an der Universität Köln hat sich am 9.6. mit großer Mehrheit gegen den § 218 und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgesprochen und die Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218 erhoben.

Bochum: Mehrheitlich hat der Fachschaftsrat der Abteilung Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum beschlossen, den Kampf gegen den § 218 unter den Forderungen des Aufrufs der Komitees und Initiativen zu unterstützen.

Neue Komitees und Initiativen

Nach Auskunft des Ausschusses der Komitees und Initiativen gegen den § 218 sind inzwischen in **Achim, Augsburg, Bad Kreuznach, Bergneustadt, Bonn, Koblenz, Opladen, Rastatt, Speyer und Waiblingen** neue Komitees bzw. Initiativen gegründet worden.

"Die AOK will jetzt 25ooDM"

Letzten Oktober, zwei Wochen vor Beginn meiner Ausbildung an den Kliniken, sagte mir mein Frauenarzt, ich sei am Ende des 2. Monats schwanger, ich soll mich doch darüber freuen. Wenn ich dieser "Freude" gefolgt wäre, hätte ich erst gar nicht meine Ausbildung anzufangen brauchen. Und wie sollte ich bei den 515 DM netto im Monat durchkommen mit einem Kind? Die Schülerinnen, die im Schülerinnenwohnheim wohnen, bekommen schon die Hälfte ihres Nettolohnes für Wohnung und Verpflegung abgezogen. Doch nicht nur der Lohn von uns ist knapp bemessen, mit unseren Arbeitszeiten und der Verschärfung der Arbeitshetze sieht es ebenso schlecht aus.

Also hatte ich mich entschlossen abzutreiben. Es war erst einmal schwierig, einen möglichst billigen. Arzt zu finden, da ich nicht mehrere hundert DM zahlen konnte. Wir fanden dann auch einen Arzt, der aber weiter weg von Wiesbaden die Abtreibung vornahm, und es war aufgrund der Entfernung auch nicht möglich, in Nachbehandlung zu gehen.

Drei Tage nach der Abtreibung bekam ich so starke Blutungen, daß ich ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte und mit einer Gebärmutter- und Eileiterentzündung drei Wochen dort bleiben mußte. Als ich dann im Oktober zur ärztlichen Untersuchung mußte, die Bedingung für meine Ausbildung war, mußte ich die Gründe meines Krankenhausaufenthaltes angeben. Die Schulleitung weiß also, daß ich illegal abgetrieben habe und hat dadurch ein Druckmittel, wenn wir uns gegen die schlechten Ausbildungsbedingungen organisieren.

Vor ungefähr zwei Wochen kam von der AOK ein Brief ins Haus, daß sie die 2 1/2 tausend DM, die mein Krankenhausaufenthalt gekostet hat, nicht zahlen wolle, da die Behandlungskosten ja durch eine illegale Abtreibung entstanden seien, sie sei für diese Kosten nicht zuständig.

Hamburg 16.6.: 3500 Schüler im Streik

Welle von Schulstreiks gegen Sparpolitik des Hamburger Senats

Gegen die Sparmaßnahmen des Hamburger Senats im Schulbereich entwickelt sich ein breiter Widerstand.

"Bis zu 40 Klassen werden in Hamburg aufgelöst und die Schüler auf andere Klassen und Schulen umverteilt, wie das Stückgut auf dem Güterbahnhof. In mehreren Fällen werden ganze Schulen geschlossen. Statt der dringend notwendigen kleinen Klassen wird jetzt die Größe pro Klasse auf 36 und mehr Schüler angehoben oder die Kinder erhalten weniger Unterricht – eine Wahl zwischen Pest und Cholera.

Dies sind die Folgen der Einsparung von 737 Lehrplanstellen! Außerdem werden ca. 400 Lehrer allein in Hamburg arbeitslos sein, während in den Volks- und Realschulen kein Lehrer neu eingestellt wird." (Flugblatt der Elterninitiative)

Den Eltern vieler tausend Schüler in Hamburg ist endlich der Geduldsfaden gerissen. Sie lassen sich nicht mehr beschwichtigen von den Sirenentönen eines Landesschulrates Neckel. Sie lassen sich auch nicht einschüchtern durch angedrohte Zwangsmaßnahmen des Senators Apel, der z. B. dem Kreiselternbeirat Wandsbek mit Bußgeldbescheiden (300 DM) droht. Sie gehen nach vorn.

Eine "Initiative von Eltern, Elternvertretern und Elternräten aus über 40 Hamburger Schulen gegen die Sparmaßnahmen" ist mit einem Flugblatt ("Hamburger Eltern wehren sich") an die Öffentlichkeit getreten. (Siehe Zitat am Anfang des Artikels)

Die Initiative hat zu einer Demonstration "aller Eltern, Schüler, Studenten und Referendare" am Mittwoch, den 18. Juni, in der Hamburger Innenstadt aufgerufen. In dem Aufruf heißt es: "Unsere einzige Hoffnung liegt in unserer eigenen Kraft, im breiten, geschlossenen Widerstand, der von möglichst vielen Eltern aktiv getragen wird."

Auf einer Versammlung der Elterninitiative (etwa 150 Teilnehmer), am Abend des 16. Juni, wurde über die verschiedenen Schulstreiks, die im Laufe des Tages stattgefunden hatten, berichtet. In der Schule Angerstraße 33 waren von 315 Schülern nur 47 zum Unterricht erschienen. Schule Krohnsteg: von 480 blieben 75 % dem Unterricht fern. Schule Forsmannstraße: nur 10 % der Schüler erschienen zum Unterricht. Die Eltern schickten hier ein Protestschreiben an Schulsenator Apel und verteilten während des Morgens vor der Schule an Passanten Flugblätter. Schule Schottmüllerstraße: Der Warnstreik wurde von der übergroßen Mehrheit der Eltern und Schüler befolgt, Eltern und Schüler verteilten vor der Schule Flugblätter und trugen Plakate mit ihren Forderungen. Ein Vater berichtete: "Der Hauptkriminalkommissar von der Revierwache nebenan stand in Zivil neben dem Schulleiter."

Die Schüler der Hauswirtschaftsschule Uferstraße traten in den Solidaritätsstreik. 500 Schüler demonstrierten unter Polizeibegleitung gemeinsam zur Schulbehörde. Nur 10 % der Schüler gingen zur Schule. Mit diesem Streik solidarisierten sich wiederum die Schulen Lübeckerstraße, Burgstraße und Johanneum (ein Gymnasium). Von der Harburger Schule fand zwischen 8 und 9 Uhr eine Demonstration von Eltern und Schülern statt.

Die Schule Glinder Au in Billstedt führte ebenfalls einen eintägigen Warnstreik durch. Die Schüler marschierten zu mehreren anderen Schulen des Stadtteils, wo es allerdings Schulleitung und Lehrern gelang, Solidarisierungsstreiks zu verhindern.

Die Schule Ifflandstraße: von 487 Schülern erschienen nur 40 zum Unterricht.

Schule Schimmelmannstraße in Wandsbek: von 560 erschienen 187 Schüler in der Schule. An dieser Schule waren auf Wunsch der Schulleiterin Polizisten in Zivil anwesend. Außerdem wurde berichtet, daß die Schule Bandwirckerstraße in Wandsbek und die Haupt- und Realschule Uferstraße gestreikt haben. Die Gewerbeschule 5 (Friseure, Drucker usw.) führt am Mittwoch nach der 2. Schulstunde gemeinsam mit den Schülern der Schule Burgstraße, die geschlossen werden soll, eine gemeinsame Versammlung durch. Anschließend sollen dort gemeinsam Plakate und Transparente für die Demonstration am Mittwoch gemalt werden.

Die Schulbehörde gab offiziell bekannt, daß an 13 Volks- und Realschulen und an 6 Berufsschulen am 16.6. gestreikt wurde: Über 3 500 Schüler befanden sich im Streik!

Die Springer-Zeitung 'Hamburger Abendblatt' sprach von einem *"Unterrichtsboykott, der in dieser Größenordnung in der Bundesrepublik noch keine Parallele kannte!"*

Die Behörde hatte sich alle Mühe gegeben, die Schulstreiks zu verhindern: Senator Apel hatte noch am letzten Freitag eine halbe Million Flugblätter ("Apell an die Eltern aller Hamburger Schulen") an die Eltern geworfen, wo er unter anderem schrieb: *"Ein rechtswidriger Schulboykott richtet sich letztlich gegen unser frei gewähltes Parlament. Ihre staatsbürgerliche und demokratische Gesamtverantwortung müßte Sie daran hindern, zu einem solchen Mittel zu greifen."*

Verschiedene Oberschulräte, darunter auch ein GEW-Mitglied, verschickten am letzten Freitag Drohbriefe an die Eltern.

Die Eltern der Schule Arnkielstraße antworteten darauf in der Weise, daß sie auf dem Recht auf Schulausbildung beharren, welches durch die Sparmaßnahmen des Senats in eklatanter Weise angegriffen wird. Dafür wollen sie streiken.

An der Schule Schottmüllerstraße wurde den Eltern vom Schulleiter gedroht, sich auf keinen Fall am *"rechtswidrigen Schulboykott"* zu beteiligen. Ein Vater: "Ich habe das nicht ernst genommen, sondern das Schreiben in den Papierkorb geworfen!"

Trotzdem, einige Eltern ließen sich durch solche Einschüchterungsversuche von der Teilnahme am Schulstreik abhalten. In einigen Schulen wurde der beabsichtigte Warnstreik dann doch nicht abgehalten. Aber die große Masse der Eltern beteiligte sich unbeirrt an den Warnstreiks in Hamburg. Eine Mutter sagte zu dem Brief des Schulsenators, der unter empörten Zwischenrufen und Gelächter nochmals verlesen wurde: "Die Kosten für dieses Flugblatt bedeuten für unsere Schule ein Jahr Lernmittelfreiheit." Als ein Vater meinte, da man ja doch sich irgendwie an den Sparmaßnahmen beteiligen müsse, sollte man sich überlegen, wo denn besser gespart werden solle statt an der Einsparung der Lehrer, sprang eine Elternvertreterin wütend auf und rief unter dem Beifall der Versammelten: "Wenn wir der Schulbehörde auch nur einen Bleistift oder Radiergummi entgegenkommen, dann haben wir das Schulgeld im Haus. Wir dürfen keinen Zentimeter zurückweichen!"

–V., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Hamburg–

Demonstration gegen Nichteinstellungen

Braunschweig. Am 10.6. demonstrierten in Braunschweig 1 200 Studenten aller Braunschweiger Hochschulen gegen die Absicht des Kultusministeriums, 2 600 Lehramtsanwärter nicht einzustellen. Sie forderten die Einstellung aller Lehramtsbewerber und Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Lehrer. Die Landesregierung wurde aufgefordert, alle ihre Pläne bezüglich der Nichteinstellung von Lehrern offenzulegen.

Wahlen an der Fachhochschule Ostfriesland

Emden. Am 4. und 5. Juni fanden in Emden an der Fachhochschule Ostfriesland die ASTRA-Wahlen (Vertretung der Studentenschaft) statt. Die Initiative für einen Kommunistischen Studentenbund beteiligte sich gemeinsam mit den Sozialistischen Studentenrat auf einer gemeinsamen "Linken Liste" an der Wahl. Das Wahlergebnis fiel folgendermaßen aus: Sozialistischer Hochschulbund 47,2 %, Linke Liste 39,6 %, MSB Spartakus 13,2 %.

Studentenparlamentswahlen an der TH Darmstadt

Darmstadt. An der Technischen Hochschule Darmstadt fanden vom 10. bis 13.6. die Wahlen zum Studentenparlament und den Fachschaftsvertretungen statt. Die Wahlbeteiligung, die bei der letzten Wahl 27,19 % betragen hatte, stieg diesmal auf 42 %.

Nach dem vorläufigen Ergebnis erhielt von den 40 Sitzen der RCDS 13. Die Jusos, die im Vorjahr gemeinsam mit dem SHB 7 Sitze hatten, erhielten jetzt 12 Mandate. Der MSB Spartakus erhielt 2, die Basisgruppen 8 Mandate. Die KHG, die im letzten Jahr die Arbeit aufgenommen hatte und bei den Wahlen ohne Mandat ausgegangen war, erhielt diesmal einen Sitz.

ausgegangen war, erhielt diesmal einen Sitz.

Erfolgreicher Streik

Heidelberg. Die Studenten der Pädagogischen Hochschule Heidelberg haben vom 12. bis 14. 6. einen aktiven Streik gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen und die Nichteinstellung von Lehrern durchgeführt. Während des Streiks konnten viele Studenten in die Auseinandersetzung um diese Fragen einbezogen werden, worin ein Erfolg dieses Streiks liegt. Andererseits gelang es, die Verschärfung der Studienbedingungen durch eine neue Studienordnung zumindest vorläufig zu verhindern. Trotzdem ist die neue Studienordnung noch nicht endgültig vom Tisch und Ministerium und Rektorat werden alles daransetzen, doch noch ihre Sparmaßnahmen auf Kosten der Studenten durchzusetzen. Dagegen müssen sich die Studenten wappnen, wozu sie vor allem einen AStA wählen müssen, der sich umfassend für die Interessen der Studenten auf der Linie der bisher geführten Kämpfe einsetzt. Ein Wahlprogramm für einen solchen AStA hat die Kommunistische Hochschulgruppe vorgelegt.



Während in Baden-Württemberg mehrere Hundert Lehramtsbewerber nicht eingestellt werden sollen und die Landesregierung mit Sparmaßnahmen die Studienbedingungen immer mehr verschlechtert und verschärft, feierten "1 100 geladene Gäste" den 150. Gründungstag der Universität Karlsruhe. Die Studenten nützten diese Gelegenheit, um ihren Protest gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen auf die Straße zu tragen. Durch den Einsatz von Polizei schützte die Behörde den unter den Gästen anwesenden Kultusminister Hahn vor den Studenten, die ihn zur Rede stellen wollten.

Sternmarsch

Dortmund. Am 11. Juni demonstrierten nach Angaben der Polizei und der bürgerlichen Presse etwa 20 000, nach Angaben der DKP-Zeitung 'UZ' und der DKP-Studentenorganisation Spartakus 36 000 Studenten gegen unzureichende Ausbildungsförderung, fehlende Studienplätze und reaktionäre Maßnahmen an den Hochschulen. Hauptforderung der Demonstration war: Für mehr Ausbildungs- und Studienplätze.

Durchgeführt wurde diese Demonstration von einer Gruppe der westdeutschen Studentenvertretung und den DKP-Studenten, nachdem der Vorschlag dieser Demonstration bereits im Mai auf der Gründungsversammlung des neuen Studentenverbandes VDS von der Mehrheit abgelehnt wurde. Die "Vereinigte Deutsche Studentenschaft" (VDS) hat auf der Gründungsversammlung eine zentrale Aktion für das Wintersemester gegen die sich verschlechternden Studien- und Lebensbedingungen an allen Hochschulen beschlossen.

Fachhochschule Aachen:

"Notordnung" in Kraft

Seit 4 Jahren arbeitet die Studentenschaft der Fachhochschule in Aachen auf der Grundlage einer Satzung, die das Wissenschaftsministerium nicht anerkennt. Jetzt hat das Ministerium eine "Notordnung" in Kraft gesetzt.

Seit 1972 liegt beim Ministerium die Satzung der Studenten der Fachhochschule Aachen vor. Bis heute hat es sie nicht genehmigt, weil die Studenten in dieser Satzung ihr Recht, umfassend zu allen politischen Fragen Stellung zu nehmen und ihre Vertreter direkt kontrollieren und abwählen zu können, verankert haben. Durch die Nichtanerkennung der Satzung will das Ministerium verhindern, daß die Studenten eine Vertretung haben, die ihre Interessen gegenüber dem bürgerlichen Staat geltend macht. Jetzt hat das Ministerium eine Notordnung herausgegeben, die vorsieht, daß der AStA direkt vom Ministerium durch den Rektor eingesetzt wird.

Der Rektor hat diese Ordnung gleich angewandt und sechs rechte Studenten, die als studentische Mitglieder im Senat sitzen, als Not-AStA eingesetzt, obwohl es einen gewählten AStA gibt.

Ganz wohl ist es auch den sechs notverordneten AStA-Mitgliedern bei ihrer Zusammenarbeit mit Ministerium und Rektor gegen die Studenten nicht.

So haben sie erklärt, daß sie als Grundlage für ihre Tätigkeit eine Vollversammlung wünschen, auf der sie als AStA abgesegnet werden sollen.

Der Wunsch kann erfüllt werden. Der amtierende und gewählte AStA hat für Donnerstag zu einer Vollversammlung aufgerufen, auf der die Lage beraten und beschlossen werden soll, daß die Studenten auf der Grundlage ihrer bisherigen selbsterarbeiteten demokratischen Satzung weiter arbeiten.

Man wird dem Not-AStA, statt daß man ihn absegnet, eine Abfuhr erteilen müssen. Dazu wird bei den anstehenden AStA-Wahl ein AStA gewählt werden, der auf der Grundlage der alten Satzung arbeitet und als Instrument der Studenten im Kampf um die Erhaltung der Verfasssten Studentenschaft dient.

Streiks gegen Maulkorberlaß

3500 demonstrierten am 12.6. gegen den Erlaß

Vor drei Wochen wurden Gebäudebenutzungsrichtlinien für die Hochschulen Schleswig-Holsteins vom Kultusministerium erlassen. Mit diesem Maulkorberlaß will das Ministerium jede ihm nicht genehme politische Betätigung an der Hochschule unterbinden. Innerhalb einer Woche bildete sich in ganz Schleswig-Holstein eine breite Front gegen den Erlaß.

Gewerkschaftsgremien, Personalräte, nahezu alle Hochschulgruppen und alle ASten der Hochschulen in Schleswig-Holstein fordern an der Pädagogischen Hochschule Kiel die Zurücknahme des Erlasses. In einer Urabstimmung an allen Hochschulen wurde mit einer Ausnahme überall ein dreitägiger Streik beschlossen.

An der Fachhochschule Kiel und an der Pädagogischen Hochschule verlief der Streik ruhig. Dagegen wurde an der Universität, wo der Streik am Mittwoch begann, vom ersten Tag an mit massivsten Mitteln versucht, den Streik zu zerschlagen.

Das begann mit der Drohung in den Praktika, wer fehle, dem würde das ganze Semester nicht anerkannt, Scheine würden nicht vergeben usw. Rechte Professoren liefen mit kamerabewaffneten Assistenten herum und versuchten jeden zu photographieren, der sich irgendwie am Streik beteiligte. Rechte Studenten organisierten Streikbrechertrupps, die teilweise mit Gewalt in Vorlesungen eindrangen, selbst in solche, in denen sie vorher gar nicht gewesen waren, und verlangten, daß die Vorlesung stattfinden müsse.

Trotz des Zusammenwirkens von Universitätsleitung, rechten Professoren und Studenten stand der Streik am ersten Tag und über 90 % der Vorlesungen und Veranstaltungen fielen aus. In Arbeitskreisen und Veranstaltungen diskutierten die Studenten die Lage und viele Studenten wurden so in den Streik einbezogen.

An einem Streiktag, Donnerstag, dem 12.6., demonstrierten dann 3 500 Studenten und Angestellte der Schleswig-Holsteinischen Hochschulen gegen den Maulkorberlaß für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung an den Hochschulen. Auf der Schlußkundgebung wurde eine Grußadresse der Jugendvertretung der Howaldtwerke-Deutsche Werft, des größten Kieler Betriebs, und eine Grußadresse des Fachgymnasiums Gellertstraße verlesen.

Schließlich wurde dem AStA per Gerichtsbeschluß auferlegt, den Streik abzubrechen und ansonsten 1 000 DM für jede Störung zu bezahlen. Am Freitag nachmittag, als der Streik schon beendet und nur noch wenige Studenten in der Uni waren, wurde Polizei eingesetzt, um den Beschluß des Gerichts durchzusetzen.

Es ist klar, daß durch den Streik der Erlaß noch nicht vom Tisch ist. Mit Vollversammlungen, Wandzeitungen, Flugblättern und breiten Diskussionen, in denen die politische Auseinandersetzung ungehindert sich entwickeln konnte, haben die Studenten den Behörden aber deutlich gemacht, daß sie einen Erlaß, der sie zu Duckmäusern machen soll, nicht hinnehmen werden. Der Streik hat so die Front derjenigen, die sich in der Wahrnehmung ihrer Rechte dem Staat entgegenstellen, der ihnen diese Rechte beschneiden will, verstärkt.

–K., Rote Zellen Kiel/Red.–

Dienstverbot für 4 Mannheimer Soldaten

Vorbereitung zur Entlassung aus der Armee / 10 Soldaten werden zu Aussagen gezwungen

Mannheim. Im Zusammenhang mit den Durchsuchungen von Spinden, Kraftfahrzeugen und Leibesvisitationen im Schweren Fernmeldebataillon 970 und der Centag (NATO-Kommando) in Mannheim war bei einem Soldaten der Ausbildungskompanie 971 eine Unterschriftenliste mit der Forderung nach Rücknahme von Disziplinarstrafen wegen Teilnahme an einer 1. Mai-Kundgebung sowie der Forderung nach freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung für alle Soldaten gefunden worden.

Auf dieser Liste hatten 10 Rekruten unterschrieben! Jeder dieser Soldaten wurde einzeln vom Kompaniechef vernommen. Sie wurden per Befehl verpflichtet auszusagen und preiszugeben, wer die Unterschriften gesammelt hat. Dabei versuchte er besonders belastende Formulierungen in die Vernehmungsprotokolle zu bringen. So versuchte er Aussagen zu bekommen, welche darauf hinausliefen, daß die Unterschriften erzwungen worden wären.

Während einer Parole trat dann unser Kompaniechef (Schüttelfrost) vor die Kompanie und hielt eine Ansprache "über die nicht alltäglichen Vorgänge in der Ausbildungskompanie 971". Er warnte eindringlich vor der "vom KBW gesteuerten Antimilitaristischen Gruppe Mannheim". Als er behauptete, die AGM hätte das Ziel, die Kameraden in Schwierigkeiten zu bringen, um sie für ihre Zwecke auszunutzen, und deshalb hätte es die Unterschriftensammlung gegeben, wurde uns klar, was für verlogene Gestalten diese Herren Offiziere doch sind.

Die Kameraden Feuling und Valoch aus unserer Kompanie und der Gefreite Weckemann von der 2. Kompanie des schweren Fernmeldebataillons 970 saßen währenddessen im Cafe Viereck. Sie haben nach Absitzen ihrer Disziplinarstrafen und nach weiterem Verhör durch den Bataillonskommandeur Dienstverbot bekommen. Ebenso der Vertrauensmann der 3. Kompanie.

Alle vier müssen sich an ihrem Wohnort aufhalten, weil sie die militärische Sicherheit und Ordnung sowie Disziplin gefährden würden. Sie sollen wohl keine Gelegenheit erhalten, sich mit Kameraden zu treffen, damit in aller Ruhe ihre Entfernung aus der Bundeswehr und ein Strafverfahren wegen Zersetzung gegen sie eingeleitet werden kann. Ein Soldat der Centag, welcher einige der betroffenen Kameraden aus der Schule kannte, und sich mit ihnen einmal in der Wohnung des presserechtlich Verantwortlichen der Mannheimer Soldatenzeitung (MSZ) getroffen hatte, erhielt eine Disziplinarstrafe in Höhe des monatlichen Wehrsoldes (165 DM) und wird versetzt. Begründung: er hätte von ihrer Gesinnung gewußt und das nicht sofort gemeldet.

—Funker E.—



Hannover. Über hundert Soldaten demonstrierten am vergangenen Samstag an der Seite der arbeitenden Jugend in Hannover. Ihre Forderungen, die sie auf Transparenten auf die Straße trugen, waren:

Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit!
Kündigungsrecht für Zeitsoldaten!
Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr!

Sehr lautstark aber setzten sie sich gerade für die Forderungen der Arbeiterjugend ein. Immer wieder riefen sie: "Einheitsschule – Volkskontrolle!"

Gerade die Wehrpflichtigen haben allen Grund, gegen die Verhältnisse aufzutreten. Mit 165 bis 200 DM Wehrsold sind sie gezwungen, in den Kasernen zu bleiben. Ihre schlechte materielle Lage treibt die Lostrennung vom Volk voran. Auch die private Verfügung der Kapitalisten über die Ausbildung zwingt sie immer wieder, Zeitsoldaten zu werden, wenn sie keine Lehrstelle oder nach Abschluß der Lehre keinen Arbeitsplatz bekommen.

Die Soldaten marschierten zuerst in kleineren Trupps über die ganze Demonstration verteilt. Am Ende gelang es jedoch, einen einzigen zusammenhängenden Soldatenblock zu bilden.

S., Mitglied des Soldaten- und Reservistenkomitees Hannover

Kantinenboykott

Oldenburg. *Die Mannschaften des Feldartilleriebataillons 111, Beobachtungsbatterie 11 und Artillerieregiments 11 führen seit dem 11. Juni 1975 einen Kantinenboykott durch, um so mit Nachdruck die anliegend aufgeführten Forderungen zu unterstützen.*

Im folgenden eine Resolution der Mannschaftsdienstgrade des Feldartilleriebataillons 111, des Artillerieregiments 11 und der Beobachtungsbatterie 11, die der Presse zuging und die wir hier im Wortlaut wiedergeben:

"Im Kantinenwesen der Bundeswehr bestehen untragbare Zustände. Die Preise von Waren jeglicher Art sind für uns Soldaten, besonders für die Wehrpflichtigen, viel zu hoch, weil wir, im Gegensatz zu den Heimgesellschaften der Offiziere und Unteroffiziere, die Pacht- und Personalkosten, Kosten für Zusatzeinrichtungen und den Gewinn des Kantinenpächters beim Kauf von Kantinenwaren mitbezahlen müssen. Wir haben keinerlei Einfluß auf die Kantinenpreise, die räumliche Gestaltung der Kantinen und sämtliche anderen Kantinenfragen.

Deshalb fordern die Mannschaftsdienstgrade des Feldartilleriebetaillons 111, des Artillerieregiments 11 und der Beobachtungsbatterie 11:

1. Übernahme der Kantinen durch den Bund bzw. die STOV (Standortverwaltung). Einkauf von Kantinenpreisen durch die STOV. Verkauf sämtlicher Kantinenwaren zum Einkaufspreis.

2. Übernahme des Kantinenpersonals als Angestellte des Bundes und ihre Bezahlung durch den Bund. Übernahme des Kantinenpächters als Geschäftsführer mit Provisionsgehalt/Grundgehalt.

3. Bezahlung sämtlicher Unkosten durch den Bund.

4. Selbstbestimmungsrecht der Mannschaften über die Mannschaftskantinen. Organ dazu soll ein von den Mannschaften gewählter Kantinenausschuß sein. In den Kantinenausschuß sollen aus jeder Batterie zwei Soldaten gewählt werden. Sie sind ihren Kameraden gegenüber rechenschaftspflichtig und können jederzeit von der Mehrheit ihrer Wähler abgewählt werden. Der Kantinenausschuß soll an die Aufträge, die ihm von den Mannschaften seiner Batterie gegeben werden, gebunden sein.

5. Der Kantinenausschuß soll das Hausrecht über die Mannschaftskantinen haben."

Kampf gegen das Militärgesundheitswesen

Die "freie Heilfürsorge" ist ein Mittel der Schikane und Unterdrückung der Soldaten / Freie Arztwahl für alle Soldaten

Unter der Parole der "freien Heilfürsorge" betreibt der kapitalistische Staat auch die medizinische Versorgung der Soldaten. Für die Zeit des Wehrdienstes müssen die Soldaten die Allgemeinen Krankenkassen verlassen.

Was hat es mit der freien Heilfürsorge auf sich? Nichts weiter, als daß der Berufs- und Zeitsoldat keine Krankenversicherungsbeiträge zu zahlen braucht und der W-15er von seinem kärglichen Sold keine bezahlen kann. Also muß der kapitalistische Staat, um seine Armee funktionsfähig zu halten, die medizinische Versorgung der Soldaten selbst bezahlen. Das macht er freilich nicht, ohne dem Soldaten noch mehr Rechte zu nehmen und ihn selbst noch als Kranken unter Kontrolle zu haben. Das Ergebnis ist das Militärgesundheitswesen.

Das Militärgesundheitswesen hat vor allem drei Aufgaben:

Erstens: im Kriegsfall die Soldaten besser zur Verfügung zu haben. Daß die Bourgeoisie im Kriegsfall nicht davor zurückschreckt, Kranke und Invaliden an die Front zu schicken, kennen wir aus der Geschichte ja zur Genüge.

Zweitens: Die Kosten für die medizinische Versorgung sollen so niedrig wie möglich gehalten werden. Das sieht man am besten in den San-Revieren der Bataillone, wo die Soldaten täglich zusammengeflickt werden, die mehr als dürftige Ausstattung, zu wenig Ärzte, zu wenig Vorräte an Arzneimitteln usw.

Drittens: Es soll verhindert werden, daß sich die Soldaten unter dem Vorwand der Krankheit vom Dienst abseilen. In einer Armee, die die Soldaten von zu Hause trennt und in Kasernen sperrt, die den täglichen Dienst nur mit Druck und Schikanen aufrechterhalten kann, in einer solchen Armee ist es selbstverständlich, daß viele Soldaten versuchen, unter dem Vorwand einer Krankheit zusätzlichen Urlaub zu machen. Um dem entgegenzuwirken, gibt es im Krankheitsfall neben dem stationären Aufenthalt in Lazarett und San-Revier verschiedene Abstufungen der Dienstbefreiung.

Die medizinische Versorgung ist völlig unzureichend

Die verschiedenen Formen des Krankgeschriebenwerdens erstrecken sich von der Befreiung des Stahlhelmtragens angefangen über Marsch-, Sport- und Außendienstbefreiung bis zur vollen Dienstunfähigkeit. Letztere ist natürlich "am beliebtesten", da sie oft mit dem sogenannten "Heimkrank"-Sein verbunden ist. Das bedeutet, daß man die Krankheitszeit zu Hause verbringen kann.

Um zu verhindern, daß die Soldaten das "Heimkrank" so erreichen, daß sie während des Wochenendurlaubs zum Hausarzt gehen und sich von diesem Transportunfähigkeit bescheinigen lassen, muß man sich auch zu Hause erst an den nächsten Truppenarzt wenden. Erst der kann die Erlaubnis geben, einen Zivilarzt aufzusuchen. Geht man direkt zum Zivilarzt, läuft man Gefahr, die Behandlung aus eigener Tasche zahlen zu müssen. Trotzdem versuchen immer wieder viele Soldaten auf diesem Weg, einige Tage zu Hause bleiben zu können.

Die oben aufgezählten Abstufungen des Krankschreibens werden von vielen Truppenärzten nur ungern angewandt. Anscheinend haben deren vorgesetzte Stellen so etwas wie stillschweigende Durchschnittsnormen für die Häufigkeit der Dienstbefreiungen. So wird das Krankschreiben oft zum Lotteriespiel. Mal kommt man mit Schnupfen stationär ins San-Revier (vor allem am Wochenende, wenn man an und für sich nach Hause will), manchmal wird man total erkältet und mit Kopfschmerzen nur mit Pillen versorgt.

Die vom Arzt verschriebenen Dienstbefreiungen werden im Kompaniedienst oft noch durchlöchert. Kompaniechef und Spieß haben Mittel genug, um einem das Krankfeiern zu vergällen. In einigen Kompanien zum Beispiel hängt am schwarzen Brett folgender Befehl: "Innendienstkranke haben besonderen Anspruch auf Maßnahmen zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit. Hierzu gehört u. a. das Versagen von Nachtausgang." Ein weiteres Mittel ist ein roter Stempel vom Arzt, der besagt, daß "Urlaub ärztlicherseits nicht angeraten" ist. Das alles führt zum Beispiel dazu, daß donnerstags und freitags in der Behandlungsstunde kaum jemand sitzt. Nicht weil es an diesen Tagen weniger Kranke gibt als montags, sondern weil man ums Wochenende fürchten muß.

Ein alltägliches Beispiel

Wie es um die medizinische Versorgung in der Bundeswehr steht, erfährt man am besten, wenn man längere Zeit ambulant behandelt werden muß. Das folgende Beispiel gehört sicher nicht zu den Ausnahmefällen.

Ein Kamerad mit einer chronischen Entzündung an den Augenlidern bekam erstmal verschiedene Salben verschrieben. Eine Befreiung zum Beispiel von Tränengasproben, Panzerfahren oder Staubeinwirkungen hielt der Truppenarzt nicht für nötig. Für ihn war das erstmal "nichts Besonderes".

Als es nicht besser wurde, wollte der Kamerad zum Facharzt gehen. Er bekam auch die Genehmigung des Truppenarztes, was durchaus nicht selbstverständlich ist. Der Augenarzt stellte fest, daß die Entzündung eine üble Sache werden könnte. Er empfahl für einen Tag vollständige Dienstunfähigkeit, eine längere Außendienstbefreiung und eine andere Therapie. Der Facharzt kann aber nur empfehlen. Dem Truppenarzt steht es frei, danach zu handeln.

Dieser strich dann auch erst mal die empfohlene vollständige Dienstunfähigkeit, an die Außendienstbefreiung hielt er sich. Die verschriebene Salbe war nicht vorrätig, sterile Watte wird im San-Revier nicht geführt, stattdessen gibt es zerschnittenes Verbandszeug.

Da der Kamerad aber schon ahnte, daß die verschriebene Salbe nicht vorrätig ist, die Bestellung oft zwischen einer halben Woche und länger dauert, hat er sie sich vom eigenen Geld geholt. Das bekam er dann nicht ersetzt; Ein leicht ätzendes Mittel (Silbernitrat) war als Tropfen nicht da; es wurde dann eben als Stift ausgegeben. Die Handhabung wurde nicht erklärt, auch nicht, daß es ätzt. Die dadurch entstandene unsachgemäße Handhabung durch den Kameraden führte zu einer leichten Verätzung am Augenlid. Daraufhin verlangte der Kamerad wieder eine Facharztbehandlung.

Diesmal saß dort ein anderer Truppenarzt. Der sagte nein, das Mittel sollte erst nochmal probiert werden. Zwei Tage später genehmigte ein anderer Arzt (der dritte im Lauf einer Woche) schließlich die Untersuchung und sagte, er solle das Mittel wegschmeißen.

Da der Kamerad nur noch kurze Zeit bei der Bundeswehr ist, wollte er zu einem Arzt in seiner Heimatstadt, da der ihn auch später weiter behandeln müsse. Nach langem Hin und Her, nachdem der Kamerad sagte, daß es ja höchstens für zwei oder drei Mal wäre und auch keine zusätzlichen Kosten entstünden, genehmigte er schließlich. Dabei muß aber jede einzelne Behandlung erneut genehmigt werden.

Dieses Beispiel zeigt, daß es nicht damit getan ist, für Verbesserungen des Militärgesundheitswesens zu kämpfen.

Sicherlich ist es eine richtige Sache, einen täglichen Kleinkrieg zu führen für Verbesserungen in der medizinischen Versorgung, besonders krasse Auswüchse massiv zu bekämpfen, mit dem Ziel ihrer sofortigen Beseitigung. Aber das reicht nicht aus, denn das Militärgesundheitswesen in seiner Gesamtheit ist die Wurzel des Übels.

Wie muß der Kampf geführt werden?

Es ist heute unsere Aufgabe, die Zustände im Militärgesundheitswesen zu enthüllen und anzuprangern mit dem Ziel, die Soldaten und das Volk zusammenzuschließen für die Forderung nach der Abschaffung des Militärgesundheitswesens. Der Staat darf nicht länger das Recht haben zu bestimmen, zu welchem Arzt die Soldaten gehen können. Wir müssen die Forderung erheben nach freier Arztwahl für alle Soldaten.

Aber auch das allein ist nicht ausreichend. Wir brauchen uns nur vor Augen zu halten, daß die selben Ärzte, die heute in der Bundeswehr Dienst tun, später oft als frei praktizierende Ärzte oder in Krankenhäusern arbeiten. Der Unterschied wird nicht wesentlich sein. Denn der Arzt, der zwar im Rang eines Offiziers steht, aber oft W-15er ist und an und für sich gar nichts zu verlieren hat; wenn ein solcher Arzt sich für die Soldaten nicht einsetzt und nach oben buckelt, dann wird er als ziviler Arzt den Patienten nur mehr Honig ums Maul schmieren.

Deshalb muß auch in den Kasernen der Kampf aufgenommen werden für die "Übertragung des Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Krankenkasse, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird", "für die Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten, sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben und Einrichtungen handelt, durch den Staat". Solange das stehende Heer existiert, müssen wir die Forderung erheben nach Übertragung der medizinischen Versorgung und Betreuung der Soldaten an die oben geforderte Krankenkasse. Die Durchsetzung dieser Forderung wird dem Staat ein Mittel zur Unterdrückung der Soldaten aus der Hand reißen. Sie wird die Trennung der Soldaten vom Volk in der medizinischen Versorgung aufheben und sie besser befähigen, den Kampf für die Abschaffung der Bundeswehr und ihre Ersetzung durch die allgemeine Volksbewaffnung zu führen.

—U.S., Soldaten- und Reservistenkomitee Augustdorf—

Vaterlandsverteidiger der Gruppe Rote Fahne:

Ungeordnete Flucht nach vorn

Der Beitrag der Arbeiterklasse und des Volkes in der BRD im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniestreben der Supermächte muß im Sturz der Bourgeoisie in der BRD bestehen

Bekanntlich hat die Gruppe Rote Fahne eine neue theoretische Entdeckung gemacht: Aus der Existenz der beiden Supermächte folge für die Arbeiterklasse in Westdeutschland die Aufgabe, gemeinsam mit den Monopolkapitalisten und unter Führung des imperialistischen Staatsapparates das Vaterland zu verteidigen.

In der KVZ haben wir uns mit dieser Auffassung bereits mehrmals auseinandergesetzt. Die verschiedenen Artikel dazu sind jetzt von uns als Broschüre veröffentlicht worden. Diese Broschüre hat den Titel: "Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie oder 'Vaterlandsverteidigung' des BRD-Imperialismus=".

Wie reagiert die Gruppe Rote Fahne auf die ausführliche Widerlegung ihrer falschen Auffassungen? Sie reagiert mit einer ungeordneten Flucht nach vorn. Diese Flucht nach vorn versucht sie durch eine Nebelwand zu sichern. So beschreibt sie zum Beispiel unsere Auffassungen folgendermaßen: *"Wer die Notwendigkeit der internationalen Einheitsfront gegen die Supermächte leugnet, leugnet die Kriegsgefahr, leugnet die Theorie der drei Welten und damit auch die Ungleichmäßigkeit der imperialistischen Entwicklung."*

Der Krieg bringt für die Arbeiterklasse die Revolution hervor und nicht die Vaterlandsverteidigung

Tatsache ist, daß die Auseinandersetzung gar nicht darum geht, **ob** sich der Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus ungleichmäßig entwickelt, **ob** es richtig ist, heute von drei Welten auszugehen, **ob** die Gefahr eines Krieges besteht und **ob** es notwendig ist, eine internationale Einheitsfront gegen die Supermächte aufzubauen.

Die Differenzen liegen in Wirklichkeit ganz anders: Wir gehen von der Existenz von Kolonialismus, Imperialismus und dem Hegemoniestreben der beiden Supermächte aus und von der Notwendigkeit der Herstellung einer Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte. Die Gruppe Rote Fahne geht lediglich von der Existenz der beiden Supermächte aus und schränkt dementsprechend die Ziele der Einheitsfront ein; wir gehen aus von der Tatsache, daß sowohl die Faktoren für den Krieg als auch die Faktoren für die Revolution sich entwickeln und daß die Revolution entweder den Krieg verhindern wird oder der Krieg die Revolution hervorbringen wird; die Gruppe Rote Fahne sieht nur die Entwicklung der Faktoren für den Krieg, und dementsprechend bringt für sie der Krieg auch nicht die Revolution hervor, sondern die "Vaterlandsverteidigung". Wir gehen davon aus, daß die Arbeiterklasse die Widersprüche zwischen den Imperialisten für die Entfaltung des Klassenkampfes nutzen muß; die Gruppe Rote Fahne geht davon aus, daß sich die Arbeiterklasse auf die Seite der "schwächeren" Imperialisten stellen und zu diesem Zweck ein Bündnis mit diesen "schwächeren" Imperialisten anstreben muß, wir gehen davon aus, daß es die Aufgabe der Arbeiterklasse in der imperialistischen BRD ist, die Revolution zu machen, um die unwiderstehliche Strömung "Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution" voranzubringen; die Gruppe Rote Fahne geht davon aus, daß diese Strömung an der Seite der Imperialisten gefördert werden könne. Wenn wir sagen, daß die beiden Supermächte der Hauptfeind der Völker sind und daß von ihnen die Hauptkriegsgefahr ausgeht, dann heißt das für uns nicht, daß sie der einzige Feind sind und nur von ihnen die Kriegsgefahr ausgeht; wir sagen: Der konkrete Beitrag der Arbeiterklasse und des Volkes in Westdeutschland im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und gegen das Hegemoniestreben der Supermächte muß im Sturz der Monopolbourgeoisie in Westdeutschland bestehen; für die Gruppe Rote Fahne ist der Hauptfeind der Völker der einzige Feind, und den konkreten Beitrag der Arbeiterklasse und des Volkes in Westdeutschland im Kampf gegen den Hauptfeind vermag sie nicht zu erkennen. Was nun die beiden Supermächte betrifft, so gehen wir davon aus, daß beide Supermächte der Hauptfeind der Völker sind und daß vom **Ringen** beider Supermächte um die Weltherrschaft die Hauptkriegsgefahr ausgeht; die Gruppe Rote Fahne dagegen geht praktisch davon aus, daß der Sozialimperialismus allein der Hauptfeind der europäischen Völker ist und daß vom Sozialimperialismus allein die Hauptkriegsgefahr ausgeht; dementsprechend treten wir ein für den Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und für den Austritt der BRD aus der NATO, um die proletarische Revolution vorzubereiten und zu erleichtern; die Gruppe Rote Fahne dagegen tritt immer deutlicher für eine Stärkung der NATO ein, nicht nur um den BRD-Imperialismus zu verteidigen, sondern um ihn **im Bündnis** mit der einen Supermacht gegen die andere zu verteidigen; wir gehen davon aus, daß die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik sich in der Etappe der Vorbereitung der sozialen Revolution des Proletariats befindet und alle Fragen der Demokratie dieser Aufgabe unterordnen muß, sei es die nationale Frage oder sei es die Frage der Volksbewaffnung; die Gruppe Rote Fahne dagegen geht zunehmend davon aus, daß sich die Arbeiterklasse in der BRD in einer Etappe des antiimperialistischen Befreiungskampfes gegen den Sozialimperialismus befindet und in dieser Etappe die "Vaterlandsverteidigung" an der Seite der westdeutschen Monopolbourgeoisie auf der Tagesordnung steht.

Ein imperialistisches Land kann keinen gerechten Krieg führen

Dies sind die Differenzen, und diese Differenzen versucht die Gruppe Rote Fahne zu vertuschen. Dazu ist ihr keine Lüge zu plump. So schreibt sie z.B.: *"Bekanntlich ging aber Lenin auch in der Analyse der internationalen Beziehungen dialektisch vor, denn er schloß einen 'gerechten Verteidigungskrieg' auch unter imperialistischen Bedingungen nicht prinzipiell aus. Schmierer tut das."*

Bekanntlich hat Lenin jedoch einen gerechten Verteidigungskrieg eines **imperialistischen** Landes und einer imperialistischen Koalition sehr wohl ausgeschlossen. Was er nicht "ausgeschlossen" hat, sind Befreiungskriege unterdrückter Völker und gerechte Verteidigungskriege nichtimperialistischer Länder. Genauso auch sehen wir diese Frage. Wir sind der Auffassung, daß der BRD-Imperialismus einen imperialistischen Krieg führen wird, weil seine Politik eine imperialistische ist und der Krieg nichts anderes ist als die Fortsetzung der Politik. Daraus folgt, daß der BRD-Imperialismus keinen gerechten Krieg führen wird. Daraus folgt überhaupt nicht, daß es überhaupt keine gerechten Kriege mehr geben würde. Einen solchen Unsinn über unsere Auffassungen können nur berufsmäßige Schwindler verbreiten.

Der Schwindel wird nichts nützen

Da die Gruppe Rote Fahne bei ihrer Politik der Klassenversöhnung von uns gestellt worden ist, greift sie zu immer neuen Mitteln der Verteidigung ihrer "Vaterlandsverteidigung". So schreibt sie: *"Diese Äußerungen eines Zirkels, der sich 'links' und 'kommunistisch' nennt* (gemeint sind die Äußerungen von Mitgliedern des KBW) *sollen nur vordergründung unsere Partei treffen in Wirklichkeit geht es gegen die VR China."* Diese Behauptung ist weniger eine Dreistigkeit gegenüber dem KBW als eine Dreistigkeit gegenüber der Volksrepublik China. Jetzt soll wohl die Volksrepublik China jeden Unsinn, den die Gruppe Rote Fahne in die Welt setzt, verantworten? Und wer Unsinn Unsinn nennt, greift "in Wirklichkeit" die Volksrepublik China an?

Die Gruppe Rote Fahne hat ihren jüngsten Artikel "Zur Entwicklung des 'Kommunistischen Bundes Westdeutschland' (KBW)" mit der Überschrift versehen: "Der Weg von Kautsky zu Trotzki ist gradlinig!". Wir wissen natürlich gut, daß solche Methoden durchaus eine gewisse Wirksamkeit haben und daß sie vor allem gut geeignet sind, die Mitglieder der Gruppe Rote Fahne auf die Linie dieser Gruppe einzuschwören und der Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen. Aber genauso gut wissen wir, daß diese Methoden bisher weder verhindern konnten, daß der Kommunistische Bund Westdeutschland Fortschritte beim Aufbau der Kommunistischen Partei macht, noch verhindern konnten, daß es der Gruppe Rote Fahne immer wieder geht wie dem König ohne Kleider in dem bekannten Märchen.

J.S.

Alte, verlogene Geschichten

Unter dem Eindruck der überwältigenden Siege des vietnamesischen Volkes gab es in der bürgerlichen Presse zeitweilig und zu einzelnen Vorfällen eine halbwegs ehrliche Berichterstattung. Der Sieg des Volkes brauchte eine Erklärung und ein Fetzen von der Wahrheit mußte durchgelassen werden. Jetzt schlägt die Entwicklung um. Am deutlichsten ist das am "Spiegel" zu verfolgen, der für kurze Zeit wahrheitsgemäß aus Saigon berichtet hatte. Jetzt findet sich im Heft vom 2.6.1975 folgende Meldung:

"Es wird nicht mehr gefeiert, es wird umerzogen: Beamte, Soldaten, Studenten, Kinder. Im Chinesenviertel Cholon mußten 5- bis 10-jährige Schüler morgens um 5 Uhr in der Schule erscheinen, die meisten hatten noch nicht gefrühstückt. Als die Kinder über Hunger klagten, antwortete der Lehrer: 'Dann laßt uns mal zu eurem Gott beten, mal sehen, ob er hilft.' Gegen 10 Uhr endlich hatte der Lehrer eine bessere Idee. Er las ein Gedicht über Ho Chi Minh vor und sagte dann: 'Onkel Ho ist immer bei uns, er liebt seine Kinder alle gleich.' Dann teilte der Lehrer Reis aus."

Diese Meldung des "Spiegel" hat nichts mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen in Südvietnam zu tun. Sie stammt nahezu wortwörtlich aus der antikommunistischen Traktätchen-Literatur der frühen fünfziger Jahre in Deutschland. In einem *"Aufruf an das deutsche Volk! Gib acht, Bürger! Wehre dich ..., wenn du nicht willst, daß du und deine Familie dem bolschewistischen Pöbel zum Opfer fallen"*, der herausgegeben wurde vom *"Weltbund der Antibolschewistischen Nationalschutz-Organisation"*, wird über die damalige DDR berichtet:

"Man fragt die Kinder, ob sie hungrig seien, Schokolade oder Zucker wünschten. Freilich wird dies immer bejaht. Man gibt den Kindern zur Antwort, sie sollen doch Gott darum bitten. Habt ihr von dem schon Schokolade bekommen? Nein! Bittet doch den Genossen Stalin: 'Genosse Stalin, schenke uns Schokolade!' Es öffnet sich die Tür, Schokolade wird hereingebracht und unter die Kinder verteilt."

Die junge Generation in Südvietnam wird lernen, daß jetzt – nach der Erkämpfung der Unabhängigkeit – das Volk endlich von seiner eigenen Hände Arbeit leben kann und keine Imperialisten und Feudalherren mehr nähren muß. Und dafür, daß er diesen Weg gewiesen hat, verdient Ho Chi Minh Vertrauen.

M., Bonn/Red.–

EG-Referendum in Großbritannien:

Bürgerliche Alternativen spalten die Arbeiterbewegung

Das Abstimmungsergebnis der Volksabstimmung in Großbritannien über das Verbleiben in der Europäischen Gemeinschaft hat eine 2/3-Mehrheit für das Verbleiben in der EG gebracht. 1/3 der abgegebenen Stimmen waren gegen das Verbleiben in der EG. Die Beteiligung an der Abstimmung lag über 63 %.

Die Arbeiterbewegung in Großbritannien ist über die Frage des Verbleibens in der EG gespalten worden. Die Gründe, die von den Gegnern der EG vorgebracht wurden, gingen ebenso von der Fortexistenz der bürgerlichen Gesellschaft in Großbritannien und von den Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung aus, wie die der Befürworter des Verbleibens in der EG.

Diejenigen, die die EG ablehnten, taten das nicht, weil eine Mitgliedschaft des Landes in der EG es für die Arbeiterklasse schwieriger macht, den Klassenkampf zu führen und die politische Macht zu erobern. Sondern sie erklärten z. B. man müsse die besonderen Beziehungen zu den USA wiederherstellen. Diese Beziehungen aber duldeten keine Mitgliedschaft in der EG. Oder: Seit 2 Jahren sei Großbritannien Mitglied der EG und seit diesen zwei Jahren sei es wirtschaftlich immer mehr bergab gegangen, die Preise seien unaufhörlich gestiegen und die Arbeitslosigkeit habe beständig zugenommen. Großbritanniens einziges Mittel gegen den wirtschaftlichen Niedergang in der EG sei die Wiederbelebung des Commonwealth und des freien Handels mit allen Nationen. Die einzige Alternative, die diese Gegner des Verbleibens in der EG anboten, war die Aussicht, in die sogenannte Kleine Freihandelszone EFTA wieder einzutreten. Damit sei auch gewährleistet, daß die Souveränität der Entscheidungen des britischen Parlaments nicht eines Tages durch eine undurchsichtige Bürokratie von Brüssel eingeschränkt würden.

Diese Argumente laufen allesamt darauf hinaus, unter der Bedingung, daß die Kapitalisten weiterhin herrschende Klasse bleiben, nach Auswegen aus einer immer verfahreneren Lage zu suchen.

Vorgebracht wurden diese Argumente von den britischen Gewerkschaftsführungen, von Politikern, die dem linken Flügel der Labour Party angehören und von den britischen Revisionisten der Kommunistischen Partei Großbritanniens, sowie vom nationalistischen Teil der britischen Konservativen, der davon träumt, die einstige Weltmachtstellung der britischen Bourgeoisie wiederherzustellen.

Die Befürworter der Mitgliedschaft in der EG sehen im Zusammenschluß mit den übrigen westeuropäischen kapitalistischen Ländern gerade den Hebel, um gegenüber den imperialistischen Konkurrenten verlorenen Boden gut zu machen und um vor allem die britische Arbeiterklasse und das ganze Volk von Großbritannien auf diesen Zusammenschluß mit den imperialistischen Bourgeoisien Westeuropas festzulegen. Das Abstimmungsergebnis betrachten sie als eine Stärkung für ihr Ausbeutersystem in Großbritannien. Mit der breiten Unterstützung vor allem der bürgerlichen Presse in ganz Westeuropa gehen sie jetzt daran – wie sie es nennen –, die Ursachen der Inflation zu bekämpfen.

Die Ursachen der Inflation liegen nach Meinung der britischen und europäischen Bourgeoisie in den zu hohen Löhnen der britischen Arbeiter. So soll auf einen Vorschlag der Basler "Bank für Internationalen Zahlungsausgleich" (BIZ), der von Schatzkanzler Healey namens der britischen Regierung aufgegriffen wurde, die Lohnsteigerungsrate zunächst auf 12 bis 15 Prozent gedrückt werden. Die Basler Bank, bei der Großbritannien hoch verschuldet ist, macht ganz offen von der Durchsetzung solcher Lohnleitlinien die Vergabe weiterer Kredite abhängig. Solche Lohnleitlinien aber sind Lohnabbau, denn die derzeitige jährliche Inflationsrate beträgt 25 %. Um wenigstens die Geldentwertung in etwa auszugleichen, setzen die britischen Gewerkschaften derzeit Lohnerhöhungen zwischen 25 und 30 Prozent durch. Um ihrem Ziel näherzukommen, haben die britischen Kapitalisten und ihre Regierung schon konkrete Schritte unternommen. Am Mittwoch, dem 18. Juni, wurden Verhandlungen aufgenommen zwischen dem Kapitalistenverband und der Gewerkschaftsspitze. In diesen Verhandlungen geht es um einen neuen "Sozialvertrag", um eine "freiwillige" Vereinbarung über Lohnleitlinien und Lohnverzicht der Arbeiter. Die Regierung ihrerseits tut alles, um die Lokführer von ihrer Streikdrohung für ihre Forderung nach 30 prozentiger Lohnerhöhung abzubringen. Ein Angebot hat sie bisher nicht gemacht.

Hier wird unmittelbar deutlich, wie sich durch den Abstimmungssieg der EG-Befürworter die Klassenkampfbedingungen der britischen und der westeuropäischen Bourgeoisie verbessert haben, während die Arbeiterbewegung in Großbritannien durch die Abstimmung politisch gespalten und in ihrer Widerstandskraft geschwächt wurde.

Diese Spaltung hat sich zwangsläufig ergeben, weil es keine einheitliche revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung gegen die Mitgliedschaft in der EG gab und gibt, die die Ablehnung des EG-Beitritts in direkte Verbindung mit dem Kampf für die proletarische Revolution zu bringen vermochte.

Das Ergebnis des EG-Beitritts für die Arbeiterklasse besteht heute darin, daß die britische Bourgeoisie ihren Druck verstärkt und der Druck der gesamten westeuropäischen Bourgeoisie jetzt noch unmittelbarer sich zur Geltung bringen kann. Es ist damit wie mit allen Fortschritten für die bürgerliche Klasse im Kapitalismus: Die Widersprüche für die arbeitende Klasse verschärfen sich. Aber mit der Verschärfung dieser Widersprüche wächst zugleich die Kraft für ihre gewaltsame Lösung. Auch die in der EG verbündete westeuropäische Bourgeoisie wird der Revolution nicht Herr werden können.

g/W

Immer mehr Pleiten

Die wachsende Wirtschaftskrise in Großbritannien zieht unweigerlich viele Konkurse nach sich. Offizielle Statistiken besagen, daß in den ersten 3 Monaten dieses Jahres die Zahl der Konkurse von 1267 im Vergleichszeitraum 1974 auf 1862 gestiegen sind. Diese Zahl ist die höchste seit mindestens 7 Jahren.



Paris. Demonstration der Drucker zur Unterstützung der Kollegen bei der Tageszeitung "Le Parisien libere". Die Kollegen halten die beiden Druckereien besetzt. Damit verhinderten sie die Verlagerung der Produktion in die Provinz. Auch in Belgien konnte die Zeitung nicht gedruckt werden, da die belgischen Kollegen sich solidarisierten. Die Kollegen von "Le Parisien libere" kämpfen seit 3 Monaten gegen die Entlassung

Generalstreik im Baskenland

Über 50 000 haben gestreikt / Foltermethoden der Polizeischergen

Zahlreiche politische Organisationen und Gruppen des Baskenlandes haben am Mittwoch vergangener Woche, dem 11. Juni, zum Generalstreik gegen den Ausnahmezustand und die Gewaltherrschaft von Polizei und der paramilitärischen Guardia Civil aufgerufen.

Nach offiziellen Berichten ist der Generalstreik gescheitert. Niemand sei dem Aufruf gefolgt. Die Berichterstattung jedoch ist völlig unglaubwürdig: Entweder es wird gar nicht berichtet, oder es werden Lügen verbreitet.

Nach Informationen ausländischer bürgerlicher Zeitungen sind Zehntausende dem Streikaufruf gefolgt, 120 Betriebe wurden voll bestreikt. Insgesamt haben sich mehr als 50 000 Menschen an den Streikkämpfen beteiligt. Berichte beteiligter Organisationen liegen bisher nicht vor, so daß über Kampfformen, Kampfbeteiligung und Forderungen nicht eingehender berichtet werden kann.

Mögen auch nicht so viele Arbeiter und Teile der Bevölkerung die Kämpfe aktiv unterstützt haben wie beim Generalstreik am 11. Dezember 1974 (150 000 bis 200 000), so zeigt der Kampf von mehreren Zehntausend, daß es dem faschistischen Franco-Regime trotz blutiger Polizeigewalt, Folter und der Terroranschläge der Christkönigskrieger, einer faschistischen Organisation, nach einhalb Monaten, wie des Ausnahmezustandes nicht gelungen ist, den Kampfwillen des baskischen Volkes zu brechen. Es ist ihm in all den Jahren nicht gelungen (sechs Ausnahmezustände seit 1967) und wird ihm auch diesmal nicht gelingen, den Kampf des baskischen Volkes für die Befreiung vom faschistischen Joch, für Selbstbestimmung und kulturelle Eigenständigkeit niederzuschlagen. Immer mehr Menschen schließen sich in diesem Kampf zusammen.

Mit grausamen Foltermethoden versuchen die faschistischen Polizeischergen "Geständnisse" aus den Gefangenen herauszupressen. Pater Erquicia, den die Polizei der Unterstützung der ETA (baskische Freiheitsbewegung) verdächtigt, wurde lebensgefährlich verletzt, er mußte an eine künstliche Niere angeschlossen werden. Ein junger Baske wurde so geprügelt, vor allem am Kopf, daß sein geistiger Zustand jetzt dem eines dreijährigen Kindes entspricht. Mehrstündige Verprügelung der Häftlinge ist das übliche, manchmal wird bis zu 12 Stunden geprügelt. Zu den Foltermethoden "Operationstisch" und "Das Rad" heißt es in einem Bericht von Häftlingen (Süddeutsche Zeitung, 11.6.1975):

"Dazu mußten sie sich auf einen kurzen Tisch legen, auf dem Kopf und Beine keinen Platz haben; wer sie herunterhängen läßt und herunterstreckt, wird verprügelt. Beim 'Rad' muß man mit hinter den Knien gefesselten Händen in der Hocke hermumwackeln, während die Polizisten Fußtritte versetzen."

Mit diesen erfolterten "Geständnissen" werden die Häftlinge vors Kriegsgericht gebracht und zu jahrelanger Haft oder zum Tode verurteilt. Fünf junge Basken stehen jetzt vor einem Kriegsgericht. Jedem von ihnen droht wegen "Terrortätigkeit" eine Verurteilung zu 30 Jahren Haft.

–K.S.–

Demonstration gegen die Verbrechen des Franco-Regimes

Am 20. Juni sollen in Spanien Prozesse gegen 14 bekannte Gegner des Franco-Regimes eröffnet werden. Gegen fünf von ihnen wird die Todesstrafe durch die Garotte (mittelalterliches Würgeeisen) verlangt. Diese Prozesse wurden durch die Verhängung des Ausnahmezustandes über das Baskenland möglich (siehe KVZ Nr.23). Am Samstag, dem 14. Juni, demonstrierten etwa 250 Menschen gegen diese bevorstehenden Urteile in Düsseldorf. Zu dieser Demonstration hatten mehrere Komitees der Spanier in der BRD und fortschrittliche spanische Organisationen aufgerufen.

„Das Land aufbauen und verteidigen"

Neue Siege unter der richtigen Linie der kambodschanischen Revolution

Mehr als fünf Jahre haben die amerikanischen Imperialisten einen der größten und barbarischsten Zerstörungskriege gegen Kambodscha geführt. Alles wurde schwer beschädigt oder zerstört. Die Einwohner, die aufs Land zurückkehrten, waren von dem Ausmaß der Zerstörung durch den Feind bestürzt. Die bewaffneten Streitkräfte und das revolutionäre Volk von Kambodscha haben jedoch die US-Imperialisten und die Verräterbande Lon Nol besiegt. Jeder hat nun zwei grundlegende Aufgaben zu erfüllen:

Das Land aufbauen und verteidigen.

Der Aufbau erfolgt entlang folgenden zwei sich ergänzenden Plänen:

1. Die Wiederherstellung der Industrie, der Verbindungswege (Land-, Wasser- und Luftwege) und der Bauindustrie, den drei Bereichen, die in sehr schlechtem Zustand waren und die sehr stark vom Feind vor seiner Niederlage zerstört wurden und die Basis der Infrastruktur für den Aufbau des neuen Kambodscha sind.

2. Die Entwicklung der Produktion; denn die Wirtschaft entwickeln heißt die Unabhängigkeit verteidigen, um nicht wieder in die Sklaverei wie unter dem Verräterregime Lon Nols zu verfallen, der ausschließlich von der US-Hilfe lebte, als die revolutionären Streitkräfte seine Versorgungswege abgeschnitten hatten.

Gegenwärtig konzentriert das gesamte kambodschanische Volk im ganzen Land seine Kräfte und arbeitet Tag und Nacht, um die ihm auferlegte Aufgabe, ein neues, glückliches und blühendes Kambodscha aufzubauen, gut zu erfüllen.

Das Land aufzubauen und zu verteidigen, sind zwei untrennbare Aufgaben. Das Land muß in völliger Unabhängigkeit und Souveränität aufgebaut werden, um es zu verteidigen und zu stärken. Es muß gegen jede Aggression und fremde Einmischung verteidigt werden, um den Aufbau zu gewährleisten. Für jeden Einwohner und jeden Kämpfer, jede Kämpferin und jeden Kader ist die Verteidigung des Landes die erste und wichtigste Aufgabe.

Die US-Imperialisten wurden vollständig und schändlich von unseren revolutionären Streitkräften geschlagen. Aber sie wollen von neuem unser Land beherrschen: Sie versuchen mit allen Mitteln ihre Verbrechen und Provokationen gegen Kambodscha fortzusetzen. Die vergangenen Ereignisse in unseren territorialen Gewässern, die durch sie und ihre Marionetten hervorgerufen wurden, sind ein Beweis dafür. (...)

Unsere Tradition im revolutionären Kampf und unter der Führung der richtigen Linie der kambodschanischen Revolution werden wir sicher neue Siege in der Verwirklichung der Pflicht, unser Land aufzubauen und zu verteidigen, erringen.

Nach: La Voix du FUNK am 6. Juni 1975, aus: Nouvelles Breves du Cambodge Nr. 228/75

Angola: Treffen der Führer der MPLA, FNLA und UNITA

Alle Befreiungsorganisationen haben die nationale Unabhängigkeit auf ihre Fahnen geschrieben. In einer Einheitsfront werden sie diese Unabhängigkeit erreichen.

Bei einem Treffen in Nairobi versuchten die Führer der angolanischen Befreiungsbewegungen MPLA, Agostinho Neto, FNLA, Holden Roberto, und UNITA, Jonas Malheiro Savimbi, die Differenzen zwischen ihren Organisationen beizulegen und sich auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Verwirklichung der Unabhängigkeit Angolas zu einigen.

Bei einem früheren Treffen in Mombassa (Kenia) hatten sich die drei Organisationen auf gemeinsame Verhandlungen mit Portugal geeinigt und dann am 15. Januar gemeinsam eine Übergangsregelung mit den Portugiesen vereinbart. Als Tag für die vollständige politische Unabhängigkeit wurde der 11. November 1975 festgelegt. Bis dahin sollen Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung abgehalten werden. Einstweilen übt eine Übergangsregierung aller drei Organisationen, an der der portugiesische Hochkommissar beteiligt ist, die politische Macht aus.

Die Imperialisten konkurrieren um Angola

Angola ist die reichste der ehemaligen portugiesischen Kolonien. Zahlreiche imperialistische Monopole haben sich während der Zeit des portugiesischen Kolonialismus hier festgesetzt. Dies gilt insbesondere auch für die Exklave Cabinda, die räumlich von Angola getrennt ist und zwischen Kongo-Brazzaville und Zaire liegt. Angola ist ein fettes Stück Fleisch und selbstverständlich wollen es die Imperialisten nicht herausgeben. Durch große Monopole sind in Angola vor allem die USA, Frankreich und die BRD (Krupp) vertreten. Aber die reichen Bodenschätze und die Lage Angolas ziehen auch den Sozialimperialismus an, der, wie überall, so auch in Angola sich an der Konkursmasse des Kolonialismus, des US-Imperialismus und des westeuropäischen Imperialismus beteiligen will. Unter diesen Umständen ist die Einheit des Volkes von Angola im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniestreben bitter not und ist doch gleichzeitig besonders schwer zu erreichen. Dies liegt auch daran, daß es dem Volk von Angola im Gegensatz zu Guinea-Bissau und Mozambique im Verlauf des langjährigen antikolonialistischen Befreiungskampfes nicht gelungen ist, eine einheitliche nationale Befreiungsorganisation mit einheitlichem Programm und einheitlicher Ideologie aufzubauen. Aus dieser Tatsache versuchen natürlich sämtliche ausländischen Interessenten ihren Vorteil zu ziehen. Dabei versuchen sie auch, die vorhandenen Widersprüche zwischen verschiedenen afrikanischen Staaten und einzelnen Befreiungsbewegungen auszunutzen. Auszunutzen versuchen sie die Stammesunterschiede in Angola sowie die durch den portugiesischen Kolonialismus neugeschaffenen Widersprüche, wie die sogenannte Umsiedlungs- und Arbeitsmarktpolitik die betrieben hat. Auszunutzen versuchen sie insbesondere auch die ideologischen Differenzen zwischen den verschiedenen Befreiungsorganisationen, um sie alle zu schwächen. Diese Differenzen bestehen darin, daß die MPLA eine Befreiungsorganisation mit einem sozialrevolutionären und volksdemokratischen Programm ist, während die FNLA in ihrem Programm sich auf antikolonialistisch-nationalistische Ziele beschränkt (unter Einschluß der Nationalisierung von Grund und Boden). Über das Programm der UNITA ist wenig bekannt und ihre Politik ist schwankend zwischen radikalen Phrasen und Zugeständnissen an die westlichen imperialistischen Interessen, sowie an die sogenannte Entspannungspolitik, die das südafrikanische Vorster-Regime seit einiger Zeit lanciert.

Widersprüche im Volk sollen als Anlaß für die Einmischung dienen

In dieser komplizierten Lage war es ein großer Erfolg, daß es den drei angolanischen Befreiungsorganisationen gelungen ist, sich in Mombassa auf eine gemeinsame Übergangsregelung zu einigen und diese Übergangsregelung in Verhandlungen mit den Portugiesen festzulegen. Gegenwärtig ist diese Übergangsregelung gefährdet durch schwere Auseinandersetzungen zwischen den drei Organisationen, die von außerhalb geschürt werden, um diese Auseinandersetzungen für mehr oder weniger offene, direkte Interventionen zu nutzen. Man braucht sich nur die westdeutsche Presse anzuschauen, um zu sehen, mit welcher Befriedigung diese über die gegenwärtigen Auseinandersetzungen berichtet und mit welcher Genüßlichkeit sie durch ihre Berichte über diese Auseinandersetzungen die Menschen in Westdeutschland zu verwirren sucht. Dabei gehen die Hoffnungen offensichtlich dahin, daß die MPLA und die FNLA sich in diesen Auseinandersetzungen gegenseitig schwächen und aufreiben, und daß die Imperialisten mit Hilfe der UNITA schließlich ihren Einfluß erhalten und vergrößern können. Es kommt ihnen darauf an, den Eindruck von sinnloser Brutalität und Gewaltanwendung zu erwecken, um so die MPLA und die FNLA zu diskreditieren. So schreibt die 'Welt am Sonntag': "Am schlimmsten hausen die Truppen Holden Robertos, die vor wenigen Tagen zum Beispiel ein Büro der UNITA stürmten und zehn Menschen kurzerhand umbrachten, darunter Teenager und junge Pioniere der UNITA. Vorher kam es zu grausamen Folterungen." (Welt am Sonntag, 15.6.75)

Über den gleichen Vorgang schreibt die Pariser Zeitung Le Monde: "Oberst Heitor Almedra, Kommandant der portugiesischen Streitkräfte in der Hauptstadt, hat die MPLA angeklagt, sich Taten 'reiner Barbarei' schuldig gemacht zu haben, indem sie nichtbewaffnete Mitglieder der UNITA angegriffen, getötet und verstümmelt hätte." (Le Monde, 11. Juni 1975) Auf die Wirklichkeit kommt es hier nicht an, nur auf Diffamierung.

Die ganze Berichterstattung der bürgerlichen Presse, egal welche Seite sie insbesondere zu diffamieren versucht, läuft darauf hinaus, den Befreiungskampf, die Unabhängigkeit runterzumachen, den Kolonialismus zu verherrlichen und ein internationales Klima für eine Intervention zu schaffen: "So viele Menschen kamen während des ganzen Kolonialkrieges gegen die Portugiesen nicht um." "Aus einem der blühendsten Länder Afrikas ist in einem Jahr ein Staat geworden, in dem Hunger und Mord die Szene beherrschen." (Welt am Sonntag, 15.6.1975) Keinem anderen Ziel, als die Befreiungsorganisationen und den Kampf für die Unabhängigkeit Angolas herunterzumachen, dienen auch die üblichen Kennzeichnungen der MPLA als "prosowjetisch" und der FNLA abwechselnd als "prowestlich" oder "prochinesisch".

Eine feste Einheitsfront ist notwendig

All diese Kennzeichnungen sollen den selbständigen Charakter des Unabhängigkeitskampfes des angolanischen Volkes leugnen und das Recht auf fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten des angolanischen Volkes aus diesen Kennzeichnungen als Selbstverständlichkeit ableiten. Mit besonders großer Penetranz wird gegen die FNLA gerade von der imperialistischen Presse behauptet, die FNLA sei gewissermaßen der verlängerte Arm des CIA. Solche Freimütigkeit müßte erstaunen, wenn man nicht leicht die Motive durchschauen könnte. Nicht weniger als die Kennzeichnung der MPLA als "prosowjetisch" soll sie die Befreiungsorganisationen spalten, wenn Angola spalten, wie sie gleichzeitig die Volksrepublik China in Verruf bringen soll, von der bekannt ist, daß sie zu der FNLA genauso wie zur MPLA Beziehungen unterhält.

Gegen all diese Spaltungsversuche und Interventionsvorbereitungen müssen die Kommunisten und fortschrittlichen Kräfte in der Welt aufzeigen, müssen die Absichten bloßlegen, die dahinter stecken und müssen ihrerseits für eine internationale Meinung eintreten, die die Einigungsversuche der Befreiungsorganisationen unterstützt und allen Spaltungsversuchen und Interventionsabsichten entgegentritt.

Beispielhaft ist in dieser Hinsicht die Politik der Volksrepublik China. So sagt Francisco Antar, Mitglied der Abteilung für auswärtige Beziehungen der MPLA, nach seiner Rückkehr von einer Reise nach Peking zu der Zeitung Le Monde: "Die Verantwortlichen dort hätten ihnen ihre Entschlossenheit erklärt, zur Einheit des angolanischen Volkes beizutragen und 'folglich nicht mit dieser oder jener Bewegung privilegierte Beziehungen einzurichten'". "Er wies das weitverbreitete Schema zurück, wonach Moskau 'hinter der MPLA' und Peking 'hinter der FNLA' stünden. Er sagte: 'Diese Analyse wird durch bestimmte Kreise verbreitet, die die Bewegung des angolanischen Volkes zu spalten versuchen.'"

Klar ist, daß die Imperialisten und die Sozialimperialisten die Widersprüche im Volk auszunutzen versuchen, um ihre eigenen Interessen gegen die Interessen des Volkes von Angola durchzusetzen.

Entgegen den Hoffnungen der Imperialisten und Sozialimperialisten, das Volk von Angola in einen Bürgerkrieg zu stürzen, den sie dann für schrankenlose Einmischung ausnützen wollen, hoffen wir, daß es den Befreiungsorganisationen gelingt, eine feste Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus zu schmieden, daß es ihnen gelingt, die Widersprüche im Volk richtig zu behandeln, um den Widerspruch mit den Feinden der Unabhängigkeit des Volkes von Angola erfolgreich lösen zu können. Die Möglichkeiten für eine solche Einheitsfront für die Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit, der gegenwärtigen Etappe des Kampfes, sind da. Alle Befreiungsorganisationen haben die nationale Unabhängigkeit auf ihre Fahnen geschrieben. In einer Einheitsfront werden sie diese nationale Unabhängigkeit erreichen, um sich über den weiteren Weg Angolas ohne Einmischung von außen auseinandersetzen zu können.

–J.S.–

Richtigstellung

Betrifft: Festveranstaltung in Köln (KVZ Nr. 23, Seite 15). Bericht über die Veranstaltung des Initiativkomitees für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen.

An der Stelle des Berichts, wo jetzt steht, ein Mitglied des Indochina-Komitees sei von der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam begrüßt worden, muß es heißen, ein Mitglied des Initiativkomitees. Der Verfasser verwechselte die Abkürzung "IK" im Manuskript, wodurch sich der Fehler beim Ausschreiben erklärt.

Die Rundreise von Präsident Sithole stärkte die Freundschaft der Völker

Zwischen dem 9. und 15. Juni befand sich auf Einladung des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland Genosse Sithole, Präsident der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) und Mitglied der Exekutive des Afrikanischen Nationalrates von Zimbabwe (ANC) in der Bundesrepublik und Westberlin. In seiner Begleitung befanden sich der Genosse Mandizvidza, Mitglied des ZK der ZANU und im ANC verantwortlich für Handel und Industrie, der Genosse Gurira, Mitglied der Militärsektion der ZANU, und der Genosse Chiwara, Repräsentant der ZANU für Westeuropa. Auf vier Massenveranstaltungen wandte sich Präsident Sithole hier in Westdeutschland und Westberlin an die Öffentlichkeit. Mehrere Pressekonferenzen wurden durchgeführt. Außerdem fanden ausführliche Besprechungen zwischen der Delegation der ZANU und Vertretern des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) statt.

Die Veranstaltungen waren ein großer Erfolg für die Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe. In Heidelberg nahmen 1 600 Freunde und Genossen an der Veranstaltung teil. Es wurden 8 000 DM gespendet. Eine Delegation der Freiburger Ortsgruppe übergab 4 000 DM, die in den Wochen vor der Veranstaltung gesammelt worden waren, ebenso übergaben Genossen aus Mosbach und Frankenthal jeweils 100 DM. In München nahmen 350 Leute an der Veranstaltung teil. Gesammelt wurden rund 2 000 DM. Fast 1 500 Freunde und Genossen waren bei der Veranstaltung in Westberlin anwesend, 11 000 DM konnten dort übergeben werden.

In Köln, bei der letzten Veranstaltung, waren 1 400 Teilnehmer anwesend. Gekommen waren sie aus Köln und aus anderen Orten in Nordrhein-Westfalen. Gesammelt wurden bei der Vorbereitung der Veranstaltung und auf der Veranstaltung selber rund 12 000 DM.

Dieser große Erfolg der Rundreise von Präsident Sithole und der Delegation der ZANU zeigt, daß der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rassistische Kolonialistenregime von Rhodesien eine breite Unterstützung findet. Das liegt daran, daß die Sache des Volkes von Zimbabwe gerecht ist. Dies hat Präsident Sithole auf den verschiedenen Veranstaltungen in seinen Reden dargelegt.

Nach der Rundreise durch die BRD und Westberlin flogen Präsident Sithole und seine Begleiter weiter nach Zürich und Wien, wo Präsident Sithole ebenfalls auf Veranstaltungen gesprochen hat.

Für uns Kommunisten ist diese erfolgreiche Rundreise ein weiterer Ansporn, den Kampf des Volkes von Zimbabwe für Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie zu unterstützen. Dabei stützen wir uns auf die wachsende Solidarität der Massen mit dem Kampf der unterdrückten Nationen.

Mannheim, den 16.6.1975 Kommunistischer Bund Westdeutschland
Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitee
gez. Joscha Schmierer

Interview mit dem Genossen Sithole

Wie ist der aktuelle Stand des Kampfes des Volkes von Zimbabwe gegen das rassistische Kolonialregime und wie ist die Unterstützung durch das Volk?

Der bewaffnete Kampf des Volkes von Zimbabwe währt seit 1965. Ausgeführt wird er durch die ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe), deren militärischer Flügel ZANLA (Afrikanische nationale Befreiungsarmee Zimbabwes) genannt wird. Einige Zeit war der Kampf mehr ein 'Zuschlagen und Davonlaufen'. Aber seit 1972 wird der Krieg innerhalb Zimbabwes geführt. Unsere Sicherheitskräfte waren in der Lage, sehr nützliche Brückenpfeiler in Zimbabwe zu erobern, von denen weitere Angriffe auf den Feind ausgeführt werden. Die Dorfbevölkerung verhielt sich dazu ausgezeichnet. Viele haben sich unseren Streitkräften angeschlossen und unsere politischen Kommissare waren in der Lage, viele Menschen in den verschiedensten Provinzen zu politisieren, wie z. B. in Sipokilo, Mount Darwin, Mutoko, Murewa, Shamva, Mazowe, Loma-
Murewa, Shamva, Mazowe, Loma-
gundi, Sinoia, Hurungwe, Nyanga, Umtali, Chipinga bis zu meinem eigenen Heimatdistrikt.

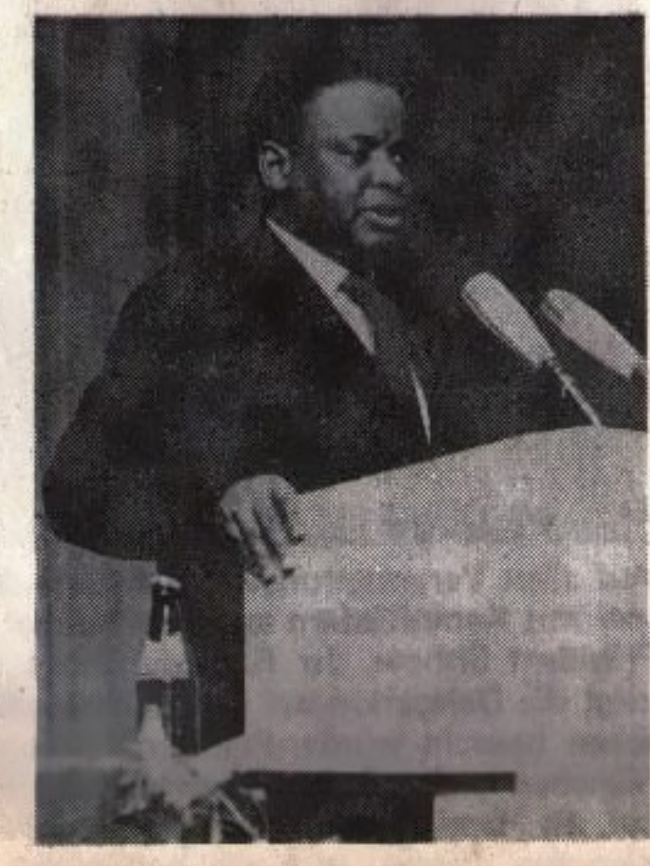
Aber nicht nur in diesen Distrikten wurden die Menschen politisiert, sondern auch in den anderen Gebieten in Zimbabwe. Ich erwähnte diese Provinzen besonders, weil in ihnen von uns im Augenblick die meisten militärischen Operationen ausgeführt werden. Das unrechtmäßige Regime hat natürlich mit verstärkter Kampftätigkeit reagiert.

Aber unser Volk hat den Kampf bis zum heutigen Tag weitergeführt und es weigert sich, die Waffen niederzulegen, bevor es die Mehrheitsherrschaft erreicht hat.

Wie schätzt die ZANU die sogenannte "Entspannungspolitik" ein? Welche Rolle spielt Südafrika?

Das unrechtmäßige Regime hat große Anstrengungen im Rahmen seines "Entspannungstheaters" unternommen. Es würde die afrikanischen Nationalisten gerne soweit beschwatzen, daß sie weniger als die unmittelbare Mehrheitsregierung akzeptieren. Aber natürlich sind diejenigen, die die ZANU innerhalb Zimbabwes unterstützen, nicht bereit, weniger als die unmittelbare Mehrheitsherrschaft zu akzeptieren. Und da die Anhänger der ZANU die Sache des afrikanischen Volkes unterstützen, steht das Volk natürlich hinter ihnen. Viele kommen als Freiwillige aus dem Lande, um sich militärisch ausbilden zu lassen und danach wieder nach Zimbabwe zurückzukehren, um dort zu kämpfen. Um das Land zu befreien, hat die ZANU niemals die Idee von der Entspannungspolitik unterstützt, denn die vergangenen 80 Jahre haben zwingend bewiesen, daß für die afrikanische Bevölkerung nichts Gutes und Positives aus Gesprächen alleine herauskommen kann.

Die südafrikanischen Truppen haben natürlich eine sehr wichtige Rolle in Rhodesien gespielt, indem sie die rhodesischen Kräfte, die gegen uns kämpfen, verstärkten. Wenn die südafrikanischen Streitkräfte sich nicht in die Situation in Rhodesien eingemischt hätten, hätten wir das Regime schon vor fünf oder sechs Jahren geschlagen. Wenn es gelingen würde, den Rückzug der südafrikanischen



Truppen zu erreichen, wären wir eines raschen Sieges sicher.

Warum ist der bewaffnete Kampf eine unabdingbare Notwendigkeit für das Volk von Zimbabwe?
das Volk von Zimbabwe?

Während der ganzen vergangenen 8 Jahre führte unser Volk Gespräche mit den weißen Siedlern und der britischen Regierung wegen Freiheit und Unabhängigkeit im eigenen Land. Aber alle diese Jahre haben nichts eingebracht. Während der sechziger Jahre gingen die nationalistischen Führer nach Großbritannien, um deswegen an die britische Regierung zu appellieren. Sie gingen zu den Vereinten Nationen, um wegen der gleichen Angelegenheit an diese internationale Organisation zu appellieren. Sie gingen zur Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), um an sie zu appellieren. Aber nichts, aber auch gar nichts, kam heraus bei all diesen eindringlichen und gerechtfertigten Appellen. So beschlossen wir schließlich 1964, als die ZANU ihren ersten Kongreß hatte, daß wir unsere eigenen Befreier sein müssen, und daß unser Land nur durch den bewaffneten Kampf befreit werden kann. Zum Beispiel wurden die afrikanischen nationalistischen Führer und einige Anhänger Ende letzten Jahres aus dem Gefängnis entlassen, was seine Ursache zum größten Teil in den erfolgreichen Angriffen der ZANU-Streitkräfte gegen den Feind hatte. Jetzt überlegt sich der Feind daraufhin angestrengt, wie er mit den Forderungen der Afrikaner zurechtkommen soll und wir glauben, wie jeder sonst auch, daß der Grund dafür nur im Druck liegt, den die Angriffe der ZANU während der letzten 4 Jahre ausübten.

Was sind gegenwärtig die Hauptschwierigkeiten bei der Organisierung dieses Kampfes in Zimbabwe? Wie entwickeln sich die ZANLA-Streitkräfte und welche Schwierigkeiten müssen sie überwinden?

Als erstes hatte die ZANU dem Problem zu begegnen, das durch Informanten entstand, die das illegale Regime eingeschleust hatte. Die Frage der Versorgung, des Nachschubs und der Rekrutierung von Freiwilligen, um die militärischen Kräfte aufzufüllen, mußte gelöst werden. Durch die von der ZANU erzielten Erfolge sind diese Schwierigkeiten weitgehend überwunden. Aber Anfang des Jahres, etwa im März, wurden viele der militärischen Führer der ZANU verhaftet und die Kanäle, die unsere Leute benutzten, um nach Zimbabwe zum Kampf zu gehen oder von Zimbabwe heraus zur Ausbildung zu kommen, waren vorübergehend zerstört. Das hat viele Schwierigkeiten für unsere Streitkräfte geschaffen, die nach wie vor innerhalb Zimbabwes einen harten Kampf führen – ungeachtet dieser vorübergehenden Zersplitterung. Aber wir haben diese Frage mit den Ländern diskutiert, die davon betroffen sind, damit sie uns den Durchgang durch ihr eigenes Land auf dem Weg nach Zimbabwe ermöglichen. Sobald wir den Durchgang von Kämpfern und Waffen und ihrer Versorgungsgüter normalisieren können, werden wir auch in der Lage sein, den gegenwärtig im Land geführten Kampf zu verstärken.

Die ZANU braucht viel, was kämpfende Kräfte brauchen. Wir brauchen Kleidung, Kopfbedeckungen, Schuhwerk, Medikamente, Uhren, Fahrräder, Transportgelegenheiten, mehr Waffen, damit wir den Kampf bis zu seinem erfolgreichen Abschluß vorantreiben können.
Abschluß vorantreiben können.

Bei der Verfolgung der gerechten Ziele von Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gibt es noch verschiedene Auffassungen darüber, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Wie ist die gegenwärtige Struktur des Afrikanischen Nationalrates (ANC) und welche Politik betreibt die ZANU in ihm?

Die verschiedenen Organisationen Zimbabwes kämpften getrennt voneinander. Die ZANU führte selbständig einen militärischen Kampf. Die ZAPU machte das auch selbständig, dann FROLIZI, wenn auch in geringerem Umfang. Dann gab es den ANC, der keine militärische Organisation war, sondern eher eine politische, verfassungskonforme Partei. Gegen Ende 1974 hielt man es für richtig, daß diese vier Organisationen sich unter dem ANC zusammenschließen sollten. Nach vielen Diskussionen, vielem Hin und Her, beschlossen wir schließlich, daß auch wir von der ZANU uns dem ANC-Dachverband anschließen müssen, damit der Feind mit einer Einheitsfront konfrontiert werden kann. Und so kam es, daß wir am 7. Dezember 1974 die Einheitserklärung von Zimbabwe in Lusaka in Sambia schlossen. Diese Erklärung wurde von uns nur unter der Bedingung unterschrieben, daß der bewaffnete Kampf in der Erklärung ausdrücklich aufgeführt wird. Als Ergebnis dieser Haltung von uns sagt die neue Erklärung klar, daß der neue ANC die Unvermeidbarkeit des bewaffneten Kampfes akzeptiert und anerkennt. Dadurch ist diese Einheit eine Einheit auf der Grundlage, daß der bewaffnete Kampf geführt wird und nicht einfach auf der Grundlage einer Abendgesellschaft, auf der Grundlage, daß man fortgesetzte Gespräche miteinander führen wird.

Aber wie nicht anders erwartet werden kann, hat diese Einheit im Verband des ANC viele Widersprüche. Zum Beispiel glaubt die ZANU als Form der Politik an die direkte Konfrontation, während der ANC die politische Linie der Gewaltlosigkeit verfolgt.
folgt.

Die ZANU hält fest an der "sofortigen Mehrheitsregierung", während einige Gruppen davon nicht ganz überzeugt sind. Obwohl sie für das Gleiche sind, haben sie Angst, auch das Gleiche zu sagen. Einige wollten nicht einmal öffentlich vom bewaffneten Kampf reden. Aber nachdem die ZANU und diese Gruppen zusammengekommen waren, war es möglich, allmählich unsere Strategie zu vereinheitlichen, auch unsere Taktik, so daß unsere Sprache und unser Handeln mehr und mehr eins werden. Das jagt dem Feind natürlich Angst ein. Es wird Euch vielleicht interessieren, daß der Feind sehr klar erkennt, daß es im neuen ANC militante und gemäßigte Kräfte gibt. Aber wir versuchen mit allen Kräften, denjenigen mehr Militanz einzuspritzen, die wir für "Gemäßigte" halten. Wir haben auch eine neue Einheit im ANC gefunden. Anstelle von Zusammenstößen zwischen den Parteien wird jetzt sehr angestrengt auf die nationale Einheit gegen den gemeinsamen Feind hingearbeitet. Aber uns ist auch sehr klar, daß, wenn es einen Dachverband dieser Art gibt, nicht alle Teile neben uns die gleiche Stärke haben können, weshalb wir uns auf die Konsolidierung der Position der ZANU im Verband des ANC konzentrieren, damit unser Geist sich unter den anderen Organisationen verbreitet. Nicht jede Organisation kann gleich wirksam sein. Wir sind der Meinung, daß die Linie der ZANU die richtige ist, und daß alle Gruppen, die den ANC bilden, sie einschlagen können. Wenn das passiert, wird es wirklich eine nationale Organisation mit der Wirksamkeit sein, die nötig ist, um die Feindkräfte erfolgreich zu bekämpfen. Was die Reorganisierung des ANC betrifft, so arbeiten wir mit aller Kraft darauf hin und versuchen den ANC auf der Zellenebene, der Distrikt-Ebene und der Ebene der Provinz zu reorganisieren, damit er dann auch auf nationaler Ebene reorganisiert werden kann. Wir unterschätzen dabei nicht, daß die Aufgabe der Reorganisierung des ANC notwendigerweise eine langwierige sein wird. Aber sobald dieser Reorganisierungsprozeß einmal durchlaufen ist, wird der ANC als sehr starke nationale Kraft daraus
als sehr starke nationale Kraft daraus
erwachsen, mit derjenigen Einheit, die so notwendig ist, um den Feind zu schlagen.

In letzter Zeit war die Rede davon, daß ein Termin für eine Verfassungskonferenz festgelegt worden sei. Was sind die Bedingungen der ZANU dafür und wie steht sie zu einer Übergangsregierung?

Das Datum der Konferenz wurde noch nicht festgelegt. Worüber Übereinstimmung erzielt wurde, ist bloß, daß die Konferenz abgehalten werden soll. Vor zwei Tagen gab es ein Treffen zwischen dem illegalen Regime und den ANC-Führern. Sie stimmten über die Abhaltung der Konferenz überein, aber sie einigten sich nicht

Fortsetzung nächste Seite



In Köln besuchten 1 400 die Veranstaltung des KBW mit dem Genossen Sithole. Über die etwa 800 Teilnehmer aus Köln hinaus hat so die Veranstaltung Besucher aus den umliegenden Städten angezogen. Unfreiwillig zum Erfolg beigetragen haben Stadt- und Universitätsverwaltung sowie die örtlichen Kapitalisten, die sich alle weigerten, einen Saal zur Verfügung zu stellen. Auf Initiative der Kommunistischen Hochschulgruppe und unter dem Druck der Studenten faßte das Studentenparlament der Kölner Universität den Beschluß, daß die Aula der Universität zur Verfügung gestellt werden solle. Angesichts der anstehenden Studentenparlamentswahlen mußte selbst der vom RCDS gestellte AStA das Verlangen unterstützen. Stattgefunden hat die Veranstaltung schließlich in einem eigens aufgestellten Zelt.

Fortsetzung

Die Rundreise von Präsident Sithole

über den Ort, an dem sie abgehalten werden soll. Ian Smith besteht darauf, daß sie in Rhodesien stattfinden soll, während die ANC-Delegation einen Ort außerhalb Rhodesiens fordert. Die ANC-Delegation will keine Konferenz im Land, weil zu befürchten ist, daß das illegale Regime gegen uns einen Angriff führt. Zum Beispiel wurde ich während der Gespräche mit dem illegalen Regime im Februar selbst das Opfer, weil ich mit ihm nicht am gleichen Strang zog. Außerdem will die ANC-Delegation, daß die Führer teilnehmen, die sich außerhalb Rhodesiens aufhalten. Sie wollen z. B. unbedingt meine Teilnahme. Die einzige Bedingung, die wir für die Konferenz stellen, ist die, daß sie eine sofortige Mehrheitsregierung bringen soll. Die Forderung 'sofortige Mehrheitsregierung' hat zwei Aspekte. Über die Mehrheitsregierung kann nicht verhandelt werden, das muß als absolute Voraussetzung akzeptiert werden. Es muß akzeptiert werden, daß es in Zimbabwe einen Übergang der Macht von der weißen Minderheit auf die schwarze Mehrheit geben muß. Verhandelbar ist nur das kleine Wort 'sofort', weil es die Zeitfrage enthält und das Problem der Art und Weise, wie die Macht von der Minderheit auf die Mehrheit des Volkes übergehen soll. Wir akzeptieren deshalb eine Übergangsperiode, die mehr oder weniger der in Mozambique entsprechen soll. Das heißt, sie soll nicht über 12 Monate hinausgehen, alles

darüber ist für uns vollständig unak-

darüber ist für uns vollständig unakzeptierbar. In der Übergangsperiode enthalten ist im Prinzip eine Provisorische Regierung, die durch afrikanische Vertreter dominiert sein muß, damit sie die Entstehung der kommenden Mehrheitsregierung erleichtert.

Am 25. Juni wird Mozambique unabhängig. Nach Angola und Guinea-Bissau ist ein weiteres Land befreit. Was bedeutet das für den Befreiungskampf in Zimbabwe?

Die Unabhängigkeit von Mozambique am 25. Juni wird einen ungeheuren Einfluß auf den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe haben. Die Menschen sind z. B. jetzt schon vom Freiheitsfieber gepackt, sie sagen: wenn Mozambique unabhängig sein kann, weshalb können wir nicht unabhängig sein! Sie spüren die Wirklichkeit der Unabhängigkeit direkt in ihrer Nachbarschaft. Das wird sie veranlassen, härter zu kämpfen, sich stärker zu organisieren und sie werden entschlossener und aggressiver denn je sein. Sie können die Unabhängigkeit riechen, sie können sie hören, sie können sie sehen, sie können sie fühlen, sie können sie träumen, denn sie ist direkt vor der Tür. So ist klar, daß die Unabhängigkeit von Mozambique einen gewaltigen Aufschwung für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe haben wird. Außerdem wird dann unsere Frontlinie viel länger sein, unsere Kämpfer können entlang der Grenze Mozambiques operieren und der Feind wird gezwungen sein, seine Kräfte entlang einer sehr langen Grenze aufzusplittern, vom Norden nach Süden sind das 1 000 Kilometer. Der Feind ist nicht in der Lage, so eine lange Grenze zu verteidigen.

Welche Vorstellungen von der aufzubauenden Gesellschaft nach dem Sturz des Smith-Regimes hat die ZANU?

Was die politische Struktur betrifft, so hofft die ZANU eine Regierung zu errichten, die vom Volk gewählt ist, eine Regierung, die den Volksmassen verantwortlich, rechenschaftspflichtig ist. Die ZANU hofft, eine Regierung des Volkes zu errichten, das heißt des gemeinen Volkes, für das gemeine Volk und durch das gemeine Volk. Es wird eine Regierung sein, die durch das Volk aufgerichtet wird und von den Volksmassen selbst aufrechterhalten wird. Wir würden gerne eine Regierung sehen, die sich nicht mit den Profiten von Individuen im Land befaßt, sondern mit dem Wohlergehen, mit den Bedürfnissen und Forderungen des Volkes als ganzes, so daß der größte Nutzen im Land der größten Zahl in Zimbabwe zukommt. Was unsere soziale Politik betrifft, so wollen wir eine sozialistische Regierung errichten. Wir glauben nicht, daß einige menschliche Wesen menschlicher sind als andere. Wir glauben, daß Menschen, was das Leben betrifft, gleich sind. Alle Menschen haben als menschliche Wesen den gleichen Wert. Wir glauben an eine sozialistische Regierung, eine sozialistische Gesellschaft, an ein sozialistisches Erziehungssystem, eine sozialistische Wirtschaft. Denn nur wenn unser System sich auf die Volksmassen konzentriert, können wir hoffen, daß unser Volk und Land sich entwickeln wird. Die Erziehung wird auf die Massen ausgerichtet sein müssen, die Institutionen müssen organisiert, strukturiert und kontrolliert werden zum Nutzen so vieler wie möglich.



Fast 1 500 kamen zur Veranstaltung in Westberlin. Präsident Sithole äußerte sich dazu: "Das Niveau des politischen Verständnisses, das praktische Herangehen an die Probleme, vor die Zimbabwe sich gestellt sieht, und die allgemeine Begeisterung bei diesem Treffen erstaunte mich. Ich werde diese glückliche Erfahrung meinem Volk berichten."

Präsident Sithole, welchen Eindruck haben Sie von den Veranstaltungen erhalten, an denen Sie in den vergangenen Tagen teilnahmen?

Ich war hoch erfreut und überrascht über den herzlichen Empfang, den ich erhielt. Das bestätigte natürlich nur die Worte, die mein Vertreter hier in Europa, Rex Chiwara, mir schon immer sagte über die Zusammenarbeit mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschland.

Habt Ihr die 7 Landrover erhalten, für die wir hier in Westdeutschland und Westberlin gesammelt haben?

Ich war hoch erfreut als unsere Genossen in Daressalam uns die fünf Landrover zeigten und als sie mir von den anderen zwei berichteten, die nach Beira gingen. Einige von Euch könnten glauben, daß das ja ganz gewöhnliche Landrover sind, die Leute und Material transportieren. Aber für uns, die wir in einem ernsthaften Krieg für die Befreiung Zimbabwes engagiert sind, transportieren diese Landrover die Freiheit und Unabhängigkeit Zimbabwes. Weil ich so aufgeregt über die Landrover war, gab ich ihnen gleich den Namen "Landrover für Zimbabwes Freiheit und Unabhängigkeit". Unsere militärischen Kader, das heißt ZANUs militärische Kader in unseren Lagern sind sehr dankbar und begeistert über die Landrover, weil sie für sie die praktische Hilfe der Menschen in Westdeutschland bedeuten. Was mich betrifft, so sind die 7 Landrover ein lebendiger Beweis für die Solidarität der Arbeiter in Westdeutschland und ich denke gerne ständig daran, daß diese Solidarität stärker und stärker wird. Es ist diese Solidarität, die die einfachen Leute quer über die Welt verbindet und immer stärker werden läßt.

Ich danke Euch nochmals dafür und hoffe, daß wir mehr derartige Landrover der Freiheit und Unabhängigkeit Zimbabwes von Euch bekommen werden.

Und ich habe keinen Zweifel nach der Erfahrung Eurer vergangenen Handlungen, daß Ihr diesem Aufruf folgen werdet, dem Aufruf, den Krieg des Volkes zu unterstützen, und ein Volkskrieg ist immer gerecht und kann nie scheitern.



Auf der Pressekonferenz in Frankfurt. Rechts neben Präsident Sithole und der Dolmetscherin der Sekretär des Zentralen Komitees des KBW J. Schmierer und H.J. Hager vom Zentralen Komitee des KBW. Auf allen Veranstaltungen sprachen Mitglieder des Zentralen Komitees Begrüßungsworte. In Heidelberg und in Köln sprach der Sekretär des KBW, in München, wo 350 Besucher kamen, und in Westberlin Genosse Dieter Bock.



Auf allen Veranstaltungen begeisterte die Delegation der ZANU die Teilnehmer mit Kampfliedern aus ihrer Heimat (von links: der Genosse Mandizvidza, Präsident Sithole, der Genosse Chiwara und der Genosse Gurira). Das Bild zeigt die Delegation auf der Heidelberger Veranstaltung, die von 1 600 Menschen besucht wurde. Präsident Sithole hob hervor: "In Heidelberg wie in München und auf dem Kirchentag in Frankfurt forderte ich die Teilnehmer auf, die Hand zu heben, wer der Ansicht ist, daß die Menschen für ihre Rechte kämpfen müssen, und alle hoben die Hand und zeigten, daß sie im Falle Zimbabwes den bewaffneten Kampf für richtig halten." – Der Oberbürgermeister von Heidelberg, Zundel, machte deutlich, daß er auf der anderen Seite steht. Er verbot die Ankündigung der Veranstaltung durch Plakate. Die lokale Presse – bei bürgerlichen Politikern in der Hofberichterstattung beflissen – verschwieg den Besuch von Präsident Sithole und die Veranstaltung vollständig.

Ausstellung der Volksrepublik China in Köln

Besucht die Ausstellung in Köln (13. – 25. Juni)



"Exotischste Schau nach dem Krieg" – so bezeichnen der Kölner Stadtanzeiger und andere bürgerliche Zeitungen die große Nationalausstellung der Volksrepublik China in Köln.

Aber durchaus nicht "exotisch" ist das, was an großartigen Erfolgen im Aufbau des Sozialismus auf der Kölner Ausstellung zu sehen ist. Auf zirka 5 000 qm werden in sechs Abteilungen Produktionsmittel und Techniken, Industrieanlagen und Konsumgüter sowie Kunstgewerbe und Literatur gezeigt. Überall wird in großen Schrifttafeln und Wandzeitungen dargelegt, wie das chinesische Volk zu solchen Erfolgen gelangt ist, nachdem es die **"drei Berge", "Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus"** von sich abgeschüttelt hat: Angeleitet von den Richtlinien des Genossen Mao Tsetung – **"Unabhängigkeit und Selbständigkeit", "Vertrauen in die eigene Kraft" und "Die Landwirtschaft als die Grundlage und die Industrie als den führenden Faktor betrachten"** –, konnte das chinesische Volk in den letzten 25 Jahren diese gezeigten Leistungen beim Aufbau des Sozialismus erzielen.

So wird in der Abteilung für Landwirtschaft unter anderem ein originalgetreues Modell der Volkskommune Dadschai gezeigt, das großes Interesse der Besucher findet.

Aus schwer zugänglichem hügeligem Gebiet haben die Bewohner von Dadschai in harter Arbeit fruchtbare Terrassenfelder angelegt.

Mit mehreren Seilbahnen wird Saatgut und Ernte von den Terrassen zu Tal geschafft. Ein im Modell eingebautes Tonband erläutert den Besuchern die Volkskommune Dadschai und den ideologischen Kampf der Kommunemitglieder gegen die falsche Linie des Lin Biao und Konfuzius.

Über dem Modell steht in großen Lettern: **Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai!"**

Angespornt durch das Vorbild der Volkskommune Dadschai hat sich im ganzen Land eine Massenbewegung zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion entfaltet. Das Ergebnis: Trotz mehrerer Dürrejahre konnten stets wachsende Ernten eingefahren werden.

Auf großen Tafeln ist in dieser Abteilung das Anwachsen der landwirtschaftlichen Produktion und das gleichzeitige Sinken der Preise für diese Waren zu sehen.

Der Industrie-Aufbau dient nach der Richtlinie Mao Tsetungs in erster Linie der Entwicklung der Landwirtschaft. In der Abteilung für Schwerindustrie sind zum Beispiel hochentwickelte, zum Teil automatische Werkzeugmaschinen ausgestellt.

Eine nach modernstem Verfahren arbeitende Kopierdrehmaschine bearbeitet Rohlinge nach einem einmal hergestellten Modell zu Nockenwellen, die ihrerseits in Kraftmaschinen für Traktoren eingebaut werden. Massenhaft werden so mit modernsten Maschinen Teile für Traktoren hergestellt.

Das also bedeutet: **"Die Landwirtschaft als die Grundlage und die Industrie als führenden Faktor betrachten."** Die hochentwickelten Maschinen dienen aber nicht dazu, um Arbeitskräfte "überflüssig" zu machen und auf die Straße zu werfen. Sondern sie dienen dazu, rasch die Landwirtschaft zu entwickeln, um die Versorgung der Menschen mit Nahrung und Kleidung sicherzustellen und zu verbessern und um die Arbeit zu erleichtern und zu verringern.

Natürlich werden in China auch die verschiedensten Güter neben landwirtschaftlichen Produkten hergestellt, wie die große Zahl Fahrräder, Elektroartikel für den Haushalt, Glaswaren, Radios, Kinderspielzeug usw. zeigt.

Wie in China der Widerspruch zwischen Stadt und Land abgebaut wird, zeigt das Modell der Volkskommunen rings um Schanghai herum. Diese Volkskommunen versorgen die 11-Millionen-Stadt Schanghai vollständig mit landwirtschaftlichen Produkten. Gleichzeitig ist aber auch auf dem Lande in Warenhäusern ein Warensortiment vorhanden, das dem in Schanghai gleicht.

Ein besonderer Anziehungspunkt ist auch ein Modell der fortschrittlichen Produktionseinheit Datjing – ein Erdölfeld. Zwischen modernen Raffinerieanlagen, Bohrtürmen und Öltanks haben die Frauen der Erdölarbeiter Felder bestellt und betreiben landwirtschaftliche Produktion. Die chinesische Erdölförderung ist nach der Befreiung so stark gestiegen, daß China nicht nur seinen eigenen Bedarf decken kann, sondern sogar exportieren kann. Das gleiche gilt auch für die Landwirtschaft – in einigen Vitrinen sind chinesische Export-Lebensmittel ausgestellt, hauptsächlich Pilze und Früchte, die seit einiger Zeit hier überall zu kaufen sind.

Das Fernsehen, die bürgerliche Presse, sogar F.J. Strauß, sie alle müssen die für jedermann erkennbaren Erfolge des chinesischen Volkes zugestehen. Sie wollen das gerne auf China beschränkt sehen. Sie leugnen natürlich, daß diese großartigen Erfolge nur unter der Herrschaft der Arbeiterklasse, die planmäßig den Sozialismus aufbaut, errungen werden könnnen. Das wird die westdeutsche Arbeiterklasse und die Werktätigen nicht daran hindern, sich ein Beispiel am chinesischen Volk zu nehmen, das seine Herren abgeschafft hat und erfolgreich den Sozialismus aufbaut. Denn ein Land ohne Ausbeutung, das mag den Herren Ausbeutern "exotisch" vorkommen – für uns ist das durchaus nicht "exotisch", sondern ein Ansporn.

–P., Ortsgruppe Köln–

In China sind die Arbeiter die Herren

Etwa 800 Menschen kamen am 15.6. in Köln zur Festveranstaltung der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft, darunter viele Teilnehmer von Reisegruppen der Gesellschaften aus mehreren Städten der BRD, die sich tagsüber die Nationalausstellung der Volksrepublik China angesehen hatten.

Im Mittelpunkt der Festveranstaltung mit dem Thema "In China sind die Arbeiter die Herren" stand eine Podiumsdiskussion, an der die Professoren Alfred Sohn-Rethel und Ludwig Arnold aus Bremen teilnahmen, die die Volksrepublik China auf Freundschaftsreisen besucht haben, sowie D. und J. Baumberger, die in den letzten Jahren als Mitarbeiter der Peking-Rundschau in China gelebt haben, und dem Chinesen Dr. Yü, der am Ostasiatischen Seminar der Freien Universität Berlin arbeitet.

Weiter wurde ein Film gezeigt über die riesigen Fortschritte in der Landwirtschaft, die vor allem durch den Zusammenschluß der chinesischen Bauern in den Volkskommunen auf der Grundlage des Prinzips "Auf die eigene Kraft vertrauen" erreicht worden sind.

–N., Ortsgruppe Köln–